Deutscher Bundestag
7. Wahlperiode

Drucksache 7/4957

02. 04. 76

Sachgebiet 212

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zu dem Übereinkommen vom 21. Februar 1971 über psychotrope Stoffe

A. Zielsetzung

Das von der Bundesrepublik Deutschland am 23. Dezember 1971 vorbehaltlich der Ratifizierung unterzeichnete Übereinkommen soll nunmehr gemäß seinem Artikel 25 Abs. 1 Buchstabe b ratifiziert werden. Dieses jüngste internationale Suchtstoff-Übereinkommen strebt eine Ausdehnung staatlicher Kontrollmaßnahmen über den bisherigen Bereich der klassischen Suchtstoffe hinaus auf halluzinogene Stoffe, Stimulantien, Sedativa und Tranquilizer sowie deren Zubereitungen an. Die Maßnahmen sollen den Mißbrauch dieser psychotropen Stoffe und den unerlaubten Verkehr mit ihnen verhindern und bekämpfen und ihre Verwendung auf rechtlich zulässige Zwecke beschränken.

B. Lösung

Der Entwurf des Ratifizierungsgesetzes soll den gesetzgebenden Körperschaften zur Zustimmung zugeleitet werden (Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 GG) die Transponierung des Übereinkommens in das innerstaatliche Recht ist hinsichtlich der Stoffe und Zubereitungen der Anhänge I und II praktisch bereits in früheren Jahren durch Gleichstellung dieser Stoffe mit den Betäubungsmitteln vollzogen worden. Soweit eine spätere Transponierung hinsichtlich der Stoffe und Zubereitungen der Anhänge III und IV Schwierigkeiten bereitet, werden Vorbehalte eingelegt (s. Denkschrift unter III). Im übrigen ist ein wichtiges Erfordernis des Übereinkommens in bezug auf die letztgenannten Stoffe und Zubereitungen durch die in der Bundesrepublik Deutschland bestehende Verschreibungspflicht bereits erfüllt.

Druck: Bundesdruckerei Bonn
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 821, Goethestraße 56, 5300 Bonn-Bad Godesberg 1, Telefon (02221) 363551

C. Alternativen

keine

D. Kosten

Bund, Ländern und Gemeinden entstehen durch das Inkrafttreten des Gesetzes selbst keine Kosten. Die nach der Umsetzung des Übereinkommens in das deutsche Betäubungsmittelrecht (etwa ab 1978) dem Bund entstehenden geringen Kosten sind bereits in der mehrjährigen Finanzplanung berücksichtigt.

Dieses Gesetz selbst hat keine Auswirkungen auf das Preisgefüge. Die im Falle der späteren Novellierung des Betäubungsmittelrechts erforderlichen Maßnahmen im Bereich der Hersteller und des Handels fallen kostenmäßig nicht ins Gewicht, so daß sie ohne Einfluß auf das Preisgefüge sind.

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler
14 (33) — 232 05 — Üb 3/76

Bonn, den 2. April 1976

An den Präsidenten
des Deutschen Bundestages

Hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen Entwurf eines Gesetzes zu dem Übereinkommen vom 21. Februar 1971 über psychotrope Stoffe mit Begründung und Vorblatt.

Ich bitte, die Beschlußfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Der Wortlaut des Übereinkommens in englischer, französischer und deutscher Sprache sowie die Denkschrift zum Übereinkommen sind gleichfalls beigefügt.

Federführend ist der Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit.

Der Bundesrat hat in seiner 432. Sitzung am 12. März 1976 gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes beschlossen, zu dem Gesetzentwurf wie aus der Anlage 2 ersichtlich Stellung zu nehmen.

Die Auffassung der Bundesregierung zu der Stellungnahme des Bundesrates ist in der Gegenäußerung (Anlage 3) dargelegt.

Schmidt

Anlage 1

Entwurf eines Gesetzes zu dem Übereinkommen vom 21. Februar 1971 über psychotrope Stoffe

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in New York am 23. Dezember 1971 von der Bundesrepublik Deutschland unterzeichneten Übereinkommen vom 21. Februar 1971 über psychotrope Stoffe wird zugestimmt. Das Übereinkommen wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

(1) Änderungen der Anhänge zum Übereinkommen nach Maßgabe seines Artikels 2 sind vom Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit im Bundesgesetzblatt bekanntzumachen.

(2) Der Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung die auf Grund der §§ 1 und 4 bis 8 des Gesetzes über den Verkehr mit Betäubungsmitteln in der Fassung der Bekanntmachung vom 10. Januar 1972 (Bundesgesetzbl. I S. 1), geändert durch das Einführungsgesetz zum Strafgesetzbuch vom 2. März 1974 (Bundesgesetzbl. I S. 469), erlassenen Rechtsverordnungen zu ändern oder entsprechende Rechtsverordnungen zu erlassen, soweit das auf Grund von Änderungen im Sinne des Absatzes 1 erforderlich ist. Rechtsverordnungen nach Satz 1 bedürfen auch dann nicht der Zustimmung des Bundesrates, wenn die Anpassung Vorschriften betrifft, die von den Ländern ausgeführt werden.

Artikel 3

Dieses Gesetz gilt auch im Land Berlin, sofern das Land Berlin die Anwendung dieses Gesetzes feststellt. Rechtsverordnungen, die auf Grund dieses Gesetzes erlassen werden, gelten im Land Berlin nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1).

Artikel 4

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem das Übereinkommen nach seinem Artikel 26 für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Begründung

Zu Artikel 1

Auf das Übereinkommen findet Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes Anwendung, da es sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht. Das Gesetz bedarf der Zustimmung des Bundesrates nach Artikel 80 Abs. 2 des Grundgesetzes, da durch Artikel 2 Abs. 2 Satz 2 des Gesetzes die Zustimmung des Bundesrates, soweit sie zum Erlaß von Rechtsverordnungen nach Artikel 2 Abs. 2 Satz 1 erforderlich wäre, ausdrücklich ausgeschlossen werden soll.

Zu Artikel 2 Abs. 1

Artikel 2 des Übereinkommens sieht vor, daß die Anhänge zum Übereinkommen, die die unter den Regelungsbereich des Übereinkommens fallenden Suchtstoffe und Zubereitungen enthalten, durch Beschlüsse der Suchtstoffkommission des Wirtschafts- und Sozialrates der Vereinten Nationen oder des Rates selbst geändert werden können. Die Beschlüsse sind ohne weiteres verbindlich; die Vertragsparteien haben ihr innerstaatliches Recht den so begründeten völkerrechtlichen Verbindlichkeiten anzupassen. Um den jeweiligen Bestand der völkerrechtlichen Verpflichtungen kenntlich zu machen, sieht Artikel 2 Abs. 1 vor, daß Änderungen der Anhänge zum Übereinkommen vom Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit im Bundesgesetzblatt bekanntzumachen sind.

Zu Artikel 2 Abs. 2

Die Ermächtigung bezieht sich nur auf die Übernahme von Änderungen im Sinne des Absatzes 1, an die die Bundesrepublik Deutschland auf Grund des Artikels 2 des Übereinkommens völkerrechtlich gebunden ist. Zur Übernahme in das innerstaatliche Recht bedarf es jedoch noch eines weiteren Rechtsetzungsaktes, der durch die Ermächtigung des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit die größtmögliche Abkürzung und Vereinfachung erfahren soll.

Zu Artikel 3

Das Übereinkommen sowie die nach Artikel 2 Abs. 2 dieses Gesetzes zu erlassenden Rechtsverordnungen sollen auch auf das Land Berlin Anwendung finden; das Gesetz enthält deshalb die übliche Berlin-Klausel.

Zu Artikel 4

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, in dem das Übereinkommen nach seinem Artikel 26 für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt, im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Schlußbemerkung

Durch das Inkrafttreten dieses Gesetzes selbst werden Bund, Länder und Gemeinden nicht mit Kosten belastet. Erst nach dem Inkrafttreten des Übereinkommens und seiner Umsetzung in das deutsche Betäubungsmittelrecht (nicht vor dem 1. Januar 1978) werden dem Bund durch Personalvermehrung bei der Bundesopiumstelle des Bundesgesundheitsamtes (8 Stellen, davon je 2 Beamte des höheren und gehobenen Dienstes und 4 Angestellte der Vergütungsgruppen V c und VI b) und durch die dafür erforderlichen Einrichtungen an laufenden jährlichen Kosten ca. 350 000 DM und an einmaligen Kosten ca. 50 000 DM entstehen. Diese Kosten sind bereits in der mehrjährigen Finanzplanung des Bundes berücksichtigt. Den Ländern und Gemeinden entstehen keine Kosten.

Dieses Gesetz selbst hat keine Auswirkung auf das Preisgefüge. Die im Falle der späteren Novellierung des Betäubungsmittelrechts erforderlichen Maßnahmen im Bereich der Hersteller und des Handels fallen kostenmäßig nicht ins Gewicht, so daß sie ohne Einfluß auf das Preisgefüge sind.

Übereinkommen von 1971 über psychotrope Stoffe

Convention on psychotropic substances, 1971

Convention sur les substances psychotropes de 1971

(Übersetzung)

Preamble

THE PARTIES,

BEING CONCERNED with the health and welfare of mankind,

NOTING with concern the public health and social problems resulting from the abuse of certain psychotropic substances,

DETERMINED to prevent and combat abuse of such substances and the illicit traffic to which it gives rise,

CONSIDERING that rigorous measures are necessary to restrict the use of such substances to legitimate purposes,

RECOGNIZING that the use of psychotropic substances for medical and scientific purposes is indispensable and that their availability for such purposes should not be unduly restricted,

BELIEVING that effective measures against abuse of such substances require co-ordination and universal action,

ACKNOWLEDGING the competence of the United Nations in the field of control of psychotropic substances and desirous that the international organs concerned should be within the framework of that Organization,

RECOGNIZING that an international convention is necessary to achieve these purposes,

AGREE as follows:

Article 1

Use of terms

Except where otherwise expressly indicated, or where the context other-

Préambule

LES PARTIES,

SOUCIEUSES de la santé physique et morale de l'humanité,

PREOCCUPEES par le problème de santé publique et le problème social qui résultent de l'abus de certaines substances psychotropes,

DETERMINEES à prévenir et à combattre l'abus de ces substances et le trafic illicite auquel il donne lieu,

CONSIDERANT qu'il est nécessaire de prendre des mesures rigoureuses pour limiter l'usage de ces substances à des fins légitimes,

RECONNAISSANT que l'utilisation des substances psychotropes à des fins médicales et scientifiques est indispensable et que la possibilité de se procurer des substances à ces fins ne devrait faire l'objet d'aucune restriction injustifiée,

CROYANT que pour être efficaces les mesures prises contre l'abus de ces substances doivent être coordonnées et universelles,

RECONNAISSANT la compétence de l'Organisation des Nations Unies en matière de contrôle des substances psychotropes et désirant que les organes internationaux intéressés exercent leur activité dans le cadre de cette Organisation,

CONVAINCUES qu'une convention internationale est nécessaire pour réaliser ces fins,

CONVIENNENT de ce qui suit:

Article premier

Glossaire

Sauf indication expresse en sens contraire, ou sauf si le contexte exige

Präambel

DIE VERTRAGSPARTEIEN —

VON DER SORGE um die Gesundheit und das Wohl der Menschheit GELEITET;

mit Besorgnis von den volksgesundheitlichen und sozialen Problemen KENNTNIS NEHMEND, die sich aus dem Mißbrauch bestimmter psychotroper Stoffe ergeben;

ENTSCHLOSSEN, den Mißbrauch derartiger Stoffe und den dadurch veranlaßten unerlaubten Verkehr zu verhüten und zu bekämpfen;

IN DER ERWÄGUNG, daß strenge Maßnahmen notwendig sind, um die Verwendung derartiger Stoffe auf rechtlich zulässige Zwecke zu beschränken;

IN DER ERKENNTNIS, daß die Verwendung psychotroper Stoffe für medizinische und wissenschaftliche Zwecke unerläßlich ist und daß ihre Verfügbarkeit für derartige Zwecke nicht über Gebühr eingeschränkt werden sollte;

ÜBERZEUGT, daß wirksame Maßnahmen gegen den Mißbrauch derartiger Stoffe Koordinierung und ein weltweites Vorgehen erfordern;

IN ANERKENNUNG der Zuständigkeit der Vereinten Nationen auf dem Gebiet der Kontrolle psychotroper Stoffe und von dem Wunsch geleitet, die in Betracht kommenden internationalen Organe in diese Organisation einzugliedern;

IN DER ERKENNTNIS, daß zur Verwirklichung dieser Ziele ein internationales Übereinkommen erforderlich ist —

KOMMEN wie folgt ÜBEREIN:

Artikel 1

Begriffsbestimmung

Sofern nicht etwas anderes ausdrücklich angegeben oder auf Grund

wise requires, the following terms in this Convention have the meanings given below:

(a) "Council" means the Economic and Social Council of the United Nations.

(b) "Commission" means the Commission on Narcotic Drugs of the Council.

(c) "Board" means the International Narcotics Control Board provided for in the Single Convention on Narcotic Drugs 1961.

(d) "Secretary-General" means the Secretary-General of the United Nations.

(e) "Psychotropic substance" means any substance, natural or synthetic, or any natural material in Schedule I, II, III or IV.

(f) "Preparation" means:

(i) any solution or mixture, in whatever physical state, containing one or more psychotropic substances, or

(ii) one or more psychotropic substances in dosage form.

(g) "Schedule I", "Schedule II", "Schedule III" and "Schedule IV" mean the correspondingly numbered lists of psychotropic substances annexed to this Convention as altered in accordance with article 2.

(h) "Export" and "import" mean in their respective connotations the physical transfer of a psychotropic substances from one State to another State.

(i) "Manufacture" means all processes by which psychotropic substances may be obtained, and includes refining as well as the transformation of psychotropic substances into other psychotropic substances. The term also includes the making of preparations other than those made on prescription in pharmacies.

(j) "Illicit traffic" means manufacture of or trafficking in psychotropic substances contrary to the provisions of this Convention.

(k) "Region" means any part of a State which pursant to article 28 is treated as a separate entity for the purposes of this Convention.

qu'il en soit autrement, les expressions suivantes ont dans la présente Convention les significations indiquées ci-dessous:

a) L'expression «Conseil» désigne le Conseil économique et social des Nations Unies.

b) L'expression «Commission» désigne la Commission des stupéfiants du Conseil.

c) L'expression «Organe» désigne l'Organe international de contrôle des stupéfiants institué en vertu de la Convention unique sur les stupéfiants de 1961.

d) L'expression «Secrétaire général» désigne le Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies.

e) L'expression «Substance psychotrope» désigne toute substance, qu'elle soit d'origine naturelle ou synthétique, ou tout produit naturel du Tableau I, II, III ou IV.

f) L'expression «préparation» désigne:

i) Une solution ou un mélange, quel que soit son état physique, contenant une ou plusieurs substances psychotropes, ou

ii) une ou plusieurs substances psychotropes divisées en unités de prise.

g) Les expressions «Tableau I», «Tableau II», «Tableau III» et «Tableau IV» désignent les listes de substances psychotropes portant les numéros correspondants, annexées à la présente Convention, qui pourront être modifiées, conformément à l'article 2.

h) Les expressions «exportation» et «importation» désignent, chacune dans son acception particulière, le transfert matériel d'une substance psychotrope d'un Etat dans un autre Etat.

i) L'expression «fabrication» désigne toutes les opérations permettant d'obtenir des substances psychotropes, et comprend la purification et la transformation de substances psychotropes en d'autres substances psychotropes. Cette expression comprend aussi la fabrication de préparations autres que celles qui sont faites, sur ordonnance, dans une pharmacie.

j) L'expression «trafic illicite» désigne la fabrication ou le trafic de substances psychotropes, effectués contrairement aux dispositions de la présente Convention.

k) L'expression «région» désigne toute partie d'un Etat qui, en vertu de l'article 28, est traitée comme une entité distincte aux fins de la présente Convention.

des Zusammenhangs erforderlich ist, haben die nachfolgenden Ausdrücke in diesem Übereinkommen die unten angegebene Bedeutung:

a) der Ausdruck „Rat" bezeichnet den Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen;

b) der Ausdruck „Kommission" bezeichnet die Suchtstoffkommission des Rates;

c) der Ausdruck „Suchtstoffamt" bezeichnet das in dem Einheitsübereinkommen von 1961 über Suchtstoffe vorgesehene Internationale Suchtstoff-Kontrollamt;

d) der Ausdruck „Generalsekretär" bezeichnet den Generalsekretär der Vereinten Nationen;

e) der Ausdruck „psychotroper Stoff" bezeichnet jeden in Anhang I, II, III oder IV aufgeführten natürlichen oder synthetischen Stoff oder natürlichen Ausgangsstoff;

f) der Ausdruck „Zubereitung" bezeichnet

i) jede Lösung oder Mischung — ohne Rücksicht auf den Aggregatzustand —, die einen oder mehrere psychotrope Stoffe enthält, oder

ii) einen oder mehrere psychotrope Stoffe in Dosisform;

g) die Ausdrücke „Anhang I", „Anhang II", „Anhang III" und „Anhang IV" bezeichnen die entsprechend numerierten, diesem Übereinkommen beigefügten Listen psychotroper Stoffe in der aufgrund von Änderungen nach Artikel 2 jeweils gültigen Fassung;

h) die Ausdrücke „Einfuhr" und „Ausfuhr" bezeichnen je nach dem Zusammenhang das körperliche Verbringen psychotroper Stoffe von einem Staat in einen anderen Staat;

i) der Ausdruck „Herstellung" bezeichnet alle zur Erzeugung psychotroper Stoffe geeigneten Verfahren; er umfaßt sowohl das Reinigen psychotroper Stoffe als auch deren Umwandlung in andere psychotrope Stoffe. Der Ausdruck umfaßt ferner die Anfertigung aller nicht auf Grund ärztlicher Verordnung in Apotheken angefertigten Zubereitungen;

j) der Ausdruck „unerlaubter Verkehr" bezeichnet jede gegen dieses Übereinkommen verstoßende Herstellung und jedes dagegen verstoßende Inverkehrbringen psychotroper Stoffe;

k) der Ausdruck „Gebiet" bezeichnet jeden Teil eines Staatswesens, der nach Artikel 28 als gesonderte Einheit im Sinne dieses Übereinkommens behandelt wird;

(l) "Premises" means buildings or parts of buildings, including the appertaining land.

l) L'expression «locaux» désigne les bâtiments, les parties de bâtiments ainsi que le terrain affecté auxdits bâtiments ou aux parties desdits bâtiments.

l) der Ausdruck „Räumlichkeiten" bezeichnet Gebäude und Gebäudeteile einschließlich des dazugehörigen Grundstücks.

Article 2

Scope of control of substances

1. If a Party or the World Health Organization has information relating to a substance not yet under international control which in its opinion may require the addition of that substance to any of the Schedules of this Convention, it shall notify the Secretary-General and furnish him with the information in support of that notification. The foregoing procedure shall also apply when a Party or the World Health Organization has information justifying the transfer of a substance from one Schedule to another among those Schedules, or the deletion of a substance from the Schedules.

2. The Secretary-General shall transmit such notification, and any information which he considers relevant, to the Parties, to the Commission and, when the notification is made by a Party, to the World Health Organization.

3. If the information transmitted with such a notification indicates that the substance is suitable for inclusion in Schedule I or Schedule II pursuant to paragraph 4, the Parties shall examine, in the light of all information available to them, the possibility of the provisional application to the substance of all measures of control applicable to substances in Schedule I or Schedule II, as appropriate.

4. If the World Health Organization finds:

(a) that the substance has the capacity to produce
   (i) (1) a state of dependence, and
       (2) central nervous system stimulation or depression, resulting in hallucinations or disturbances in motor function or thinking or behaviour or perception or mood, or
   (ii) similar abuse and similar ill effects as a substance in Schedule I, II, III or IV, and

(b) that there is sufficient evidence that the substance is being or is likely to be abused so as to con-

Article 2

Champ d'application du contrôle des substances

1. Si une Partie ou l'Organisation mondiale de la santé est en possession de renseignements se rapportant a une substance non encore soumise au contrôle international qui, à son avis, peuvent rendre nécessaire son adjonction à l'un des Tableaux de la présente Convention, elle adressera au Secrétaire général une notification accompagnée de tous les renseignements pertinents à l'appui. Cette procédure sera de même appliquée lorsqu'une Partie ou l'Organisation mondiale de la santé sera en possession de renseignements qui justifient le transfert d'une substance d'un Tableau à un autre, ou la suppression de son inscription à l'un des Tableaux.

2. Le Secrétaire général communiquera cette notification, ainsi que les renseignements qu'il jugera pertinents, aux Parties, à la Commission et, si la notification a été faite par une Partie, à l'Organisation mondiale de la santé.

3. S'il résulte des renseignements accompagnant cette notification que ladite substance est susceptible d'être inscrite au Tableau I ou au Tableau II en vertu du paragraphe 4, les Parties examineront, à la lumière de tous les renseignements dont elles disposeront, la possibilité d'appliquer à titre provisoire à cette substance toutes les mesures de contrôle applicables aux substances du Tableau I ou du Tableau II, selon le cas.

4. Si l'Organisation mondiale de la santé constate:

a) que ladite substance peut provoquer
   i) 1) un état de dépendance, et
      2) une stimulation ou une dépression du système nerveux central donnant lieu à des hallucinations ou à des troubles de la fonction motrice ou du jugement ou du comportement ou de la perception ou de l'humeur, ou
   ii) des abus et des effets nocifs comparables à ceux d'une substance du Tableau I, II, III ou IV, et

b) qu'il existe des raisons suffisantes de croire que la substance donne ou risque de donner lieu à des

Artikel 2

Umfang der Kontrolle der Stoffe

(1) Liegen einer Vertragspartei oder der Weltgesundheitsorganisation Angaben über einen noch nicht unter internationaler Kontrolle stehenden Stoff vor, die nach ihrer Auffassung die Aufnahme des Stoffes in einen Anhang dieses Übereinkommens erforderlich machen, so notifiziert sie dies dem Generalsekretär und leitet ihm alle diese Notifikation erhärtenden Angaben zu. Dieses Verfahren findet auch Anwendung, wenn einer Vertragspartei oder der Weltgesundheitsorganisation Angaben vorliegen, welche die Übertragung eines Stoffes von einem Anhang in einen anderen oder die Streichung eines Stoffes aus einem Anhang rechtfertigen.

(2) Der Generalsekretär übermittelt die Notifikation und die ihm erheblich erscheinenden Angaben den Vertragsparteien, der Kommission und, wenn die Notifikation von einer Vertragspartei ausging, der Weltgesundheitsorganisation.

(3) Geht aus den mit der Notifikation übermittelten Angaben hervor, daß der Stoff nach Absatz 4 zur Aufnahme in Anhang I oder II geeignet ist, so prüfen die Vertragsparteien im Lichte aller ihnen zur Verfügung stehenden Angaben, ob es möglich ist, alle die für die in Anhang I bzw. II aufgeführten Stoffe geltenden Kontrollmaßnahmen auf diesen Stoff vorläufig anzuwenden.

(4) Stellt die Weltgesundheitsorganisation fest,

a) daß der Stoff die Fähigkeit besitzt,
   i) 1. einen Zustand der Abhängigkeit und
      2. eine Anregung oder Dämpfung des Zentralnervensystems, die zu Halluzinationen oder Störungen der motorischen Funktionen, des Denkens, des Verhaltens, der Wahrnehmung oder der Stimmung führt, oder
   ii) einen ähnlichen Mißbrauch und ähnliche schädliche Wirkungen wie die in Anhang I, II, III oder IV aufgeführten Stoffe hervorzurufen, und

b) daß ausreichende Beweise dafür vorliegen, daß der betreffende Stoff derart mißbraucht wird oder

stitute a public health and social problem warranting the placing of the substance under international control,

the World Health Organization shall communicate to the Commission an assessment of the substance, including the extent or likelihood of abuse, the degree of seriousness of the public health and social problem and the degree of usefulness of the substance in medical therapy, together with recommendations on control measures, if any, that would be appropriate in the light of its assessment.

5. The Commission taking into account the communication from the World Health Organization whose assessments shall be determinative as to medical and scientific matters, and bearing in mind the economic, social, legal, administrative and other factors it may consider relevant, may add the substance to Schedule I, II, III or IV. The Commission may seek further information from the World Health Organization or from other appropriate sources.

6. If a notification under paragraph 1 relates to a substance already listed in one of the Schedules, the World Health Organization shall communicate to the Commission its new findings, any new assessment of the substance it may make in accordance with paragraph 4 and any new recommendations on control measures it may find appropriate in the light of that assessment. The Commission, taking into account the communication form the World Health Organization as under paragraph 5 and bearing in mind the factors referred to in that paragraph, may decide to transfer the substance from one Schedule to another or to delete it from the Schedules.

7. Any decision of the Commission taken pursuant to this article shall be communicated by the Secretary-General to all States Members of the United Nations, to non-member States Parties to this Convention, to the World Health Organization and to the Board. Such decision shall become fully effective with respect to each Party 180 days after the date of such communication, except for any Party which, within that period, in respect of a decision adding a substance to a Schedule, has transmitted to the Secretary-General a written notice that, in view of exceptional circum-

abus tels qu'elle constitue un problème de santé publique et un problème social justifiant qu'elle soit placée sous contrôle international,

elle communiquera à la Commission une évaluation de cette substance, ou elle indiquera notamment la mesure dans laquelle la substance donne ou risque de donner lieu à des abus, le degré de gravité du problème de santé publique et du problème social et le degré d'utilité de la substance en thérapeutique, ainsi que des recommandations sur les mesures éventuelles de contrôle auxquelles il serait opportun de l'assujettir à la lumière de cette évaluation.

5. Tenant compte de la communication de l'Organisation mondiale de la santé, dont les évaluations seront déterminantes en matière médicale et scientifique, et prenant en considération les facteurs d'ordre économique, social, juridique, administratif et tous autres facteurs qu'elle pourra juger pertinents, la Commission pourra ajouter ladite substance au Tableau I, II, III ou IV. Elle pourra demander des renseignements complémentaires à l'Organisation mondiale de la santé ou à d'autres sources appropriées.

6. Si une notification faite en vertu du paragraphe 1 a trait à une substance déjà inscrite à l'un des Tableaux, l'Organisation mondiale de la santé transmettra à la Commission ses nouvelles constatations ainsi que toute nouvelle évaluation de cette substance qu'elle pourra faire conformément aux dispositions du paragraphe 4 et toutes nouvelles recommandations portant sur des mesures de contrôle qui pourront lui paraître appropriées à la lumière de ladite évaluation. La Commission, tenant compte de la communication reçue de l'Organisation mondiale de la santé conformément au paragraphe 5, ainsi que des facteurs énumérés dans ledit paragraphe, pourra décider de transférer cette substance d'un Tableau à un autre, ou de supprimer son inscription aux Tableaux.

7. Toute décision de la Commission prise en vertu du présent article sera communiquée par le Secrétaire général à tous les États Membres de l'Organisation des Nations Unies, aux États non membres Parties à la présente Convention, à l'Organisation mondiale de la santé et à l'Organe. Cette décision prendra pleinement effet pour chaque Partie 180 jours après la date de la communication, sauf pour une Partie qui, pendant cette période, et au sujet d'une décision ayant pour effet d'ajouter une substance à un Tableau, aura informé par écrit le Secrétaire général qu'en

mißbraucht werden könnte, daß er zu einem volksgesundheitlichen und sozialen Problem wird, welches eine Unterstellung des Stoffes unter internationale Kontrolle rechtfertigt,

so übermittelt die Weltgesundheitsorganisation der Kommission eine Bewertung des Stoffes mit Einzelangaben über Ausmaß oder Wahrscheinlichkeit des Mißbrauchs, die Schwere des volksgesundheitlichen und sozialen Problems sowie den Nutzen des Stoffes in der medizinischen Therapie, gegebenenfalls verbunden mit Empfehlungen über Kontrollmaßnahmen, die auf Grund der Bewertung des Stoffes angezeigt wären.

(5) Die Kommission kann unter Berücksichtigung der Mitteilung der Weltgesundheitsorganisation, deren Bewertungen in medizinischer und wissenschaftlicher Hinsicht maßgebend sind, sowie unter Beachtung der von ihr als erheblich erachteten wirtschaftlichen, sozialen, rechtlichen, verwaltungstechnischen und sonstigen Faktoren den Stoff in Anhang I, II, III oder IV aufnehmen. Die Kommission kann weitere Angaben von der Weltgesundheitsorganisation oder von sonstigen geeigneten Stellen erbitten.

(6) Bezieht sich eine Notifikation nach Absatz 1 auf einen bereits in einem der Anhänge aufgeführten Stoff, so übermittelt die Weltgesundheitsorganisation der Kommission ihre neuen Feststellungen, eine etwa nach Absatz 4 vorgenommene neue Bewertung des Stoffes und ihre etwaigen neuen Empfehlungen über Kontrollmaßnahmen, die sie auf Grund dieser Bewertung für angezeigt hält. Die Kommission kann unter Berücksichtigung der Mitteilung der Weltgesundheitsorganisation entsprechend Absatz 5 und unter Beachtung der dort genannten Faktoren beschließen, den Stoff von einem Anhang in einen anderen zu übertragen oder ihn aus den Anhängen zu streichen.

(7) Jeden Beschluß der Kommission auf Grund dieses Artikels teilt der Generalsekretär allen Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen, den Nichtmitgliedstaaten, die Vertragsparteien dieses Übereinkommens sind, der Weltgesundheitsorganisation und dem Suchtstoffamt mit. Der Beschluß tritt für jede Vertragspartei 180 Tage nach dem Datum dieser Mitteilung uneingeschränkt in Kraft, ausgenommen die Vertragsparteien, die innerhalb dieser Frist hinsichtlich eines Beschlusses, auf Grund dessen ein Stoff in einen Anhang aufgenommen wurde, dem Generalsekretär eine schriftliche Mitteilung

stances, it is not in a position to give effect with respect to that substance to all of the provisions of the Convention applicable to substances in that Schedule. Such notice shall state the reasons for this exceptional action. Notwithstanding its notice each Party shall apply, as a minimum, the control measures listed below:

(a) A Party having given such notice with respect to a previously uncontrolled substance added to Schedule I shall take into account, as far as possible, the special control measures enumerated in article 7 and, with respect to that substance, shall:

(i) require licences for manufacture, trade and distribution as provided in article 8 for substances in Schedule II.

(ii) require medical prescriptions for supply or dispensing as provided in article 9 for substances in Schedule II;

(iii) comply with the obligations relating to export and import provided in article 12, except in respect to another Party having given such notice for the substance in question;

(iv) comply with the obligations provided in article 13 for substances in Schedule II in regard to prohibition of and restrictions on export and import;

(v) furnish statistical reports to the Board in accordance with paragraph 4 (a) of article 16; and

(vi) adopt measures in accordance with article 22 for the repression of acts contrary to laws or regulations adopted pursuant to the foregoing obligations.

(b) A Party having given such notice with regard to a previously uncontrolled substance added to Schedule II shall, with respect to that substance:

(i) require licences for manufacture, trade and distribution in accordance with article 8;

raison de circonstances exceptionnelles elle n'est pas en mesure de soumettre cette substance à toutes les dispositions de la Convention applicables aux substances de ce Tableau. Une telle notification exposera les motifs de cette décision exceptionnelle. Nonobstant cette notification, chaque Partie devra appliquer au minimum les mesures de contrôle énumérées ci-après.

a) La Partie qui a notifié au Secrétaire général une telle décision au sujet d'une substance jusque-là non soumise au contrôle et ajoutée au Tableau I, tiendra compte, autant que possible, des mesures de contrôle spéciales énumérées à l'article 7 et, en ce qui concerne cette substance, devra:

i) exiger des licences pour sa fabrication, son commerce et sa distribution, conformément aux dispositions prévues par l'article 8 pour les substances du Tableau II;

ii) exiger qu'elle ne soit fournie ou dispensée que sur ordonnance médicale, conformément aux dispositions prévues par l'article 9 pour les substances du Tableau II;

iii) se conformer aux obligations relatives à l'exportation et à l'importation énoncées à l'article 12, sauf à l'égard d'une autre Partie ayant adressé au Secrétaire général une notification au sujet de la substance en question;

iv) se conformer aux obligations énoncées pour les substances du Tableau II à l'article 13, portant interdiction ou restrictions à l'exportation et à l'importation;

v) fournir à l'Organe des rapports statistiques conformément aux dispositions de l'alinéa a) du paragraphe 4 de l'article 16; et

vi) prendre des mesures conformes aux dispositions de l'article 22 en vue de réprimer tout acte contraire aux lois ou règlements adoptés en exécution des obligations ci-dessus.

b) La Partie qui a notifié au Secrétaire général une telle décision au sujet d'une substance jusque-là non soumise au contrôle et ajoutée au Tableau II devra, en ce qui concerne cette substance:

i) exiger des licences pour sa fabrication, son commerce et sa distribution, conformément aux dispositions de l'article 8;

übermitteln, daß sie angesichts außergewöhnlicher Umstände nicht in der Lage sind, alle auf die in dem betreffenden Anhang aufgeführten Stoffe anwendbaren Bestimmungen des Übereinkommens hinsichtlich des betreffenden Stoffes durchzuführen. Diese Mitteilung hat die Gründe für ein derartiges außergewöhnliches Vorgehen zu enthalten. Ungeachtet dieser Mitteilung wendet jede Vertragspartei zumindest folgende Kontrollmaßnahmen an:

a) Eine Vertragspartei, die eine derartige Mitteilung hinsichtlich eines in Anhang I aufgenommenen Stoffes gemacht hat, der zuvor nicht der Kontrolle unterstand, berücksichtigt nach Möglichkeit die in Artikel 7 aufgeführten besonderen Kontrollmaßnahmen; sie wird hinsichtlich des betreffenden Stoffes

i) Genehmigungen für Herstellung, Handel und Verteilung vorschreiben, wie sie in Artikel 8 für die in Anhang II aufgeführten Stoffe vorgesehen sind;

ii) die Verschreibungspflicht für Auslieferung oder Abgabe vorschreiben, wie sie in Artikel 9 für die in Anhang II aufgeführten Stoffe vorgesehen ist;

iii) die in Artikel 12 vorgesehenen Verpflichtungen hinsichtlich der Ein- und Ausfuhr erfüllen, außer gegenüber einer anderen Vertragspartei, die gleichfalls eine derartige Mitteilung in bezug auf den betreffenden Stoff gemacht hat;

iv) die in Artikel 13 für die in Anhang II aufgeführten Stoffe vorgesehenen Verpflichtungen hinsichtlich des Verbots sowie der Beschränkungen von Ein- und Ausfuhr erfüllen;

v) dem Suchtstoffamt statistische Berichte nach Artikel 16 Absatz 4 Buchstabe a vorlegen sowie

vi) nach Artikel 22 Maßnahmen zur Unterdrückung von Zuwiderhandlungen gegen die in Erfüllung der vorstehenden Verpflichtungen erlassenen Gesetze oder sonstigen Vorschriften treffen.

b) Eine Vertragspartei, die eine derartige Mitteilung hinsichtlich eines in Anhang II aufgenommenen Stoffes gemacht hat, der zuvor nicht der Kontrolle unterstand, wird hinsichtlich des betreffenden Stoffes

i) nach Artikel 8 Genehmigungen für Herstellung, Handel und Verteilung vorschreiben;

(ii) require medical presciptions for supply or dispensing in accordance with article 9;

(iii) comply with the obligations relating to export and import provided in article 12, except in respect to another Party having given such notice for the substance in question;

(iv) comply with the obligations of article 13 in regard to prohibition of and restrictions on export and import;

(v) furnish statistical reports to the Board in accordance with paragraphs 4 (a), (c) and (d) of article 16; and

(vi) adopt measures in accordance with article 22 for the repression of acts contrary to laws or regulations adopted pursuant to the foregoing obligations.

(c) A Party having given such notice with regard to a previously uncontrolled substance added to Schedule III shall, with respect to that substance:

(i) require licences for manufacture; trade and distribution in accordance with article 8;

(ii) require medical prescriptions for supply or dispensing in accordance with article 9;

(iii) comply with the obligations relating to export provided in article 12, except in respect to another Party having given such notice for the substance in question;

(iv) comply with the obligations of article 13 in regard to prohibition of and restrictions on export and import; and

(v) adopt measures in accordance with article 22 for the repression of acts contrary to laws or regulations adopted pursuant to the foregoing obligations.

(d) A Party having given such notice with regard to a previously uncontrolled substance added to Schedule IV shall, with respect to that substance:

ii) exiger qu'elle ne soit fournie ou dispensée que sur ordonnance médicale, conformément aux dispositions de l'article 9;

iii) se conformer aux obligations relatives à l'exportation et à l'importation énoncées à l'article 12, sauf à l'égard d'une autre Partie ayant adressé au Secrétaire général une notification au sujet de la substance en question;

iv) se conformer aux obligations énoncées à l'article 13, portant interdiction ou restrictions à l'exportation et à l'importation;

v) fournir à l'Organe des rapports statistiques conformément aux dispositions des alinéas a), c) et d), du paragraphe 4 de l'article 16; et

vi) prendre des mesures conformes aux dispositions de l'article 22 en vue de réprimer tout acte contraire aux lois ou règlements adoptés en exécution des obligations ci-dessus.

c) La Partie qui a notifié au Secrétaire général une telle décision au sujet d'une substance jusque-là non soumise au contrôle et ajoutée au Tableau III devra, en ce qui concerne cette substance:

i) exiger des licences pour sa fabrication, son commerce et sa distribution, conformément aux dispositions de l'article 8;

ii) exiger qu'elle ne soit fournie ou dispensée que sur ordonnance médicale, conformément aux dispositions de l'article 9;

iii) se conformer aux obligations relatives à l'exportation énoncées à l'article 12, sauf à l'égard d'une autre Partie ayant adressé au Secrétaire général une notification au sujet de la substance en question;

iv) se conformer aux obligations énoncées à l'article 13, portant interdiction ou restrictions à l'exportation et à l'importation; et

v) prendre des mesures conformes aux dispositions de l'article 22 en vue de réprimer tout acte contraire aux lois ou règlements adoptés en exécution des obligations ci-dessus.

d) La Partie qui a notifié au Secrétaire général une telle décision au sujet d'une substance jusque-là non soumise au contrôle et ajoutée au Tableau IV devra, en ce qui concerne cette substance:

ii) nach Artikel 9 die Verschreibungspflicht für Auslieferung oder Abgabe vorschreiben;

iii) die in Artikel 12 vorgesehenen Verpflichtungen hinsichtlich der Ein- und Ausfuhr erfüllen, außer gegenüber einer anderen Vertragspartei, die gleichfalls eine derartige Mitteilung in bezug auf den betreffenden Stoff gemacht hat;

iv) die Verpflichtungen des Artikels 13 hinsichtlich des Verbots sowie der Beschränkungen von Ein- und Ausfuhr erfüllen;

v) dem Suchtstoffamt statistische Berichte nach Artikel 16 Absatz 4 Buchstaben a, c und d vorlegen sowie

vi) nach Artikel 22 Maßnahmen zur Unterdrückung von Zuwiderhandlungen gegen die in Erfüllung der vorstehenden Verpflichtungen erlassenen Gesetze oder sonstigen Vorschriften treffen.

c) Eine Vertragspartei, die eine derartige Mitteilung hinsichtlich eines in Anhang III aufgenommenen Stoffes gemacht hat, der zuvor nicht der Kontrolle unterstand, wird hinsichtlich des betreffenden Stoffes

i) nach Artikel 8 Genehmigungen für Herstellung, Handel und Verteilung vorschreiben;

ii) nach Artikel 9 die Verschreibungspflicht für Auslieferung oder Abgabe vorschreiben;

iii) die in Artikel 12 vorgesehenen Verpflichtungen hinsichtlich der Ausfuhr erfüllen, außer gegenüber einer anderen Vertragspartei, die gleichfalls eine derartige Mitteilung in bezug auf den betreffende Stoff gemacht hat;

iv) die Verpflichtungen des Artikels 13 hinsichtlich des Verbots sowie der Beschränkungen von Ein- und Ausfuhr erfüllen sowie

v) nach Artikel 22 Maßnahmen zur Unterdrückung von Zuwiderhandlungen gegen die in Erfüllung der vorstehenden Verpflichtungen erlassenen Gesetze oder sonstigen Vorschriften treffen.

d) Eine Vertragspartei, die eine derartige Mitteilung hinsichtlich eines in Anhang IV aufgenommenen Stoffes gemacht hat, der zuvor nicht der Kontrolle unterstand, wird hinsichtlich des betreffenden Stoffes

(i) require licences for manufacture, trade and distribution in accordance with article 8;

(ii) comply with the obligations of article 13 in regard to prohibition of and restrictions on export and import; and

(iii) adopt measures in accordance with article 22 for the repression of acts contrary to laws or regulations adopted pursuant to the foregoing obligations.

(e) A Party having given such notice with regard to a substance transferred to a Schedule providing stricter controls and obligations shall apply as a minimum all of the provisions of this Convention applicable to the Schedule from which it was transferred.

8. (a) The decisions of the Commission taken under this article shall be subject to review by the Council upon the request of any Party filed within 180 days from receipt of notification of the decision. The request for review shall be sent to the Secretary-General together with all relevant information upon which the request for review is based.

(b) The Secretary-General shall transmit copies of the request for review and the relevant information to the Commission, to the World Health Organization and to all the Parties, inviting them to submit comments within ninety days. All comments received shall be submitted to the Council for consideration.

(c) The Council may confirm, alter or reverse the decision of the Commission. Notification of the Council's decision shall be transmitted to all States Members of the United Nations, to non-member States Parties to this Convention, to the Commission, to the World Health Organization and to the Board.

(d) During pendency of the review, the original decision of the Commission shall, subject to paragraph 7, remain in effect.

9. The Parties shall use their best endeavours to apply to substances which do not fall under this Convention, but which may be used in the illicit manufacture of psychotropic substances, such measures of supervision as may be practicable.

i) exiger des licences pour sa fabrication, son commerce et sa distribution, conformément aux dispositions de l'article 8;

ii) se conformer aux obligations énoncées à l'article 13, portant interdiction ou restrictions à l'exportation et à l'importation; et

iii) prendre des mesures conformes aux dispositions de l'article 22 en vue de réprimer tout acte contraire aux lois ou règlements adoptés en exécution des obligations ci-dessus.

e) La Partie qui a notifié au Secrétaire général une telle décision au sujet d'une substance transférée à un Tableau auquel s'appliquent des mesures de contrôle et des obligations plus strictes appliquera au minimum l'ensemble des dispositions de la présente Convention applicables au Tableau d'où elle a été transférée.

8. a) Les décisions de la Commission prises en vertu du présent article seront sujettes à revision par le Conseil si une Partie en formule la demande dans les 180 jours suivant la réception de la notification de la décision. La demande de revision devra être adressée au Secrétaire général en même temps que tous les renseignements pertinents qui l'auront motivée.

b) Le Secrétaire général communiquera copie de la demande de revision et des renseignements pertinents à la Commission, à l'Organisation mondiale de la santé et à toutes les Parties, en les invitant à lui communiquer leurs observations dans un délai de quatre-vingt-dix jours. Toutes les observations ainsi reçues seront soumises à l'examen du Conseil.

c) Le Conseil peut confirmer, modifier ou annuler la décision de la Commission. Sa décision sera notifiée à tous les États Membres de l'Organisation des Nations Unies, aux États non membres Parties à la présente Convention, à la Commission, à l'Organisation mondiale de la santé et à l'Organe.

d) Au cours de la procédure de revision, la décision originale de la Commission restera en vigueur, sous réserve des dispositions du paragraphe 7.

9. Les Parties feront tout ce qui est en leur pouvoir afin de soumettre à des mesures de surveillance autant que faire se pourra les substances qui ne sont pas visées par la présente Convention, mais qui peuvent être utilisées pour la fabrication illicite de substances psychotropes.

i) nach Artikel 8 Genehmigungen für Herstellung, Handel und Verteilung vorschreiben;

ii) die Verpflichtungen des Artikels 13 hinsichtlich des Verbots sowie der Beschränkungen von Ein- und Ausfuhr erfüllen sowie

iii) nach Artikel 22 Maßnahmen zur Unterdrückung von Zuwiderhandlungen gegen die in Erfüllung der vorstehenden Verpflichtungen erlassenen Gesetze oder sonstigen Vorschriften treffen.

e) Eine Vertragspartei, die eine derartige Mitteilung hinsichtlich eines Stoffes gemacht hat, der in einen strengere Kontrollen und Verpflichtungen vorsehenden Anhang übertragen wurde, wendet zumindest alle für den Anhang, aus dem der betreffende Stoff übertragen wurde, geltenden Bestimmungen dieses Übereinkommens an.

(8) a) Die Beschlüsse der Kommission auf Grund dieses Artikels unterliegen der Nachprüfung durch den Rat, wenn eine Vertragspartei dies binnen 180 Tagen beantragt, nachdem die Notifikation des Beschlusses bei ihr eingegangen ist. Der Antrag auf Nachprüfung ist zusammen mit allen ihn begründenden erheblichen Angaben beim Generalsekretär zu stellen.

b) Der Generalsekretär leitet der Kommission, der Weltgesundheitsorganisation und allen Vertragsparteien Abschriften des Nachprüfungsantrags und der diesbezüglichen Angaben mit der Aufforderung zu, binnen neunzig Tagen hierzu Stellung zu nehmen. Alle eingehenden Stellungnahmen werden dem Rat zur Erwägung vorgelegt.

c) Der Rat kann den Beschluß der Kommission bestätigen, ändern oder aufheben. Der Beschluß des Rates wird allen Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen, den Nichtmitgliedstaaten, die Vertragsparteien dieses Übereinkommens sind, der Kommission, der Weltgesundheitsorganisation und dem Suchtstoffamt notifiziert.

d) Solange die Nachprüfung dauert, bleibt der ursprüngliche Beschluß der Kommission vorbehaltlich des Absatzes 7 in Kraft.

(9) Die Vertragsparteien werden sich nach besten Kräften bemühen, auf Stoffe, die nicht unter dieses Übereinkommen fallen, aber zur unerlaubten Herstellung psychotroper Stoffe verwendet werden können, alle durchführbaren Überwachungsmaßnahmen anzuwenden.

Article 3

Special provisions regarding the control of preparations

1. Except as provided in the following paragraphs of this article, a preparation is subject to the same measures of control as the psychotropic substance which it contains, and, if it contains more than one such substance, to the measures applicable to the most strictly controlled of those substances.

2. If a preparation containing a psychotropic substance other than a substance in Schedule I is compounded in such a way that it presents no, or a negligible, risk of abuse and the substance cannot be recovered by readily applicable means in a quantity liable to abuse, so that the preparation does not give rise to a public health and social problem, the preparation may be exempted from certain of the measures of control provided in this Convention in accordance with paragraph 3.

3. If a Party makes a finding under the preceeding paragraph regarding a preparation it may decide to exempt the preparation, in its country or in one of its regions, from any or all of the measures of control provided in this Convention except the requirements of:

(a) article 8 (licences), as it applies to manufacture;

(b) article 11 (records), as it applies to exempt preparations;

(c) article 13 (prohibition of and restrictions on export and import);

(d) article 15 (inspection), as it applies to manufacture;

(e) article 16 (reports to be furnished by the Parties), as it applies to exempt preparations; and

(f) article 22 (penal provisions), to the extent necessary for the repression of acts contrary to laws or regulations adopted pursuant to the foregoing obligations.

A Party shall notify the Secretary-General of any such decision, of the name and composition of the exempt preparation, and of the measures of control from which it is exempted. The Secretary-General shall transmit the notification to the other Parties,

Article 3

Dispositions particulières relatives au contrôle des préparations

1. Sous réserve de ce qui est stipulé aux paragraphes suivants du présent article, une préparation est soumise aux mêmes mesures de contrôle que la substance psychotrope qu'elle contient, et, si elle contient plus d'une telle substance, aux mesures applicables à celle de ces substances qui est le plus strictement contrôlée.

2. Si une préparation qui contient une substance psychotrope autre qu'une substance du Tableau I est composée de telle manière qu'elle ne présente qu'un risque d'abus négligeable ou nul, et que la substance ne peut pas être récupérée en quantité pouvant donner lieu à des abus, par des moyens facilement applicables, et qu'en conséquence cette préparation ne crée, ni un problème pour la santé publique, ni un problème social, ladite préparation pourra être exemptée de certaines des mesures de contrôle énoncées dans la présente Convention, conformément au paragraphe 3.

3. Si une Partie constate qu'une préparation relève des dispositions du paragraphe précédent, elle peut décider de l'exempter, dans son pays ou dans l'une de ses régions, d'une ou de toutes les mesures de contrôle prévues dans la présente Convention; toutefois ladite préparation demeurera soumise aux obligations énoncées dans les articles suivants:

a) article 8 (licences), en ce qu'il s'applique à la fabrication;

b) article 11 (enregistrement), en ce qu'il s'applique aux préparations exemptées;

c) article 13 (interdiction et restrictions à l'exportation et à l'importation);

d) article 15 (inspection), en ce qu'il s'applique à la fabrication;

e) article 16 (renseignements à fournir par les Parties), en ce qu'il s'applique aux préparations exemptées; et

f) article 22 (dispositions pénales), dans la mesure nécessaire à la répression d'actes contraires aux lois ou règlements adoptés conformément aux obligations ci-dessus.

Ladite Partie notifiera au Secrétaire général toutes décisions de ce genre, ainsi que le nom et la composition de la préparation exemptée, et les mesures de contrôle dont celle-ci est exemptée. Le Secrétaire général transmettra la notification aux autres Par-

Artikel 3

Sonderbestimmungen über die Kontrolle von Zubereitungen

(1) Sofern nicht in den Absätzen 2 bis 4 etwas anderes bestimmt ist, unterliegt eine Zubereitung denselben Kontrollmaßnahmen wie der psychotrope Stoff, den sie enthält; enthält die Zubereitung mehr als einen derartigen Stoff, so unterliegt sie denjenigen Maßnahmen, die auf den der strengsten Kontrolle unterstehenden Stoff anwendbar sind.

(2) Ist eine Zubereitung, die einen nicht in Anhang I aufgeführten psychotropen Stoff enthält, so zusammengesetzt, daß keine oder nur eine geringfügige Gefahr des Mißbrauchs besteht, und kann der Stoff nicht durch unschwer anwendbare Mittel in einer zum Mißbrauch geeigneten Menge zurückgewonnen werden, so daß die Zubereitung nicht zu einem volksgesundheitlichen und sozialen Problem Anlaß gibt, so kann die Zubereitung nach Absatz 3 von bestimmten in diesem Übereinkommen vorgesehenen Kontrollmaßnahmen ausgenommen werden.

(3) Trifft eine Vertragspartei hinsichtlich einer Zubereitung eine Feststellung im Sinne des Absatzes 2, so kann sie beschließen, die Zubereitung in ihrem Staat oder in einem ihrer Gebiete von einzelnen oder allen in diesem Übereinkommen vorgesehenen Kontrollmaßnahmen mit Ausnahme der folgenden Erfordernisse auszunehmen:

a) Artikel 8 (Genehmigungen), soweit er auf die Herstellung Anwendung findet;

b) Artikel 11 (Verzeichnisse), soweit er auf ausgenommene Zubereitungen Anwendung findet;

c) Artikel 13 (Verbot und Beschränkungen von Ein- und Ausfuhr);

d) Artikel 15 (Inspektion), soweit er auf die Herstellung Anwendung findet;

e) Artikel 16 (von den Vertragsparteien vorzulegende Berichte), soweit er auf ausgenommene Zubereitungen Anwendung findet;

f) Artikel 22 (Strafbestimmungen) in dem zur Unterdrückung von Zuwiderhandlungen gegen die in Erfüllung der vorstehenden Verpflichtungen erlassenen Gesetze oder sonstigen Vorschriften erforderlichen Ausmaß.

Die Vertragsparteien notifizieren dem Generalsekretär jeden derartigen Beschluß, Namen und Zusammensetzung der ausgenommenen Zubereitung und die Kontrollmaßnahmen, von denen sie ausgenommen wird. Der Generalsekretär übermittelt die Notifikation

to the World Health Organization and to the Board.

4. If a Party or the World Health Organization has information regarding a preparation exempted pursuant to paragraph 3 which in its opinion may require the termination, in whole or in part, of the exemption, it shall notify the Secretary-General and furnish him with the information in support of the notification. The Secretary-General shall transmit such notification, and any information which he considers relevant, to the Parties, to the Commission and, when the notification is made by a Party, to the World Health Organization. The World Health Organization shall communicate to the Commission an assessment of the preparation in relation to the matters specified in paragraph 2, together with a recommendation of the control measures, if any, from which the preparation should cease to be exempted. The Commission, taking into account the communication from the World Health Organization, whose assessment shall be determinative as to medical and scientific matters, and bearing in mind the economic, social, legal, administrative and other factors it may consider relevant, may decide to terminate the exemption of the preparation from any or all control measures. Any decision of the Commission taken pursuant to this paragraph shall be communicated by the Secretary-General to all States Members of the United Nations, to non-member States Parties to this Convention, to the World Health Organization and to the Board. All Parties shall take measures to terminate the exemption from the control measure or measures in question within 180 days of the date of the Secretary-General's communication.

Article 4

Other special provisions regarding the scope of control

In respect of psychotropic substances other than those in Schedule I, the Parties may permit:

(a) the carrying by international travellers of small quantities of preparations for personal use; each Party shall be entitled, however, to satisfy itself that these preparations have been lawfully obtained;

(b) the use of such substances in industry for the manufacture of non-psychotropic substances or pro-

ties, à l'Organisation mondiale de la santé et à l'Organe.

4. Si une Partie ou l'Organisation mondiale de la santé a des informations sur une préparation exemptée en vertu du paragraphe 3, qui, à son avis, justifient la suppression complète ou partielle de l'exemption, elle les notifiera au Secrétaire général et lui fournira les informations à l'appui de cette notification. Le Secrétaire général transmettra cette notification, accompagnée de toute information qu'il jugera pertinente, aux Parties, à la Commission et, lorsque la notification sera faite par une Partie, à l'Organisation mondiale de la santé. L'Organisation mondiale de la santé communiquera à la Commission une évaluation de la préparation prenant en considération les facteurs énumérés au paragraphe 2, ainsi qu'une recommandation relative aux mesures de contrôle dont la préparation devrait éventuellement cesser d'être exemptée. La Commission, tenant compte de la communication de l'Organisation mondiale de la santé, dont l'évaluation sera déterminante en matière médicale et scientifique, et prenant en considération les facteurs d'ordre économique, social, juridique, administratif et autres, qu'elle pourra juger pertinents, pourra décider que la préparation cessera d'être exemptée d'une ou de toutes les mesures de contrôle. Le Secrétaire général communiquera toute décision de la Commission prise en vertu du présent paragraphe à tous les États Membres de l'Organisation des Nations Unies, aux États non membres Parties à la présente Convention, à l'Organisation mondiale de la santé et à l'Organe. Toutes les Parties prendront des dispositions en vue de supprimer l'exemption de la ou des mesures de contrôle en question dans un délai de 180 jours à compter de la date de la communication du Secrétaire général.

Article 4

Autres dispositions particulières relatives au champ d'application du contrôle

En ce qui concerne les substances psychotropes autres que celles du Tableau I, les Parties pourront autoriser:

a) le transport par les voyageurs internationaux de petites quantités de préparations pour leur usage personnel; chaque Partie pourra cependant s'assurer que ces préparations ont été légalement obtenues;

b) l'emploi de ces substances dans l'industrie pour la fabrication de substances ou produits non psy-

den anderen Vertragsparteien, der Weltgesundheitsorganisation und dem Suchtstoffamt.

(4) Liegen einer Vertragspartei oder der Weltgesundheitsorganisation Angaben über eine nach Absatz 3 ausgenommene Zubereitung vor, die nach ihrer Auffassung die völlige oder teilweise Aufhebung der Ausnahme erforderlich machen, so notifiziert sie dies dem Generalsekretär und leitet ihm alle diese Notifikation erhärtenden Angaben zu. Der Generalsekretär übermittelt die Notifikation und die ihm erheblich erscheinenden Angaben den Vertragsparteien, der Kommission und, wenn die Notifikation von einer Vertragspartei ausging, der Weltgesundheitsorganisation. Die Weltgesundheitsorganisation übermittelt der Kommission eine Bewertung der Zubereitung in bezug auf die in Absatz 2 genannten Faktoren, gegebenenfalls verbunden mit einer Empfehlung über die Kontrollmaßnahmen, von denen die Zubereitung nicht länger ausgenommen werden soll. Die Kommission kann unter Berücksichtigung der Mitteilung der Weltgesundheitsorganisation, deren Bewertung in medizinischer und wissenschaftlicher Hinsicht maßgebend ist, sowie unter Beachtung der von ihr als erheblich erachteten wirtschaftlichen, sozialen, rechtlichen, verwaltungstechnischen und sonstigen Faktoren beschließen, die Ausnahme der betreffenden Zubereitung von einzelnen oder allen Kontrollmaßnahmen aufzuheben. Jeden Beschluß der Kommission auf Grund dieses Absatzes teilt der Generalsekretär allen Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen, den Nichtmitgliedstaaten, die Vertragsparteien dieses Übereinkommens sind, der Weltgesundheitsorganisation und dem Suchtstoffamt mit. Alle Vertragsparteien treffen binnen 180 Tagen nach dem Datum der Mitteilung des Generalsekretärs Maßnahmen zur Aufhebung der Ausnahme von der oder den betreffenden Kontrollmaßnahmen.

Artikel 4

Sonstige Sonderbestimmungen über den Umfang der Kontrolle

Hinsichtlich der nicht in Anhang I aufgeführten psychotropen Stoffe können die Vertragsparteien folgendes zulassen:

a) das Mitführen geringer Mengen von Zubereitungen zum persönlichen Gebrauch durch internationale Reisende; jede Vertragspartei ist jedoch berechtigt, den Nachweis zu fordern, daß diese Zubereitungen auf rechtmäßigem Wege erlangt wurden;

b) die Verwendung derartiger Stoffe in der Industrie zur Herstellung nichtpsychotroper Stoffe oder Er-

ducts, subject to the application of the measures of control required by this Convention until the psychotropic substances come to be in such a condition that they will not in practice be abused or recovered;

(c) the use of such substances, subject to the application of the measures of control required by this Convention, for the capture of animals by persons specifically authorized by the competent authorities to use such substances for that purpose.

chotropes, sous réserve que leur soient appliquées les mesures de contrôle requises par la présente Convention jusqu'à ce que l'état des substances psychotropes soit tel qu'elles ne puissent pas, dans la pratique, donner lieu à des abus ou être récupérées; et

c) l'utilisation de ces substances, sous réserve que leur soient appliquées les mesures de contrôle requises par la présente Convention, pour la capture d'animaux par des personnes expressément autorisées par les autorités compétentes à utiliser lesdites substances à cet effet.

zeugnisse, wobei jedoch die durch dieses Übereinkommen vorgeschriebenen Kontrollmaßnahmen so lange anzuwenden sind, bis die psychotropen Stoffe in einen solchen Zustand übergeführt sind, daß sie in der Praxis nicht mißbraucht oder zurückgewonnen werden;

c) die Verwendung derartiger Stoffe zum Tierfang durch Personen, denen eine solche Verwendung von den zuständigen Behörden ausdrücklich gestattet wurde; hierbei sind die durch dieses Übereinkommen vorgeschriebenen Kontrollmaßnahmen anzuwenden.

Article 5

Limitation of use to medical and scientific purposes

1. Each Party shall limit the use of substances in Schedule I as provided in article 7.

2. Each Party shall, except as provided in article 4, limit by such measures as it considers appropriate the manufacture, export, import, distribution and stocks of, trade in, and use and possession of, substances in Schedules II, III and IV to medical and scientific purposes.

3. It is desirable that the Parties do not permit the possession of substances in Schedules II, III and IV except under legal authority.

Article 5

Limitation de l'utilisation aux fins médicales et scientifiques

1. Chaque Partie limitera l'utilisation des substances du Tableau I ainsi qu'il est prévu à l'article 7.

2. Chaque Partie devra, sous réserve des dispositions de l'article 4, limiter, par les mesures qu'elle jugera appropriées, la fabrication, l'exportation, l'importation, la distribution, les stocks, le commerce, l'emploi et la détention de substances des Tableaux II, III et IV aux fins médicales et scientifiques.

3. Il est souhaitable que les Parties n'autorisent pas la détention de substances des Tableaux II, III et IV, sauf dans les conditions prévues par la loi.

Artikel 5

Beschränkung der Verwendung auf medizinische und wissenschaftliche Zwecke

(1) Jede Vertragspartei beschränkt die Verwendung der in Anhang I aufgeführten Stoffe nach Maßgabe des Artikels 7.

(2) Jede Vertragspartei beschränkt, soweit Artikel 4 nicht etwas anderes bestimmt, durch die ihr angebracht erscheinenden Maßnahmen Herstellung, Einfuhr, Ausfuhr, Verteilung, Vorratshaltung, Verwendung und Besitz der in den Anhängen II, III und IV aufgeführten Stoffe sowie den Handel damit auf medizinische und wissenschaftliche Zwecke.

(3) Es ist wünschenswert, daß die Vertragsparteien keinen Besitz der in den Anhängen II, III und IV aufgeführten Stoffe ohne gesetzliche Ermächtigung gestatten.

Article 6

Special administration

It is desirable that for the purpose of applying the provisions of this Convention, each Party establish and maintain a special administration, which may with advantage be the same as, or work in close co-operation with, the special administration established pursuant to the provisions of conventions for the control of narcotic drugs.

Article 6

Administration spéciale

Il est souhaitable qu'à l'effet d'appliquer les dispositions de la présente Convention chaque Partie institue et entretienne une administration spéciale. Il peut y avoir avantage à ce que cette administration soit la même que l'administration spéciale qui a été instituée en vertu des dispositions des conventions soumettant les stupéfiants à un contrôle, ou qu'elle travaille en étroite collaboration avec cette administration spéciale.

Artikel 6

Besondere Verwaltungsdienststelle

Es ist wünschenswert, daß jede Vertragspartei zur Anwendung der Bestimmungen dieses Übereinkommens eine besondere Verwaltungsdienststelle einrichtet und unterhält, die zweckmäßigerweise mit der nach den Übereinkünften zur Kontrolle von Suchtstoffen geschaffenen besonderen Verwaltungsdienststelle identisch sein oder eng zusammenarbeiten sollte.

Article 7

Special provisions regarding substances in Schedule I

In respect of substances in Schedule I, the Parties shall:

(a) prohibit all use except for scientific and very limited medical purposes by duly authorized persons, in medical or scientific establish-

Article 7

Dispositions spéciales visant les substances du Tableau I

En ce qui concerne les substances du Tableau I, les Parties devront:

a) interdire toute utilisation de ces substances, sauf à des fins scientifiques ou à des fins médicales très limitées, par des personnes dûment

Artikel 7

Sonderbestimmungen hinsichtlich der in Anhang I aufgeführten Stoffe

In bezug auf die in Anhang I aufgeführten Stoffe werden die Vertragsparteien

a) jede Verwendung verbieten, außer für wissenschaftliche und — in sehr beschränktem Umfang — für medizinische Zwecke durch ordnungsge-

ments which are directly under the control of their Governments or specifically approved by them;

(b) require that manufacture, trade, distribution and possession be under a special licence or prior authorization;

(c) provide for close supervision of the activities and acts mentioned in paragraphs (a) and (b);

(d) restrict the amount supplied to a duly authorized person to the quantity required for his authorized purpose;

(e) require that persons performing medical or scientific functions keep records concerning the acquisition of the substances and the details of their use, such records to be preserved for at least two years after the last use recorded therein; and

(f) prohibit export and import except when both the exporter and importer are the competent authorities or agencies of the exporting and importing country or region, respectively, or other persons or enterprises which are specifically authorized by the competent authorities of their country or region for the purpose. The requirements of paragraph 1 of article 12 for export and import authorizations for substances in Schedule II shall also apply to substances in Schedule I.

Article 8
Licences

1. The Parties shall require that the manufacture of, trade (including export and import trade) in, and distribution of substances listed in Schedules II, III and IV be under licence or other similar control measure.

2. The Parties shall:

(a) control all duly authorized persons and enterprises carrying on or engaged in the manufacture of, trade (including export and import trade) in, or distribution of substances referred to in paragraph 1;

autorisées qui travaillent dans des établissements médicaux ou scientifiques relevant directement de leurs gouvernements ou expressément autorisés par eux;

b) exiger que la fabrication, le commerce, la distribution et la détention de ces substances soient subordonnés à la possession d'une licence spéciale ou d'une autorisation préalable;

c) prévoir une surveillance étroite des activités et des actes mentionnés aux alinéas a) et b);

d) ne permettre de délivrer à une personne dûment autorisée que la quantité de ces substances nécessaire aux fins pour lesquelles l'autorisation a été accordée;

e) exiger que les personnes exerçant des fonctions médicales et scientifiques enregistrent l'acquisition de ces substances et les détails de leur utilisation, lesdits enregistrements devant être conservés pendant au moins deux ans après la dernière utilisation qui y aura été consignée; et

f) interdire l'exportation et l'importation de ces substances sauf lorsque l'exportateur et l'importateur seront l'un et l'autre l'autorité ou l'administration compétente du pays ou de la région exportateurs et importateurs, respectivement, ou d'autres personnes ou entreprises que les autorités compétentes de leurs pays ou régions auront expressément autorisées à cet effet. Les exigences prévues au paragraphe 1 de l'article 12 en ce qui concerne les autorisations d'exportation et d'importation pour les substances du Tableau II s'appliqueront également aux substances du Tableau I.

Article 8
Licences

1. Les Parties exigeront une licence ou autre mesure de contrôle similaire pour la fabrication, le commerce (y compris le commerce d'exportation et d'importation) et la distribution des substances des Tableaux II, III et IV.

2. Les Parties:

a) exerceront une surveillance sur toutes les personnes et entreprises dûment autorisées se livrant à la fabrication, au commerce (y compris le commerce d'exportation et d'importation) ou à la distribution des substances visées au paragraphe 1;

mäß ermächtigte Personen in medizinischen oder wissenschaftlichen Einrichtungen, die unmittelbar der Aufsicht der jeweiligen Regierung unterstehen oder von dieser ausdrücklich zugelassen sind;

b) für Herstellung, Handel, Verteilung und Besitz eine besondere Genehmigung oder vorherige Ermächtigung vorschreiben;

c) für eine genaue Überwachung der unter den Buchstaben a und b genannten Betätigungen und Handlungen Sorge tragen;

d) die an eine ordnungsgemäß ermächtigte Person auslieferbare Menge auf die für den jeweils zugelassenen Zweck benötigte Quantität beschränken;

e) vorschreiben, daß Personen, die medizinische oder wissenschaftliche Aufgaben wahrnehmen, über den Erwerb der Stoffe und die Einzelheiten ihrer Verwendung Verzeichnisse führen, die mindestens zwei Jahre nach der letzten darin eingetragenen Verwendung aufzubewahren sind;

f) die Ein- und Ausfuhr außer in den Fällen verbieten, in denen sie von den zuständigen Behörden oder Dienststellen des ein- bzw. ausführenden Staates oder Gebiets oder von sonstigen Personen oder Unternehmen vorgenommen wird, denen die zuständigen Behörden ihres Staates oder Gebiets für diesen Zweck eine ausdrückliche Genehmigung erteilt haben. Die Vorschriften des Artikels 12 Absatz 1 über Ein- und Ausfuhrgenehmigungen für die in Anhang II aufgeführten Stoffe gelten auch für die in Anhang I aufgeführten Stoffe.

Artikel 8
Genehmigungen

(1) Die Vertragsparteien schreiben vor, daß die Herstellung von, der Handel (einschließlich des Ein- und Ausfuhrhandels) mit und die Verteilung von in den Anhängen II, III und IV aufgeführten Stoffen der Genehmigung bedürfen oder einer anderen ähnlichen Kontrollmaßnahme unterliegen.

(2) Die Vertragsparteien

a) kontrollieren alle ordnungsgemäß ermächtigten Personen und Unternehmen, welche die Herstellung von, den Handel (einschließlich des Ein- und Ausfuhrhandels) mit oder die Verteilung von Stoffen im Sinne des Absatzes 1 betreiben oder daran beteiligt sind;

(b) control under licence or other similar control measure the establishments and premises in which such manufacture, trade or distribution may take place; and

(c) provide that security measures be taken with regard to such establishments and premises in order to prevent theft or other diversion of stocks.

3. The provisions of paragraphs 1 and 2 of this article relating to licensing or other similar control measures need not apply to persons duly authorized to perform and while performing therapeutic or scientific functions.

4. The Parties shall require that all persons who obtain licences in accordance with this Convention or who are otherwise authorized pursuant to paragraph 1 of this article or subparagraph (b) of article 7 shall be adequately qualified for the effective and faithful execution of the provisions of such laws and regulations as are enacted in pursuance of this Convention.

Article 9

Prescriptions

1. The Parties shall require that substances in Schedules II, III and IV be supplied or dispensed for use by individuals pursuant to medical prescription only, except when individuals may lawfully obtain, use, dispense or administer such substances in the duly authorized exercise of therapeutic or scientific functions.

2. The Parties shall take measures to ensure that prescriptions for substances in Schedules II, III and IV are issued in accordance with sound medical practice and subject to such regulation, particularly as to the number of times they may be refilled and the duration of their validity, as will protect the public health and welfare.

3. Notwithstanding paragraph 1, a Party may, if in its opinion local circumstances so require and under such conditions, including record-keeping, as it may prescribe, authorize licensed pharmacists or other licensed retail distributors designated by the authorities responsible for public health in

b) soumettront à un régime de licence ou autre mesure de contrôle similaire les établissements et les locaux dans lesquels cette fabrication, ce commerce ou cette distribution peuvent se faire; et

c) feront en sorte que des mesures de sécurité soient prises pour ces établissements et ces locaux, de manière à prévenir les vols ou autres détournements de stocks.

3. Les dispositions des paragraphes 1 et 2 du présent article concernant le régime de licence ou autres mesures de contrôle similaires ne s'appliqueront pas nécessairement aux personnes dûment autorisées à exercer des fonctions thérapeutiques ou scientifiques et agissant dans l'exercice de ces fonctions.

4. Les Parties exigeront que toutes les personnes à qui des licences sont délivrées en application de la présente Convention ou qui possèdent des autorisations équivalentes conformément aux dispositions prévues au paragraphe 1 du présent article ou à l'alinéa b) de l'article 7 soient dûment qualifiées pour appliquer effectivement et fidèlement les dispositions des lois et règlements adoptés en exécution de la présente Convention.

Article 9

Ordonnances médicales

1. Les Parties exigeront que les substances des Tableaux II, III et Iv ne soient fournies ou dispensées pour être utilisées par des particuliers que sur ordonnance médicale, sauf dans les cas où des particuliers peuvent légalement obtenir, utiliser, dispenser ou administrer ces substances dans l'exercice dûment autorisé de fonctions thérapeutiques ou scientifiques.

2. Les Parties prendront les mesures nécessaires pour que les ordonnances prescrivant des substances des Tableaux II, III et IV soient délivrées conformément à la pratique médicale et soumises, en ce qui concerne notamment le nombre des renouvellements possibles et la durée de leur validité, à une réglementation qui assure la protection de la santé et de l'intérêt publics.

3. Nonobstant les dispositions du paragraphe 1, une Partie peut si, à son avis, la situation locale l'exige et dans les conditions qu'elle pourra prescrire, y compris en matière d'enregistrement, autoriser les pharmaciens sous licence ou tous autres distributeurs de détail sous licence désignés par les

b) kontrollieren im Wege der Genehmigungspflicht oder durch eine andere ähnliche Kontrollmaßnahme die Betriebe und Räumlichkeiten, in denen die Herstellung, der Handel oder die Verteilung erfolgen kann;

c) tragen dafür Sorge, daß hinsichtlich derartiger Betriebe und Räumlichkeiten Sicherheitsmaßnahmen getroffen werden, um eine Entwendung oder sonstige Zweckentfremdung von Vorräten zu verhüten.

(3) Die Bestimmungen der Absätze 1 und 2, die sich auf Genehmigungen oder andere ähnliche Kontrollmaßnahmen beziehen, brauchen nicht auf Personen erstreckt zu werden, die zur Wahrnehmung therapeutischer oder wissenschaftlicher Aufgaben ordnungsgemäß befugt und dementsprechend tätig sind.

(4) Die Vertragsparteien schreiben vor, daß alle Personen, die nach Maßgabe dieses Übereinkommens Genehmigungen erhalten oder die nach Absatz 1 des vorliegenden Artikels oder nach Artikel 7 Buchstabe b in sonstiger Weise ermächtigt sind, die erforderliche Befähigung zur wirksamen und gewissenhaften Anwendung der zur Durchführung dieses Übereinkommens erlassenen Gesetze und sonstigen Vorschriften besitzen müssen.

Artikel 9

Ärztliche Verordnungen

(1) Die Vertragsparteien schreiben vor, daß die in den Anhängen II, III und IV aufgeführten Stoffe zum Gebrauch durch Privatpersonen nur gegen ärztliche Verschreibung ausgeliefert oder abgegeben werden dürfen, es sei denn, daß Einzelpersonen diese Stoffe zur ordnungsgemäß genehmigten Wahrnehmung therapeutischer oder wissenschaftlicher Aufgaben rechtmäßig beschaffen, verwenden, abgeben oder verabreichen dürfen.

(2) Die Vertragsparteien treffen Maßnahmen, um sicherzustellen, daß ärztliche Verschreibungen für die in den Anhängen II, III und IV aufgeführten Stoffe im Einklang mit bewährten ärztlichen Gepflogenheiten und auf Grund solcher Vorschriften ausgestellt werden, wie sie zum Schutz der Volksgesundheit und des öffentlichen Wohls erforderlich sind; dazu gehören insbesondere Vorschriften über die Häufigkeit der Wiederholung der Abgabe und die Gültigkeitsdauer der Verschreibungen.

(3) Ungeachtet des Absatzes 1 kann eine Vertragspartei, falls die örtlichen Gegebenheiten dies nach ihrer Auffassung erfordern, unter den von ihr vorgeschriebenen Bedingungen einschließlich der Pflicht zur Führung von Verzeichnissen approbierte Apotheker oder sonstige zugelassene Ein-

its country or part thereof to supply, at their discretion and without prescription, for use for medical purposes by individuals in exceptional cases, small quantities, within limits to be defined by the Parties, of substances in Schedules III and IV.

Article 10

Warnings on packages, and advertising

1. Each Party shall require, taking into account any relevant regulations or recommendations of the World Health Organization, such directions for use, including cautions and warnings, to be indicated on the labels where practicable and in any case on the accompanying leaflet of retail packages of psychotropic substances, as in its opinion are necessary for the safety of the user.

2. Each Party shall, with due regard to its constitutional provisions, prohibit the advertisement of such substances to the general public.

Article 11

Records

1. The Parties shall require that, in respect of substances in Schedule I, manufacturers and all other persons authorized under article 7 to trade in and distribute those substances keep records, as may be determined by each Party, showing details of the quantities manufactured, the quantities held in stock, and, for each acquisition and disposal, details of the quantity, date, supplier and recipient.

2. The Parties shall require that, in respect of substances in Schedules II and III, manufacturers, wholesale distributors, exporters and importers keep records, as may be determined by each Party showing details of the quantities manufactured and, for each acquisition and disposal, details of the quantity, date, supplier and recipient.

3. The Parties shall require that, in respect of substances in Schedule II, retail distributors, institutions for hospitalization and care and scientific institutions keep records, as may be

autorités chargées de la santé publique dans son pays ou une partie de celui-ci, à fournir, à leur discrétion et sans ordonnance, pour être utilisées par des particuliers dans des cas exceptionnels et à des fins médicales, de petites quantités de substances des Tableaux III et IV, dans les limites que les Parties définiront.

Article 10

Mises en garde à porter sur le conditionnement et annonces publicitaires

1. Chaque Partie exigera, compte tenu des réglementations ou recommandations pertinentes de l'Organisation mondiale de la santé, que soient indiqués sur les étiquettes, lorsqu'il sera possible de le faire et de toute façon sur la notice accompagnant le conditionnement pour la distribution au détail des substances psychotropes, le mode d'emploi ainsi que les précautions à prendre et les mises en garde qui sont nécessaires, à son avis, pour la sécurité de l'usager.

2. Chaque Partie, tenant dûment compte des dispositions de sa constitution, interdira les annonces publicitaires ayant trait aux substances psychotropes et destinées au grand public.

Article 11

Enregistrement

1. Les Parties exigeront que, pour les substances du Tableau I, les fabricants et toutes autres personnes autorisées en vertu de l'article 7 à faire le commerce de ces substances et a les distribuer procèdent à l'enregistrement, dans les conditions déterminées par chaque Partie, de manière à faire apparaître, de façon précise, les quantités fabriquées ou détenues en stock ainsi que pour chaque acquisition et pour chaque cession, la quantité, la date et les noms du fournisseur et de l'acquéreur.

2. Les Parties exigeront que, pour les substances des Tableaux II et III, les fabricants, les distributeurs de gros, les exportateurs et les importteurs procèdent à l'enregistrement dans les conditions déterminées par chaque Partie, de manière à faire apparaître, de façon précise, les quantités fabriquées ainsi que, pour chaque acquisition et pour chaque cession, la quantité, la date et les noms du fournisseur et de l'acquéreur.

3. Les Parties exigeront que, pour les substances du Tableau II, les distributeurs de détail, les établissements hospitaliers, les centres de traitement et les institutions scientifiques pro-

zelhändler, die von den für die Volksgesundheit in ihrem Staat oder einem Teil desselben zuständigen Behörden benannt wurden, ermächtigen, nach ihrem Ermessen ohne ärztliche Verschreibung in dem von den Vertragsparteien zu bestimmenden Rahmen geringe Mengen der in den Anhängen III und IV aufgeführten Stoffe zur Verwendung für medizinische Zwecke durch Einzelpersonen in Ausnahmefällen auszuliefern.

Artikel 10

Hinweise auf Packungen und Werbung

(1) Jede Vertragspartei schreibt unter Berücksichtigung aller einschlägigen Vorschriften oder Empfehlungen der Weltgesundheitsorganisation die ihr für die Sicherheit des Verbrauchers notwendig erscheinenden Gebrauchsanweisungen einschließlich aufklärender oder warnender Hinweise vor; diese sind, soweit durchführbar, auf den Aufschriften, in jedem Fall aber auf den Packungsbeilagen der Fertigarzneimittel anzubringen, die psychotrope Stoffe enthalten.

(2) Jede Vertragspartei verbietet unter gebührender Berücksichtigung ihrer verfassungsrechtlichen Bestimmungen die Werbung für derartige Stoffe in der Öffentlichkeit.

Artikel 11

Verzeichnisse

(1) Die Vertragsparteien schreiben vor, daß hinsichtlich der in Anhang I aufgeführten Stoffe die Hersteller und alle anderen nach Artikel 7 zum Handel mit und zum Verteilen von derartigen Stoffen ermächtigten Personen in der von jeder Vertragspartei zu bestimmenden Weise Verzeichnisse führen, aus denen Einzelheiten über die hergestellten Mengen, die vorrätig gehaltenen Mengen sowie bei jedem Erwerb und jeder Veräußerung Einzelheiten über Menge, Datum, Lieferant und Empfänger zu ersehen sind.

(2) Die Vertragsparteien schreiben vor, daß hinsichtlich der in den Anhängen II und III aufgeführten Stoffe die Hersteller, Großhändler, Importeure und Exporteure in der von jeder Vertragspartei zu bestimmenden Weise Verzeichnisse führen, aus denen Einzelheiten über die hergestellten Mengen sowie bei jedem Erwerb und jeder Veräußerung Einzelheiten über Menge, Datum, Lieferant und Empfänger zu ersehen sind.

(3) Die Vertragsparteien schreiben vor, daß hinsichtlich der in Anhang II aufgeführten Stoffe die Einzelhändler, Kranken- und Pflegeanstalten sowie die wissenschaftlichen Einrichtungen

determined by each Party, showing, for each acquisition and disposal, details of the quantity, date, supplier and recipient.

4. The Parties shall ensure, through appropriate methods and taking into account the professional and trade practices in their countries, that information regarding acquisition and disposal of substances in Schedule III by retail distributors, institutions for hospitalization and care and scientific institutions is readily available.

5. The Parties shall require that, in respect of substances in Schedule IV, manufacturers, exporters and importers keep records, as may be determined by each Party, showing the quantities manufactured, exported and imported.

6. The Parties shall require manufacturers of preparations exempted under paragraph 3 of article 3 to keep records as to the quantity of each psychotropic substance used in the manufacture of an exempt preparation, and as to the nature, total quantity and initial disposal of the exempt preparation manufactured therefrom.

7. The Parties shall ensure that the records and information referred to in this article which are required for purposes of reports under article 16 shall be preserved for at least two years.

Article 12

Provisions relating to international trade

1. (a) Every Party permitting the export or import of substances in Schedule I or II shall require a separate import or export authorization, on a form to be established by the Commission, to be obtained for each such export or import whether it consists of one or more substances.

(b) Such authorization shall state the international non-proprietary name, or, lacking such a name, the designation of the substance in the Schedule, the quantity to be exported or imported, the pharmaceutical form, the name and address of the exporter and importer, and the period within which the export or import must be effected. If the substance is exported or imported in the form of a prepara-

cèdent à l'enregistrement dans les conditions déterminées pour chaque Partie, de manière à faire apparaître, de façon précise, pour chaque acquisition et pour chaque cession, la quantité, la date et les noms du fournisseur et de l'acquéreur.

4. Les Parties veilleront, par des méthodes appropriées et en tenant compte des pratiques professionnelles et commerciales qui leur sont propres, à ce que les informations relatives à l'acquisition et à la cession de substances du Tableau III par des distributeurs de détail, des établissements hospitaliers, des centres de traitement et des institutions scientifiques puissent être facilement consultées.

5. Les Parties exigeront que, pour les substances du Tableau IV, les fabricants, les exportateurs et les importateurs procèdent à l'enregistrement, dans les conditions déterminées par chaque Partie, de manière à faire apparaître les quantités fabriquées, exporteés et importées.

6. Les Parties exigeront des fabricants de préparations exemptées conformément au paragraphe 3 de l'article 3 qu'ils enregistrent la quantité de chaque substance psychotrope utilisée dans la fabrication d'une préparation exemptée, la nature et la quantité totale de la préparation exemptée fabriquée à partir de cette substance, ainsi que les mentions relatives à la première cession de ladite préparation.

7. Les Parties veilleront à ce que les enregistrements et les informations visées au présent article et qui sont nécessaires à l'établissement des rapports prévus à l'article 16, soient conservés pendant deux ans au moins.

Article 12

Dispositions relatives au commerce international

1. a) Toute Partie autorisant l'exportation ou l'importation de substances du Tableau I ou II doit exiger qu'une autorisation d'importation ou d'exportation distincte, rédigée sur un formulaire d'un modèle établi par la Commission, soit obtenue pour chaque exportation ou importation, qu'il s'agisse d'une ou de plusieurs substances.

b) Cette autorisation doit comporter la dénomination commune internationale de la substance ou, en l'absence d'une telle dénomination, la désignation de la substance dans le Tableau, la quantité à exporter ou à importer, la forme pharmaceutique, le nom et l'adresse de l'exportateur et de l'importateur, et la période au cours de laquelle l'exportation ou l'importation doit avoir lieu. Si la sub-

in der von jeder Vertragspartei zu bestimmenden Weise Verzeichnisse führen, aus denen bei jedem Erwerb und jeder Veräußerung Einzelheiten über Menge, Datum, Lieferant und Empfänger zu ersehen sind.

(4) Die Vertragsparteien stellen durch geeignete Verfahren sowie unter Berücksichtigung der Berufs- und Handelsgepflogenheiten in ihren Staaten sicher, daß Angaben über Erwerb und Veräußerung der in Anhang III aufgeführten Stoffe durch Einzelhändler, Kranken- und Pflegeanstalten sowie wissenschaftliche Einrichtungen ohne Schwierigkeiten verfügbar sind.

(5) Die Vertragsparteien schreiben vor, daß hinsichtlich der in Anhang IV aufgeführten Stoffe die Hersteller, Importeure und Exporteure in der von jeder Vertragspartei zu bestimmenden Weise Verzeichnisse führen, aus denen die hergestellten, eingeführten und ausgeführten Mengen zu ersehen sind.

(6) Die Vertragsparteien schreiben vor, daß die Hersteller der nach Artikel 3 Absatz 3 ausgenommenen Zubereitungen Verzeichnisse über die Menge jedes zur Herstellung einer ausgenommenen Zubereitung verwendeten psychotropen Stoffes sowie über Art, Gesamtmenge und erstmalige Veräußerung der daraus hergestellten ausgenommenen Zubereitung führen.

(7) Die Vertragsparteien stellen sicher, daß die Verzeichnisse und Angaben im Sinne dieses Artikels, soweit sie für Berichte nach Artikel 16 benötigt werden, mindestens zwei Jahre lang aufbewahrt werden.

Artikel 12

Bestimmungen über den internationalen Handel

(1) a) Jede Vertragspartei, welche die Ein- oder Ausfuhr der in Anhang I oder II aufgeführten Stoffe zuläßt, schreibt eine besondere Ein- oder Ausfuhrgenehmigung vor, die auf einem von der Kommission auszuarbeitenden Formblatt ausgestellt wird und für jede derartige Ein- oder Ausfuhr zu erwirken ist ohne Rücksicht auf die Anzahl der Stoffe.

b) In dieser Genehmigung sind die internationale Kurzbezeichnung oder, in Ermangelung einer solchen, die im Anhang verwendete Bezeichnung des Stoffes, die ein- oder auszuführende Menge, die galenische Form, Name und Anschrift des Importeurs und des Exporteurs sowie die Frist anzugeben, innerhalb deren die Ein- oder Ausfuhr erfolgen muß. Wird der Stoff in Form einer Zubereitung ein-

tion, the name of the preparation, if any, shall additionally be furnished. The export authorization shall also state the number and date of the import authorization and the authority by whom it has been issued.

(c) Before issuing an export authorization the Parties shall require an import authorization, issued by the competent authority of the importing country or region and certifying that the importation of the substance or substances referred to therein is approved, and such an authorization shall be produced by the person or establishment applying for the export authorization.

(d) A copy of the export authorization shall accompany each consignment, and the Government issuing the export authorization shall send a copy to the Government of the importing country or region.

(e) The Government of the importing country or region, when the importation has been effected, shall return the export authorization with an endorsement certifying the amount actually imported, to the Government of the exporting country or region.

2. (a) The Parties shall require that for each export of substances in Schedule III exporters shall draw up a declaration in triplicate, on a form to be established by the Commission, containing the following information:

(i) the name and address of the exporter and importer;

(ii) the international non-proprietary name, or, failing such a name, the designation of the substance in the Schedule;

(iii) the quantity and pharmaceutical form in which the substance is exported, and, if in the form of a preparation, the name of the preparation, if any; and

(iv) the date of despatch.

(b) Exporters shall furnish the competent authorities of their country or region with two copies of the declaration. They shall attach the third copy to their consignment.

(c) A Party from whose territory a substance in Schedule III has been exported shall, as soon as possible but not later than ninety days after the date of despatch, send to the competent authorities of the importing country or region, by registered mail with return of receipt requested, one copy of the declaration received from the exporter.

stance est exportée ou importée sous forme de préparation, le nom de la préparation, s'il en existe un, sera aussi indiqué. L'autorisation d'exportation doit aussi indiquer le numéro et la date du certificat d'importation, et spécifier l'autorité qui l'a délivré.

c) Avant de délivrer une autorisation d'exportation les Parties exigeront une autorisation d'importation délivrée par les autorités compétentes du pays ou de la région importateurs et attestant que l'importation de la substance ou des substances dont il est question est approuvée, et cette autorisation sera produite par la personne ou l'établissement demandant l'autorisation d'exportation.

d) Une copie de l'autorisation d'exportation sera jointe à chaque envoi, et le gouvernement qui délivre l'autorisation d'exportation en adressera une copie au gouvernement du pays ou de la région importateurs.

e) Lorsque l'importation a été effectuée, le gouvernement du pays ou de la région importateurs renverra au gouvernement du pays ou de la région exportateurs l'autorisation d'exportation avec une attestation certifiant la quantité effectivement importée.

2. a) Les Parties exigeront que, pour chaque exportation de substances du Tableau III, les exportateurs établissent en trois exemplaires une déclaration, rédigée sur un formulaire d'un modèle établi par la Commission, contenant les renseignements suivants:

i) le nom et l'adresse de l'exportateur et de l'importateur;

ii) la dénomination commune internationale ou, en l'absence d'une telle dénomination, la désignation de la substance dans le Tableau;

iii) la quantité de la substance et la forme pharmaceutique sous laquelle la substance est exportée, et, si c'est sous la forme d'une préparation, le nom de cette préparation, s'il existe; et

iv) la date d'envoi.

b) Les exportateurs fourniront aux autorités compétentes de leur pays ou de leur région deux exemplaires de cette déclaration. Ils joindront le troisième exemplaire à leur envoi.

c) La Partie du territoire de laquelle une substance du Tableau III a été exportée devra, aussitôt que possible mais au plus tard quatre-vingt-dix jours après la date d'envoi, transmettre aux autorités compétentes du pays ou de la région importateurs, sous pli recommandé avec accusé de réception, un exemplaire de la déclaration reçue de l'exportateur.

oder ausgeführt, so ist deren Bezeichnung gegebenenfalls zusätzlich anzugeben. In der Ausfuhrgenehmigung sind ferner Nummer und Datum der Einfuhrgenehmigung und die Behörde anzugeben, welche letztere ausgestellt hat.

c) Beantragt eine Person oder ein Betrieb eine Ausfuhrgenehmigung, so verlangt vor deren Ausstellung die betreffende Vertragspartei von dem Antragsteller die Vorlage einer von der zuständigen Behörde des Einfuhrstaats oder -gebiets ausgestellten Einfuhrgenehmigung, in der bescheinigt wird, daß die Einfuhr des oder der darin genannten Stoffe genehmigt ist.

d) Jeder Sendung ist eine Abschrift der Ausfuhrgenehmigung beizufügen; eine weitere Abschrift übersendet die Regierung, welche die Ausfuhrgenehmigung ausgestellt hat, der Regierung des Einfuhrstaats oder -gebiets.

e) Ist die Einfuhr erfolgt, so leitet die Regierung des Einfuhrstaats oder -gebiets die Ausfuhrgenehmigung mit einem Vermerk, der die tatsächlich eingeführte Menge bescheinigt, an die Regierung des Ausfuhrstaats oder -gebiets zurück.

(2) a) Die Vertragsparteien schreiben vor, daß Exporteure für jede Ausfuhr von in Anhang III aufgeführten Stoffen auf einem von der Kommission auszuarbeitenden Formblatt in dreifacher Ausfertigung eine Erklärung abzugeben haben, die folgende Angaben enthält:

i) Namen und Anschrift des Importeurs und des Exporteurs;

ii) die internationale Kurzbezeichnung oder, in Ermangelung einer solchen, die im Anhang verwendete Bezeichnung des Stoffes;

iii) die Menge und pharmazeutische Form, in welcher der Stoff ausgeführt wird, und, falls es sich um eine Zubereitung handelt, gegebenenfalls deren Bezeichnung;

iv) das Versanddatum.

b) Die Exporteure reichen zwei Ausfertigungen der Erklärung bei den zuständigen Behörden ihres Staates oder Gebiets ein. Die dritte Ausfertigung ist der Sendung beizufügen.

c) Eine Vertragspartei, aus deren Hoheitsgebiet ein in Anhang III aufgeführter Stoff ausgeführt wurde, sendet so bald wie möglich, spätestens jedoch neunzig Tage nach dem Versanddatum, eine Ausfertigung der vom Exporteur eingereichten Erklärung als Einschreiben mit Rückschein an die zuständigen Behörden des Einfuhrstaats oder -gebiets.

(d) The Parties may require that, on receipt of the consignment, the importer shall transmit the copy accompanying the consignment, duly endorsed stating the quantities received and the date of receipt, to the competent authorities of his country or region.

3. In respect of substances in Schedules I and II the following additional provisions shall apply:

(a) The Parties shall exercise in free ports and zones the same supervision and control as in other parts of their territory, provided, however, that they may apply more drastic measures.

(b) Exports of consignments to a post office box, or to a bank to the account of a person other than the person named in the export authorization, shall be prohibited.

(c) Exports to bonded warehouses of consignments of substances in Schedule I are prohibited. Exports of consignments of substances in Schedule II to a bonded warehouse are prohibited unless the Government of the importing country certifies on the import authorization, produced by the person or establishment applying for the export authorization, that it has approved the importation for the purpose of being placed in a bonded warehouse. In such case the export authorization shall certify that the consignment is exported for such purpose. Each withdrawal from the bonded warehouse shall require a permit from the authorities having jurisdiction over the warehouse and, in the case of a foreign destination, shall be treated as if it were a new export within the meaning of this Convention.

(d) Consignments entering or leaving the territory of a Party not accompanied by an export authorization shall be detained by the competent authorities.

(e) A Party shall not permit any substances consigned to another country to pass through its territory, whether or not the consignment is removed from the conveyance in which it is carried, unless a copy of the export authorization for consignment is produced to the competent authorities of such Party.

(f) The competent authorities of any country or region through which

d) Les Parties pourront exiger que, dès réception du colis, l'importateur adresse aux autorités compétentes de son pays ou de sa région l'exemplaire qui accompagne l'envoi dûment endossé, en indiquant les quantités reçues et la date de réception.

3. Les substances des Tableaux I et II seront en outre soumises aux dispositions ci-après:

a) Les Parties exerceront dans les ports francs et les zones franches la même surveillance et le même contrôle que dans les autres parties de leur territoire, étant entendu, toutefois, qu'elles pourront appliquer un régime plus sévère.

b) Les exportations sous forme d'envois adressés à une banque au compte d'une personne différente de celle dont le nom figure sur l'autorisation d'exportation ou à une boîte postale seront interdites.

c) Les exportations de substances du Tableau I sous forme d'envois adressés à un entrepôt de douanes seront interdites. Les exportations de substances du Tableau II sous forme d'envois adressés à un entrepôt de douane seront interdites, sauf si le Gouvernement du pays importateur précise, sur le certificat d'importation produit par la personne ou l'établissement qui demande l'autorisation d'exportation, qu'il a approuvé l'importation de l'envoi afin que celui-ci soit déposé dans un entrepôt de douane. En pareil cas, l'autorisation d'exportation précisera que l'envoi est effectué à cette fin. Tout retrait de l'entrepôt de douane sera subordonné à la présentation d'un permis émanant des autorités dont relève l'entrepôt, et, dans le cas d'un envoi à destination de l'étranger, il sera assimilé à une exportation nouvelle au sens de la présente Convention.

d) Les envois entrant sur le territoire d'une Partie ou en sortant sans être accompagnés d'une autorisation d'exportation seront retenus par les autorités compétentes.

e) Une partie n'autorisera pas le passage en transit sur son territoire, en direction d'un autre pays d'un envoi quelconque de ces substances, que cet envoi soit ou non déchargé du véhicule qui le transporte, sauf si la copie de l'autorisation d'exportation pour cet envoi est présentée aux autorités compétentes de ladite Partie.

f) Les autorités compétentes d'un pays ou d'une région quelconque à

d) Die Vertragsparteien können vorschreiben, daß der Importeur nach Empfang der Sendung die dieser beigefügte Ausfertigung ordnungsgemäß mit einem Vermerk über die empfangenen Mengen und das Empfangsdatum versieht und den zuständigen Behörden seines Staates oder Gebiets übersendet.

(3) Hinsichtlich der in den Anhängen I und II aufgeführten Stoffe finden folgende Zusatzbestimmungen Anwendung:

a) Die Vertragsparteien üben in Freihäfen und Freizonen die gleiche Überwachung und Kontrolle aus wie in anderen Teilen ihres Hoheitsgebiets; sie können jedoch strengere Maßnahmen anwenden.

b) Ausfuhren in Form von Sendungen an ein Postfach oder an eine Bank auf das Konto einer anderen als der in der Ausfuhrgenehmigung genannten Person sind verboten.

c) Ausfuhren in Form von Sendungen von in Anhang I aufgeführten Stoffen an ein Zollager sind verboten. Ausfuhren in Form von Sendungen von in Anhang II aufgeführten Stoffen an ein Zollager sind verboten, es sei denn, daß die Regierung des Einfuhrstaats auf der Einfuhrgenehmigung, welche die eine Ausfuhrgenehmigung beantragenden Personen oder Betriebe vorzulegen haben, bescheinigt, daß sie die Einfuhr zur Hinterlegung in einem Zollager genehmigt hat. In diesem Fall wird in der Ausfuhrgenehmigung bescheinigt, daß die Sendung zu diesem Zweck ausgeführt wird. Jede Entnahme aus dem Zollager erfordert einen Erlaubnisschein der Behörden, denen das Lager untersteht; ist die entnommene Menge für das Ausland bestimmt, so wird sie einer neuen Ausfuhr im Sinne dieses Übereinkommens gleichgestellt.

d) Sendungen, welche die Grenze des Hoheitsgebiets einer Vertragspartei überschreiten, ohne von einer Ausfuhrgenehmigung begleitet zu sein, werden von den zuständigen Behörden zurückgehalten.

e) Eine Vertragspartei gestattet die Durchfuhr einer Sendung von Stoffen in einen anderen Staat nur dann, wenn ihren zuständigen Behörden eine Abschrift der Ausfuhrgenehmigung für die Sendung vorgelegt wird; dies gilt unabhängig davon, ob die Sendung aus dem sie befördernden Fahrzeug ausgeladen wird oder nicht.

f) Ist die Durchfuhr einer Sendung von Stoffen durch einen Staat oder

a consignment of substances is permitted to pass shall take all due measures to prevent the diversion of the consignment to a destination other than that named in the accompanying copy of the export authorization, unless the Government of the country or region through which the consignment is passing authorizes the diversion. The Government of the country or region of transit shall treat any requested diversion as if the diversion were an export from the country or region of transit to the country or region of new destination. If the diversion is authorized, the provisions of paragraph 1 (e) shall also apply between the country or region of transit and the country or region which originally exported the consignment.

(g) No consignment of substances, while in transit or whilst being stored in a bonded warehouse, may be subjected to any process which would change the nature of the substance in question. The packing may not be altered without the permission of the competent authorities.

(h) The provisions of sub-paragraphs (e) to (g) relating to the passage of substances through the territory of a Party do not apply where the consignment in question is transported by aircraft which does not land in the country or region of transit. If the aircraft lands in any such country or region, those provisions shall be applied so far as circumstances require.

(i) The provisions of this paragraph are without prejudice to the provisions of any international agreements which limit the control which may be exercised by any of the Parties over such substances in transit.

Article 13

Prohibition of and restrictions on export and import

1. A Party may notify all the other Parties through the Secretary-General that it prohibits the imports into its country or into one of its regions of one or more substances in Schedule II, III or IV, specified in its notification. Any such notification shall specify the name of the substance as designated in Schedule II, III or IV.

2. If a Party has been notified of a prohibition pursuant to paragraph 1, it shall take measures to ensure that

travers lesquels le passage d'un envoi de ces substances est autorisé prendront toutes les mesures nécessaires pour empêcher le déroutement dudit envoi vers une destination autre que celle qui figure sur la copie de l'autorisation d'exportation jointe à l'envoi, à moins que le Gouvernement du pays ou de la région à travers lesquels ledit envoi s'effectue n'autorise ce déroutement. Le Gouvernement de ce pays ou de cette région de transit traitera toute demande de déroutement comme s'il s'agissait d'une exportation du pays ou de la région de transit vers le pays ou la région de la nouvelle destination. Si le déroutement est autorisé, les dispositions de l'alinéa e) du paragraphe 1 s'appliqueront également entre le pays ou la région de transit et le pays ou la région d'où l'envoi a primitivement été exporté.

g) Aucun envoi de ces substances en transit ou déposé dans un entrepôt de douane ne peut être soumis à un traitement quelconque qui modifierait la nature des substances. L'emballage ne peut être modifié sans l'agrément des autorités compétentes.

h) Les dispositions des alinéas e) à g) relatives au transit de ces substances sur le territoire d'une Partie ne sont pas applicables si l'envoi est transporté par la voie aérienne a condition que l'aéronef n'atterrisse pas dans le pays ou la région de transit. Si l'aéronef atterrit dans ce pays ou cette région, ces dispositions s'appliqueront dans la mesure où les circonstances l'exigent.

i) Les dispositions du présent paragraphe ne portent pas préjudice à celles de tout accord international qui limite le contrôle pouvant être exercé par toute Partie sur ces substances en transit.

Article 13

Interdiction et restrictions à l'exportation et à l'importation

1. Une Partie peut notifier à toutes les autres Parties par l'intermédiaire du Secrétaire général qu'elle interdit l'importation dans son pays ou dans l'une de ses régions d'une ou plusieurs substances du Tableau II, III ou IV, spécifiées dans sa notification. Dans cette notification, elle indiquera le nom donné à la substance dans le Tableau II, III ou IV.

2. Si une Partie a reçu une notification d'interdiction comme prévu au paragraphe 1, elle prendra les mesu-

ein Gebiet gestattet, so treffen dessen zuständige Behörden alle erforderlichen Maßnahmen, um zu verhindern, daß die Sendung an eine andere als die in der sie begleitenden Abschrift der Ausfuhrgenehmigung genannte Bestimmung gelangt, es sei denn, daß die Regierung des Durchfuhrstaats oder -gebiets die Bestimmungsänderung genehmigt. Eine solche Regierung behandelt jede beantragte Bestimmungsänderung als Ausfuhr aus dem Durchfuhrstaat oder -gebiet nach dem neuen Bestimmungsstaat oder -gebiet. Wird die Bestimmungsänderung genehmigt, so gilt Absatz 1 Buchstabe e auch im Verhältnis zwischen dem Durchfuhrstaat oder -gebiet und dem Staat oder Gebiet, aus dem die Sendung ursprünglich ausgeführt wurde.

g) Befindet sich eine Sendung von Stoffen auf der Durchfuhr oder in einem Zollager, so darf sie keiner Behandlung unterzogen werden, die geeignet ist, die Beschaffenheit des betreffenden Stoffes zu ändern. Die Verpackung darf ohne Genehmigung der zuständigen Behörden nicht geändert werden.

h) Die Bestimmungen der Buchstaben e bis g über die Durchfuhr von Stoffen durch das Hoheitsgebiet einer Vertragspartei finden keine Anwendung, wenn die betreffende Sendung auf dem Luftweg befördert wird und das Luftfahrzeug in dem Durchfuhrstaat oder -gebiet keine Landung vornimmt. Landet es dagegen im Durchfuhrstaat oder -gebiet, so finden die genannten Bestimmungen Anwendung, soweit es die Umstände erfordern.

i) Internationale Übereinkünfte zur Beschränkung der Kontrolle, die eine Vertragspartei in bezug auf derartige Stoffe im Durchfuhrverkehr ausüben darf, bleiben von diesem Absatz unberührt.

Artikel 13

Verbot und Beschränkungen von Ein- und Ausfuhr

(1) Eine Vertragspartei kann allen anderen Vertragsparteien über den Generalsekretär notifizieren, daß sie die Einfuhr eines oder mehrerer in Anhang II, III oder IV aufgeführter und in der Notifikation angebener Stoffe in ihren Staat oder in eines ihrer Gebiete verbietet. Jede derartige Notifikation hat die Bezeichnung des Stoffes nach Anhang II, III oder IV anzugeben.

(2) Ist einer Vertragspartei ein Verbot nach Absatz 1 notifiziert worden, so trifft sie die erforderlichen Maß-

none of the substances specified in the notification is exported to the country or one of the regions of the notifying Party.

3. Notwithstanding the provisions of the preceding paragraphs, a Party which has given notification pursuant to paragraph 1 may authorize by special import licence in each case the import of specified quantities of the substances in question or preparations containing such substances. The issuing authority of the importing country shall send two copies of the special import licence, indicating the name and address of the importer and the exporter, to the competent authority of the exporting country or region, which may then authorize the exporter to make the shipment. One copy of the special import licence, duly endorsed by the competent authority of the exporting country or region, shall accompany the shipment.

res nécessaires pour qu'aucune des substances spécifiées dans ladite notification ne soit exportée vers le pays ou l'une des régions de la Partie qui a fait la notification.

3. Nonobstant les dispositions des paragraphes précédents, une Partie qui a fait une notification conformément au paragraphe 1 peut, en délivrant dans chaque cas un permis spécial d'importation, autoriser l'importation de quantités déterminées des substances en question ou de préparations qui en contiennent. L'autorité du pays importateur qui aura délivré le permis spécial d'importation l'adressera en deux exemplaires, qui porteront le nom et l'adresse de l'importateur et de l'exportateur, à l'autorité compétente du pays ou de la région exportateurs, qui pourra alors autoriser l'exportateur à faire l'expédition. Celle-ci sera accompagnée d'un exemplaire du permis spécial d'importation dûment visé par l'autorité compétente du pays ou de la région exportateurs.

nahmen, damit keiner der in der Notifikation angegebenen Stoffe nach dem Staat oder einem der Gebiete der Vertragspartei ausgeführt wird, welche die Notifikation vorgenommen hat.

(3) Ungeachtet der Absätze 1 und 2 kann eine Vertragspartei, die eine Notifikation nach Absatz 1 vorgenommen hat, von Fall zu Fall durch eine Sondereinfuhrgenehmigung die Einfuhr bestimmter Mengen der betreffenden Stoffe oder von Zubereitungen, die derartige Stoffe enthalten, genehmigen. Die die Genehmigung ausstellende Behörde des Einfuhrstaats sendet zwei Abschriften der Sondereinfuhrgenehmigung unter Angabe von Namen und Anschrift des Importeurs und des Exporteurs an die zuständige Behörde des Ausfuhrstaats oder -gebiets, die daraufhin den Exporteur ermächtigen kann, den Versand vorzunehmen. Eine ordnungsgemäß mit dem Vermerk der zuständigen Behörde des Ausfuhrstaats oder -gebiets versehene Abschrift der Sondereinfuhrgenehmigung ist der Sendung beizufügen.

Article 14

Special provisions concerning the carriage of psychotropic substances in first-aid kits of ships, aircraft or other forms of public transport engaged in international traffic

1. The international carriage by ships, aircraft or other forms of international public transport, such as international railway trains and motor coaches, of such limited quantities of substances in Schedule II, III or IV as may be needed during their journey or voyage for first-aid purposes or emergency cases shall not be considered to be export, import or passage through a country within the meaning of this Convention.

2. Appropriate safeguards shall be taken by the country of registry to prevent the improper use of the substances referred to in paragraph 1 or their diversion for illicit purposes. The Commission, in consultation with the appropriate international organizations, shall recommend such safeguards.

3. Substances carried by ships, aircraft or other forms of international public transport, such as international railway trains and motor coaches, in accordance with paragraph 1 shall be subject to the laws, regulations, permits and licences of the country of registry, without prejudice to any rights of the competent local authorities to carry out checks, inspections and other control measures on board these conveyances. The administra-

Article 14

Dispositions spéciales concernant le transport des substances psychotropes dans les trousses de premiers secours des navires, aéronefs ou autres moyens de transport public effectuant des parcours internationaux

1. Le transport international par navires, aéronefs ou autres moyens de transport public international, tels que les trains et autocars internationaux, de quantités limitées de substances du Tableau II, III ou IV susceptibles d'être nécessaires pendant le voyage pour l'administration des premiers secours et pour les cas d'urgence ne sera pas considéré comme une exportation, une importation ou un transit au sens de la présente Convention.

2. Des précautions appropriées seront prises par le pays d'immatriculation pour empêcher l'usage indu des substances mentionnées au paragraphe 1 ou leur détournement à des fins illicites. La Commission recommandera ces précautions en consultation avec les organisations internationales compétentes.

3. Les substances transportées par navires, aéronefs ou autres moyens de transport public international, tels que les trains et autocars internationaux, conformément aux dispositions du paragraphe 1, seront soumises aux lois, règlements, permis et licences du pays d'immatriculation, sans préjudice du droit des autorités locales compétentes de procéder à des vérifications, inspections et autres opérations de contrôle à bord de ces moyens de

Artikel 14

Sonderbestimmungen über psychotrope Stoffe in Ausrüstungen der Ersten Hilfe, die auf Schiffen, in Luftfahrzeugen oder in sonstigen öffentlichen Verkehrsmitteln im internationalen Verkehr mitgeführt werden

(1) Das Mitführen beschränkter Mengen der in Anhang II, III oder IV aufgeführten Stoffe, die während der Reise für Erste Hilfe oder sonstige dringende Fälle benötigt werden, auf Schiffen, in Luftfahrzeugen oder in sonstigen internationalen öffentlichen Verkehrsmitteln wie internationalen Eisenbahnzügen und Autobussen im internationalen Verkehr gilt nicht als Ein-, Aus- oder Durchfuhr im Sinne dieses Übereinkommens.

(2) Der Registerstaat trifft geeignete Sicherheitsvorkehrungen, um zu verhindern, daß die in Absatz 1 bezeichneten Stoffe unstatthaft verwendet oder unerlaubten Zwecken zugeführt werden. Die Kommission empfiehlt solche Sicherheitsvorkehrungen in Konsultation mit den zuständigen internationalen Organisationen.

(3) Für die nach Absatz 1 auf Schiffen, in Luftfahrzeugen oder in sonstigen internationalen öffentlichen Verkehrsmitteln wie internationalen Eisenbahnzügen und Omnibussen mitgeführten Stoffe gelten die Gesetze, Verordnungen, Genehmigungen und Erlaubnisse des Registerstaats; unberührt bleibt das Recht der zuständigen örtlichen Behörden, in diesen Verkehrsmitteln Nachprüfungen, Inspektionen und sonstige Kontrollen durch-

tion of such substances in the case of emergency shall not be considered a violation of the requirements of paragraph 1 of article 9.

Article 15

Inspection

The Parties shall maintain a system of inspection of manufacturers, exporters, importers, and wholesale and retail distributors of psychotropic substances and of medical and scientific institutions which use such substances. They shall provide for inspections, which shall be made as frequently as they consider necessary, of the premises and of stocks and records.

Article 16

Reports to be furnished by the Parties

1. The Parties shall furnish to the Secretary-General such information as the Commission may request as being necessary for the performance of its functions, and in particular an annual report regarding the working of the Convention in their territories including information on:

(a) important changes in their laws and regulations concerning psychotropic substances; and

(b) significant developments in the abuse of and the illicit traffic in psychotropic substances within their territories.

2. The Parties shall also notify the Secretary-General of the names and addresses of the governmental authorities referred to in sub-paragraph (f) of article 7, in article 12 and in paragraph 3 of article 13. Such information shall be made available to all Parties by the Secretary-General.

3. The Parties shall furnish, as soon as possible after the event, a report to the Secretary-General in respect of any case of illicit traffic in psychotropic substances or seizure from such illicit traffic which they consider important because of:

(a) new trends disclosed;

(b) the quantities involved;

(c) the light thrown on the sources from which the substances are obtained; or

(d) the methods employed by illicit traffickers.

transport. L'administration de ces substances en cas d'urgence ne sera pas considérée comme contrevenant aux dispositions du paragraphe 1 de l'article 9.

Article 15

Inspection

Les Parties institueront un système d'inspection des fabricants, des exportateurs, des importateurs et des distributeurs de gros et de détail de substances psychotropes, ainsi que des institutions médicales et scientifiques qui utilisent ces substances. Elles prévoiront des inspections aussi fréquentes qu'elles le jugeront nécessaire des locaux, des stocks et des enregistrements.

Article 16

Renseignements à fournir par les Parties

1. Les Parties fourniront au Secrétaire général les renseignements que la Commission peut demander en tant que nécessaires pour l'exercice de ses fonctions, et notamment un rapport annuel ayant trait au fonctionnement de la Convention sur leurs territoires et contenant des renseignements sur:

a) les modifications importantes apportées à leurs lois et règlements relatifs aux substances psychotropes; et

b) les faits particulièrement significatifs qui se seront produits sur leurs territoires en matière d'abus et de trafic illicite des substances psychotropes.

2. Les Parties communiqueront d'autre part au Secrétaire général les noms et adresses des autorités gouvernementales mentionnées à l'alinéa f) de l'article 7, à l'article 12 et au paragraphe 3 de l'article 13. Le Secrétaire général diffusera ces renseignements à toutes les Parties.

3. Les Parties adresseront au Secrétaire général, dans les plus brefs délais, un rapport sur les cas de trafic illicite de substances psychotropes et de saisie de substances faisant l'objet de ce trafic illicite, lorsque ces cas leur paraîtront importants en raison:

a) des tendances nouvelles mises en évidence;

b) des quantités en cause;

c) de la lumière qu'elles jettent sur les sources d'approvisionnement; ou

d) des méthodes employées par les trafiquants illicites.

zuführen. Die Verabreichung dieser Stoffe in dringenden Fällen gilt nicht als Verstoß gegen Artikel 9 Absatz 1.

Artikel 15

Inspektion

Die Vertragsparteien unterhalten ein Inspektionssystem für Hersteller, Importeure, Exporteure sowie Groß- und Einzelhändler psychotroper Stoffe und für medizinische und wissenschaftliche Einrichtungen, die derartige Stoffe verwenden. Die Vertragsparteien sehen Inspektionen der Räumlichkeiten sowie der Vorräte und Verzeichnisse vor, die so häufig durchgeführt werden, wie sie es für erforderlich halten.

Artikel 16

Von den Vertragsparteien vorzulegende Berichte

(1) Die Vertragsparteien reichen dem Generalsekretär alle Angaben ein, welche die Kommission als zur Wahrnehmung ihrer Aufgaben notwendig anfordert, und zwar insbesondere einen Jahresbericht über die Auswirkungen dieses Übereinkommens in ihren Hoheitsgebieten, der Angaben enthält über

a) wichtige Änderungen in ihren Gesetzen und sonstige Vorschriften über psychotrope Stoffe,

b) bedeutende Entwicklungen im Mißbrauch von und im unerlaubten Verkehr mit psychotropen Stoffen in ihren Hoheitsgebieten.

(2) Die Vertragsparteien notifizieren dem Generalsekretär ferner die Bezeichnungen und Anschriften der in Artikel 7 Buchstabe f, Artikel 12 und Artikel 13 Absatz 3 genannten staatlichen Behörden. Der Generalsekretär stellt diese Angaben allen Vertragsparteien zur Verfügung.

(3) Die Vertragsparteien legen dem Generalsekretär für jeden Fall von unerlaubtem Verkehr mit psychotropen Stoffen oder von Beschlagnahme auf Grund eines derartigen Verkehrs, den sie wegen

a) der Aufdeckung neuer Entwicklungen,

b) der in Betracht kommenden Mengen,

c) der Ermittlung der Bezugsquellen der Stoffe oder

d) der Methoden, deren sich die den unerlaubten Verkehr Betreibenden bedienen,

Copies of the report shall be communicated in accordance with sub-paragraph (b) of article 21.

4. The Parties shall furnish to the Board annual statistical reports in accordance with forms prepared by the Board:

(a) in regard to each substance in Schedules I and II, on quantities manufactured, exported to and imported from each country or region as well as on stocks held by manufacturers;

(b) in regard to each substance in Schedules III and IV, on quantities manufactured, as well as on total quantities exported and imported;

(c) in regard to each substance in Schedules II and III, on quantities used in the manufacture of exempt preparations; and

(d) in regard to each substance other than a substance in Schedule I, on quantities used for industrial purposes in accordance with sub-paragraph (b) of article 4.

The quantities manufactured which are referred to in sub-paragraphs (a) and (b) of this paragraph do not include the quantities of preparations manufactured.

5. A Party shall furnish the Board, on its request, with supplementary statistical information relating to future periods on the quantities of any individual substance in Schedules III and IV exported to and imported from each country or region. That Party may request that the Board treat as confidential both its request for information and the information given under this paragraph.

6. The Parties shall furnish the information referred to in paragraphs 1 and 4 in such a manner and by such dates as the Commission or the Board may request.

Des copies du rapport seront communiquées conformément à l'alinéa b) de l'article 21.

4. Les Parties fourniront à l'Organe des rapports statistiques annuels, en utilisant à cet effet les formulaires établis par l'Organe. Ces rapports porteront:

a) en ce qui concerne chacune des substances des Tableaux I et II, sur les quantités fabriquées, exportées à destination de et importées en provenance de chaque pays ou région, ainsi que sur les stocks détenus par les fabricants;

b) en ce qui concerne chacune des substances des Tableaux III et IV, sur les quantités fabriquées, ainsi que sur les quantités totales exportées et importées;

c) en ce qui concerne chacune des substances des Tableaux II et III, sur les quantités utilisées pour la fabrication de préparations exemptées; et

d) en ce qui concerne chacune des substances inscrites à un Tableau autre que le Tableau I, sur les quantités employées à des fins industrielles, conformément aux dispositions de l'alinéa b) de l'article 4.

Les quantités fabriquées qui sont visées aux alinéas a) et b) du présent paragraphe ne comprennent pas les quantités de préparations fabriquées.

5. Une Partie fournira à l'Organe, sur sa demande, des renseignements statistiques supplémentaires ayant trait à des périodes à venir sur les quantités de telle ou telle substance des Tableaux III et IV exportées à destination de chaque pays ou région et importées en provenance de chaque pays ou région. Cette Partie pourra demander à l'Organe de donner un caractère confidentiel tant à sa demande de renseignements qu'aux renseignements fournis en vertu du présent paragraphe.

6. Les Parties fourniront les renseignements mentionnés dans les paragraphes 1 et 4 de la manière et aux dates que la Commission ou l'Organe pourra fixer.

für wichtig halten, so bald wie möglich nach Eintreten des Falles einen Bericht vor. Abschriften des Berichts werden nach Artikel 21 Buchstabe b übermittelt.

(4) Die Vertragsparteien legen dem Suchtstoffamt nach Maßgabe der von ihm ausgearbeiteten Formblätter jährlich statistische Berichte vor

a) hinsichtlich jedes in den Anhängen I und II aufgeführten Stoffes über die hergestellten, nach jedem Staat oder Gebiet ausgeführten und von dort eingeführten Mengen sowie die Vorräte der Hersteller;

b) hinsichtlich jedes in den Anhängen III und IV aufgeführten Stoffes über die hergestellten Mengen sowie über die ein- und ausgeführten Gesamtmengen;

c) hinsichtlich jedes in den Anhängen II und III aufgeführten Stoffes über die zur Herstellung ausgenommener Zubereitungen verwendeten Mengen und

d) hinsichtlich jedes nicht in Anhang I aufgeführten Stoffes über die nach Artikel 4 Buchstabe b für industrielle Zwecke verwendeten Mengen.

Die unter den Buchstaben a und b bezeichneten hergestellten Mengen umfassen nicht die Mengen der hergestellten Zubereitungen.

(5) Jede Vertragspartei legt dem Suchtstoffamt auf Anforderung zusätzliche statistische Angaben für künftige Zeiträume über die Mengen jedes einzelnen in den Anhängen III und IV aufgeführten Stoffes vor, die nach jedem Staat oder Gebiet ausgeführt und von dort eingeführt werden. Die betreffende Vertragspartei kann verlangen, daß das Suchtstoffamt sowohl sein Ersuchen um Angaben als auch die nach diesem Absatz vorgelegten Angaben vertraulich behandelt.

(6) Die Vertragsparteien stellen die in den Absätzen 1 und 4 genannten Angaben in einer Weise und innerhalb einer Frist zur Verfügung, die von der Kommission oder dem Suchtstoffamt bestimmt werden.

Article 17

Functions of the Commission

1. The Commission may consider all matters pertaining to the aims of this Convention and to the implementation of its provisions, and may make recommendations relating thereto.

Article 17

Fonctions de la Commission

1. La Commission peut examiner toutes les questions ayant trait aux buts de la présente Convention et à l'application de ses dispositions et faire des recommandations à cet effet.

Artikel 17

Aufgaben der Kommission

(1) Die Kommission kann sämtliche Angelegenheiten behandeln, welche die Ziele dieses Übereinkommens und die Durchführung seiner Bestimmungen betreffen, und kann diesbezügliche Empfehlungen abgeben.

2. The decisions of the Commission provided for in Articles 2 and 3 shall be taken by a two-thirds majority of the members of the Commission.

2. Les décisions de la Commission prévues à l'article 2 et à l'article 3 seront prises à la majorité des deux tiers des membres de la Commission.

(2) Beschlüsse der Kommission auf Grund der Artikel 2 und 3 bedürfen der Zweidrittelmehrheit ihrer Mitglieder.

Article 18

Reports of the Board

1. The Board shall prepare annual reports on its work containing an analysis of the statistical information at its disposal, and, in appropriate cases, an account of the explanations, if any, given by or required of Governments, together with any observations and recommendations which the Board desires to make. The Board may make such additional reports as it considers necessary. The reports shall be submitted to the Council through the Commission, which may make such comments as it sees fit.

2. The reports of the Board shall be communicated to the Parties and subsequently published by the Secretary-General. The Parties shall permit their unrestricted distribution.

Article 18

Rapports de l'Organe

1. L'Organe établit sur ses travaux des rapports annuels dans lesquels figurent une analyse des renseignements statistiques dont il dispose et, dans les cas appropriés, un exposé des explications que les gouvernements ont pu fournir ou ont été requis de fournir, ainsi que toute observation et recommandation que l'Organe peut vouloir formuler. L'Organe peut également faire tous rapports supplémentaires qu'il peut juger nécessaires. Les rapports sont présentés au Conseil par l'intermédiaire de la Commission qui peut formuler les observations qu'elle juge opportunes.

2. Les rapports de l'Organe sont communiqués aux Parties et publiés ultérieurement par le Secrétaire général. Les Parties autorisent la libre distribution de ces rapports.

Artikel 18

Berichte des Suchtstoffamts

(1) Das Suchtstoffamt erstellt jährlich Berichte über seine Arbeit, die eine Auswertung der ihm zur Verfügung stehenden statistischen Angaben und geeignetenfalls eine Darlegung über etwaige Erläuterungen enthalten, um welche Regierungen ersucht wurden oder die sie eingereicht haben, sowie alle Bemerkungen und Empfehlungen, die das Suchtstoffamt zu machen wünscht. Das Suchtstoffamt kann alle zusätzlichen Berichte erstellen, die es für erforderlich hält. Die Berichte werden dem Rat über die Kommission vorgelegt; dieser steht es frei, dazu Stellung zu nehmen.

(2) Die Berichte des Suchtstoffamts werden den Vertragsparteien übermittelt und sodann vom Generalsekretär veröffentlicht. Die Vertragsparteien gestatten ihre unbeschränkte Verbreitung.

Article 19

Measures by the Board to ensure the execution of the provisions of the Convention

1. (a) If, on the basis of its examination of information submitted by governments to the Board or of information communicated by United Nations organs, the Board has reason to believe that the aims of this Convention are being seriously endangered by reason of the failure of a country or region to carry out the provisions of this Convention, the Board shall have the right to ask for explanations from the Government of the country or region in question. Subject to the right of the Board to call the attention of the Parties, the Council and the Commission to the matter referred to in sub-paragraph (c) below, it shall treat as confidential a request for information or an explanation by a government under this sub-paragraph.

(b) After taking action under sub-paragraph (a), the Board, if satisfied that it is necessary to do so, may call upon the Government concerned to adopt such remedial measures as shall seem under the circumstances to be necessary for the execution of the provisions of this Convention.

(c) If the Board finds that the Government concerned has failed to give satisfactory explanations when called upon to do so under sub-paragraph (a), or has failed to adopt any remedial measures which it has been called upon to take under sub-

Article 19

Mesures à prendre par l'Organe pour assurer l'exécution des dispositions de la Convention

1. a) Si, après examen des renseignements adressés à l'Organe par les gouvernements ou des renseignements communiqués par des organes des Nations Unies, l'Organe a motif de croire que les buts de la présente Convention sont sérieusement compromis du fait qu'un pays ou une région n'exécute pas ses dispositions, l'Organe a le droit de demander des explications au Gouvernement du pays ou de la région intéressés. Sous réserve du droit qu'il possède d'appeler l'attention des Parties, du Conseil et de la Commission sur la question visée à l'alinéa c), l'Organe considérera comme confidentielle une demande de renseignements ou une explication fournie par un gouvernement conformément au présent alinéa.

b) Après avoir agi conformément à l'alinéa a), l'Organe peut, s'il juge nécessaire de le faire, demander au Gouvernement intéressé de prendre les mesures correctives qui, en raison des circonstances, peuvent paraître nécessaires pour assurer l'exécution des dispositions de la présente Convention.

c) Si l'Organe constate que le Gouvernement intéressé n'a pas donné des explications satisfaisantes lorsqu'il a été invité à le faire conformément à l'alinéa a), ou a négligé d'adopter toute mesure corrective qu'il a été invité à prendre conformément à l'ali-

Artikel 19

Maßnahmen des Suchtstoffamts, um die Durchführung dieses Übereinkommens sicherzustellen

(1) a) Hat das Suchtstoffamt die Angaben geprüft, die ihm von den Regierungen eingereicht oder von Organen der Vereinten Nationen zugeleitet werden, und hat es daraufhin Grund zu der Annahme, daß die Ziele dieses Übereinkommens ernstlich gefährdet sind, weil ein Staat oder ein Gebiet das Übereinkommen nicht durchführt, so ist es berechtigt, die Regierung des betreffenden Staates oder Gebiets um Erläuterungen zu ersuchen. Vorbehaltlich des Rechts des Suchtstoffamts, die Vertragsparteien, den Rat und die Kommission auf die unter Buchstabe c erwähnte Angelegenheit aufmerksam zu machen, behandelt es ein Ersuchen um Auskunft oder die Erläuterung einer Regierung auf Grund dieses Buchstabens als vertraulich.

b) Ist das Suchtstoffamt auf Grund des Buchstabens a tätig geworden, so kann es in der Folge die betreffende Regierung auffordern, wenn es dies für notwendig erachtet, die unter den gegebenen Umständen zur Durchführung dieses Übereinkommens erforderlichen Abhilfemaßnahmen zu treffen.

c) Stellt das Suchtstoffamt fest, daß die betreffende Regierung nach einem Ersuchen auf Grund des Buchstabens a keine zufriedenstellende Erläuterung gegeben oder nach Aufforderung auf Grund des Buchstabens b keine Abhilfemaßnahmen getroffen

paragraph (b), it may call the attention of the Parties, the Council and the Commission to the matter.

2. The Board, when calling the attention of the Parties, the Council and the Commission to a matter in accordance with paragraph 1 (c), may, if it is satisfied that such a course is necessary, recommend to the Parties that they stop the export, import, or both, of particular psychotropic substances, from or to the country or region concerned, either for a designated period or until the Board shall be satisfied as to the situation in that country or region. The State concerned may bring the matter before the Council.

3. The Board shall have the right to publish a report on any matter dealt with under the provisions of this article, and communicate it to the Council, which shall forward it to all Parties. If the Board publishes in this report a decision taken under this article or any information relating thereto, it shall also publish therein the views of the Government concerned if the latter so requests.

4. If in any case a decision of the Board which is published under this article is not unanimous, the views of the minority shall be stated.

5. Any State shall be invited to be represented at a meeting of the Board at which a question directly interesting it is considered under this article.

6. Decisions of the Board under this article shall be taken by a two-thirds majority of the whole number of the Board.

7. The provisions of the above paragraphs shall also apply if the Board has reason to believe that the aims of this Convention are being seriously endangered as a result of a decision taken by a Party under paragraph 7 of article 2.

Article 20

Measures against the abuse of psychotropic substances

1. The Parties shall take all practicable measures for the prevention of abuse of psychotropic substances and for the early identification, treatment, education, after-care, rehabilitation and social reintegration of the persons involved, and shall co-ordinate their efforts to these ends.

néa b), il peut appeler l'attention des Parties, du Conseil et de la Commission sur la question.

2. Lorsqu'il appelle l'attention des Parties, du Conseil et de la Commission sur une question conformément à l'alinéa c) du paragraphe 1, l'Organe peut, s'il juge une telle mesure nécessaire, recommander aux Parties d'arrêter l'exportation de substances psychotropes à destination du pays ou de la région intéressés ou l'importation de substances psychotropes en provenance de ce pays ou de cette région, ou à la fois l'exportation et l'importation, soit pour une période déterminée, soit jusqu'à ce que la situation dans ce pays ou cette région lui donne satisfaction. L'État intéressé a le droit de porter la question devant le Conseil.

3. L'Organe a le droit de publier un rapport sur toute question visée par les dispositions du présent article, et de le communiquer au Conseil qui le transmettra à toutes les Parties. Si l'Organe publie dans ce rapport une décision prise en vertu du présent article ou des renseignements concernant cette décision, il doit également publier l'avis du Gouvernement intéressé si celui-ci le demande.

4. Dans les cas où une décision de l'Organe publiée conformément au présent article n'a pas été prise à l'unanimité, l'opinion de la minorité doit être exposée.

5. Tout État sera invité à se faire représenter aux séances de l'Organe au cours desquelles est examinée une question l'intéressant directement aux termes du présent article.

6. Les décisions de l'Organe prises en vertu du présent article doivent être adoptées à la majorité des deux tiers du nombre total des membres de l'Organe.

7. Les dispositions des paragraphes précédents s'appliqueront également si l'Organe a motif de croire que les buts de la présente Convention sont sérieusement compromis du fait d'une décision prise par une Partie en vertu des dispositions du paragraphe 7 de l'article 2.

Article 20

Mesures contre l'abus des substances psychotropes

1. Les Parties prendront toutes les mesures susceptibles de prévenir l'abus des substances psychotropes et assurer le prompt dépistage ainsi que le traitement, l'éducation, la post-cure, la réadaptation et la réintégration sociale des personnes interessées; elles coordonneront leurs efforts à cette fin.

hat, so kann es die Vertragsparteien, den Rat und die Kommission auf diese Angelegenheit aufmerksam machen.

(2) Macht das Suchtstoffamt die Vertragsparteien, den Rat und die Kommission auf Grund des Absatzes 1 Buchstabe c auf eine Angelegenheit aufmerksam, so kann es gleichzeitig den Vertragsparteien empfehlen, wenn es dies für notwendig erachtet, gegenüber dem betreffenden Staat oder Gebiet die Ein- oder die Ausfuhr bestimmter psychotroper Stoffe — oder beides — einzustellen, und zwar entweder für eine bestimmte Zeit oder bis zu dem Zeitpunkt, in dem das Suchtstoffamt die Lage in diesem Staat oder Gebiet als zufriedenstellend betrachtet. Der betreffende Staat kann den Rat mit der Angelegenheit befassen.

(3) Das Suchtstoffamt ist berechtigt, über jede auf Grund dieses Artikels behandelte Angelegenheit einen Bericht zu veröffentlichen und dem Rat zu übermitteln; dieser leitet ihn allen Vertragsparteien zu. Veröffentlicht das Suchtstoffamt in diesem Bericht einen auf Grund dieses Artikels gefaßten Beschluß oder eine auf den Beschluß bezügliche Angabe, so hat es in demselben Bericht auf Ersuchen der betreffenden Regierung auch deren Auffassung zu veröffentlichen.

(4) Wurde ein auf Grund dieses Artikels veröffentlichter Beschluß des Suchtstoffamts nicht einstimmig gefaßt, so ist auch die Auffassung der Minderheit darzulegen.

(5) Prüft das Suchtstoffamt eine Frage auf Grund dieses Artikels, so wird jeder Staat, für den sie von unmittelbarem Interesse ist, eingeladen, sich auf der diesbezüglichen Sitzung vertreten zu lassen.

(6) Beschlüsse des Suchtstoffamts auf Grund dieses Artikels bedürfen der Zweidrittelmehrheit der Gesamtzahl seiner Mitglieder.

(7) Die vorstehenden Absätze finden auch Anwendung, wenn das Suchtstoffamt Grund zu der Annahme hat, daß die Ziele dieses Übereinkommens infolge eines von einer Vertragspartei nach Artikel 2 Absatz 7 gefaßten Beschlusses ernstlich gefährdet sind.

Artikel 20

Maßnahmen gegen den Mißbrauch psychotroper Stoffe

(1) Die Vertragsparteien treffen alle geeigneten Maßnahmen zur Verhütung des Mißbrauchs psychotroper Stoffe und zur frühzeitigen Erkennung, Behandlung, Erziehung, Nachbehandlung, Rehabilitation und sozialen Wiedereingliederung der betroffenen Personen und koordinieren ihre diesbezüglichen Bemühungen.

2. The Parties shall as far as possible promote the training of personnel in the treatment, after-care, rehabilitation and social reintegration of abusers of psychotropic substances.

3. The Parties shall assist persons whose work so requires to gain an understanding of the problems of abuse of psychotropic substances and of its prevention, and shall also promote such understanding among the general public if there is a risk that abuse of such substances will become widespread.

Article 21

Action against the illicit traffic

Having due regard to their constitutional, legal and administrative systems, the Parties shall:

(a) make arrangements at the national level for the co-ordination of preventive and repressive action against the illicit traffic; to this end they may usefully designate an appropriate agency responsible for such co-ordination;

(b) assist each other in the campaign against the illicit traffic in psychotropic substances, and in particular immediately transmit, through the diplomatic channel or the competent authorities designated by the Parties for this pupose, to the other Parties directly concerned, a copy of any report addressed to the Secretary-General under article 16 in connexion with the discovery of a case of illicit traffic or a seizure;

(c) co-operate closely with each other and with the competent international organizations of which they are members with a view to maintaining a co-ordinated campaign against the illicit traffic;

(d) ensure that international co-operation between the appropriate agencies be conducted in an expeditious manner; and

(e) ensure that, where legal papers are transmitted internationally for the purpose of judicial proceedings, the transmittal be effected in an expeditious manner to the bodies designated by the Parties; this requirement shall be without prejudice to the right of a Party to require that legal papers be sent to it through the diplomatic channel.

2. Les Parties favoriseront, autant que possible, la formation d'un personnel pour assurer le traitement, la post-cure, la réadaptation et la réintégration sociale des personnes qui abusent de substances psychotropes.

3. Les Parties aideront les personnes qui en ont besoin dans l'exercice de leur profession à acquérir la connaissance des problèmes posés par l'abus des substances psychotropes et par sa prévention, et elles développeront aussi cette connaissance parmi le grand public s'il y a lieu de craindre que l'abus de ces substances ne se répande très largement.

Article 21

Lutte contre le trafic illicite

Compte dûment tenu de leurs régimes constitutionnel, juridique et administratif, les Parties:

a) assureront sur le plan national la coordination de l'action préventive et répressive contre le trafic illicite; à cette fin elles pourront utilement désigner un service approprié chargé de cette coordination;

b) s'assisteront mutuellement dans la lutte contre le trafic illicite des substances psychotropes, et en particulier transmettront immédiatement aux autres Parties directement intéressées, par la voie diplomatique ou par l'intermédiaire des autorités compétentes qu'elles auront désignées à cet effet, copie de tout rapport qu'elles auraient adressé au Secrétaire général en vertu de l'article 16 à la suite de la découverte d'une affaire de trafic illicite ou d'une saisie;

c) coopéreront étroitement entre elles et avec les organisations internationales compétentes dont elles sont membres afin de mener une lutte coordonnée contre le trafic illicite;

d) veilleront à ce que la coopération internationale des services appropriés se réalise par des voies rapides; et

e) s'assureront que, lorsque des pièces de procédure sont transmises entre des pays pour l'exercice d'une action jucidiaire, la transmission soit effectuée par des voies rapides à l'adresse des instances désignées par les Parties; cette disposition ne porte pas atteinte au droit des Parties de demander que les pièces de procédure leur soient envoyées par la voie diplomatique.

(2) Die Vertragsparteien fördern nach Möglichkeit die Ausbildung von Personal für die Behandlung, Nachbehandlung, Rehabilitation und sozialen Wiedereingliederung von Personen, die psychotrope Stoffe mißbrauchen.

(3) Die Vertragsparteien helfen Personen, deren Arbeit dies erfordert, Verständnis für die Probleme des Mißbrauchs psychotroper Stoffe und seiner Verhütung zu gewinnen, und fördern dieses Verständnis auch in der Öffentlichkeit, wenn die Gefahr besteht, daß sich der Mißbrauch dieser Stoffe ausbreitet.

Artikel 21

Maßnahmen gegen den unerlaubten Verkehr

Die Vertragsparteien sind verpflichtet, unter gebührender Beachtung ihrer Verfassungs-, Rechts- und Verwaltungsordnungen

a) Vorkehrungen zu treffen, um ihre Maßnahmen zur Verhütung und Unterdrückung des unerlaubten Verkehrs innerstaatlich zu koordinieren; sie können zweckdienlicherweise eine hierfür zuständige Stelle bestimmen;

b) einander beim Kampf gegen den unerlaubten Verkehr mit psychotropen Stoffen zu unterstützen und insbesondere den anderen unmittelbar betroffenen Vertragsparteien umgehend auf diplomatischem Wege oder über die von den Vertragsparteien dafür bestimmten zuständigen Behörden eine Abschrift jedes nach Artikel 16 an den Generalsekretär gerichteten Berichts im Zusammenhang mit der Aufdeckung eines Falles von unerlaubtem Verkehr oder einer Beschlagnahme zu übermitteln;

c) miteinander und mit den zuständigen internationalen Organisationen, denen sie als Mitglieder angehören, eng zusammenzuarbeiten, um den Kampf gegen den unerlaubten Verkehr fortlaufend zu koordinieren;

d) zu gewährleisten, daß die internationale Zusammenarbeit zwischen den zuständigen Stellen rasch vonstatten geht, und

e) zu gewährleisten, daß rechtserhebliche Schriftstücke, die zum Zweck von Gerichtsverfahren in einen anderen Staat zu übermitteln sind, den von den Vertragsparteien bezeichneten Organen rasch zugeleitet werden; dies berührt nicht das Recht einer Vertragspartei, zu verlangen, daß ihr rechtserhebliche Schriftstücke auf diplomatischem Wege übersandt werden.

Article 22

Penal provisions

1. (a) Subject to its constitutional limitations, each Party shall treat as a punishable offence, when committed intentionally, any action contrary to a law or regulation adopted in pursuance of its obligations under this Convention, and shall ensure that serious offences shall be liable to adequate punishment, particularly by imprisonment or other penalty of deprivation of liberty.

(b) Notwithstanding the preceding sub-paragraph, when abusers of psychotropic substances have committed such offences, the Parties may provide, either as an alternative to conviction or punishment or in addition to punishment, that such abusers undergo measures of treatment, education, after-care, rehabilitation and social reintegration in conformity with paragraph 1 of article 20.

2. Subject to the constitutional limitations of a Party, its legal system and domestic law,

(a) (i) if a series of related actions constituting offences under paragraph 1 has been committed in different countries, each of them shall be treated as a distinct offence;

(ii) intentional participation in conspiracy to commit and attempts to commit, any of such offences, and preparatory acts and financial operations in connexion with the offences referred to in this article, shall be punishable offences as provided in paragraph 1;

(iii) foreign convictions for such offences shall be taken into account for the purpose of establishing recidivism; and

(iv) serious offences heretofore referred to committed either by nationals or by foreigners shall be prosecuted by the Party in whose territory the offence was committed, or by the Party in whose territory the offender is found if extradition is not acceptable in conformity with the law of

Article 22

Dispositions pénales

1. a) Sous réserve de ses dispositions constitutionnelles, chaque Partie considérera comme une infraction punissable tout acte commis intentionnellement qui contrevient à une loi ou à un règlement adopté en exécution de ses obligations découlant de la présente Convention, et prendra les mesures nécessaires pour que les infractions graves soient dûment sanctionnées, par exemple par une peine d'emprisonnement ou une autre peine privative de liberté.

b) Nonobstant les dispositions figurant à l'alinéa précédent, lorsque des personnes utilisant de façon abusive des substances psychotropes auront commis ces infractions, les Parties pourront, au lieu de les condamner ou de prononcer une sanction pénale à leur encontre, ou comme complément de la sanction pénale, soumettre ces personnes a des mesures de traitement, d'éducation, de post-cure, de réadaptation et de réintégration sociale, conformément aux dispositions du paragraphe 1 de l'article 20.

2. Sous réserve des dispositions constitutionelles, du système juridique et de la législation nationale de chaque Partie:

a) i) si une suite d'actes qui sont liés entre eux et qui constituent des infractions en vertu du paragraphe 1 ci-dessus a été commise dans des pays différents, chacun de ces actes sera considéré comme une infraction distincte;

ii) la participation intentionnelle à l'une quelconque desdites infractions, l'association ou l'entente en vue de la commettre ou la tentative de la commettre, ainsi que les actes préparatoires et les opérations financières intentionnellement accomplis, relatifs aux infractions mentionnées dans le présent article, constitueront des infractions passibles des peines prévues au paragraphe 1;

iii) les condamnations prononcées à l'étranger pour ces infractions seront prises en considération aux fins d'établissement de la récidive; et

iv) les infractions graves précitées, qu'elles soient commises par des nationaux ou des étrangers, seront poursuivies par la Partie sur le territoire de laquelle l'infraction a été commise ou par la Partie sur le territoire de laquelle le délinquant se trouve si l'extradition n'est pas compatible avec la

Artikel 22

Strafbestimmungen

(1) a) Jede Vertragspartei wird vorbehaltlich ihrer Verfassungsordnung jede gegen Gesetze oder sonstige Vorschriften, die auf Grund ihrer Verpflichtungen nach diesem Übereinkommen erlassen wurden, verstoßende Handlung, wenn vorsätzlich begangen, als strafbaren Verstoß behandeln und sicherstellen, daß schwere Verstöße angemessen geahndet werden, insbesondere mit Gefängnis oder einer sonstigen Art des Freiheitsentzugs.

b) Ungeachtet des Buchstabens a können die Vertragsparteien, wenn Personen, die psychotrope Stoffe mißbrauchen, einen derartigen Verstoß begangen haben, entweder an Stelle der Verurteilung oder Bestrafung oder zusätzlich zur Bestrafung vorsehen, daß diese Personen sich Maßnahmen der Behandlung, Erziehung, Nachbehandlung, Rehabilitation und sozialen Wiedereingliederung nach Artikel 20 Absatz 1 unterziehen.

(2) Jede Vertragspartei gewährleistet vorbehaltlich ihrer Verfassungsordnung, ihres Rechtssystems und ihrer innerstaatlichen Rechtsvorschriften,

a) i) daß jede einzelne einer Reihe zusammenhängender Handlungen, die Verstöße nach Absatz 1 darstellen und in verschiedenen Staaten begangen worden sind, als selbständiger Verstoß gilt;

ii) daß in bezug auf diese Verstöße die vorsätzliche Teilnahme, die Verabredung und der Versuch mit Strafe im Sinne des Absatzes 1 bedroht werden; dies gilt auch für Vorbereitungs- und Finanzhandlungen im Zusammenhang mit den in diesem Artikel bezeichneten Verstößen;

iii) daß im Ausland erfolgte Verurteilungen wegen solcher Verstöße rückfallbegründend wirken;

iv) daß die vorstehend bezeichneten schweren Verstöße, gleichviel ob von Staatsangehörigen oder Ausländern begangen, von der Vertragspartei verfolgt werden, in deren Hoheitsgebiet der Verstoß begangen wurde, oder von der Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet der Täter betroffen wird,

the Party to which application is made, and if such offender has not already been prosecuted and judgement given.

(b) It is desirable that the offences referred to in paragraph 1 and paragraph 2 (a) (ii) be included as extradition crimes in any extradition treaty which has been or may hereafter be concluded between any of the Parties, and, as between any of the Parties which do not make extradition conditional on the existence of a treaty or on reciprocity, be recognized as extradition crimes; provided that extradition shall be granted in conformity with the law of the Party to which application is made, and that the Party shall have the right to refuse to effect the arrest or grant the extradition in cases where the competent authorities consider that the offence is not sufficiently serious.

3. Any psychotropic substance or other substance, as well as any equipment, used in or intended for the commission of any of the offences referred to in paragraphs 1 and 2 shall be liable to seizure and confiscation.

4. The provisions of this article shall be subject to the provisions of the domestic law of the Party concerned on questions of jurisdiction.

5. Nothing contained in this article shall affect the principle that the offences to which it refers shall be defined, prosecuted and punished in conformity with the domestic law of a Party.

législation de la Partie à laquelle la demande est adressée et si le délinquant n'a pas déjà été poursuivi et jugé.

b) Il est souhaitable que les infractions mentionnées au paragraphe 1 et dans la partie ii) de l'alinéa a) du paragraphe 2 soient considérées comme des cas d'extradition aux termes de tout traité d'extradition conclu ou à conclure entre des Parties, et soient reconnues comme cas d'extradition entre elles par les Parties qui ne subordonnent pas l'extradition à l'existence d'un traité ou à la réciprocité, étant entendu, toutefois, que l'extradition sera accordée conformément à la législation de la Partie à qui la demande d'extradition est adressée et que ladite Partie aura le droit de refuser de procéder à l'arrestation du délinquant ou de refuser d'accorder son extradition si les autorités compétentes considèrent que l'infraction n'est pas suffisamment grave.

3. Toute substance psychotrope, toute autre substance et tout matériel utilisés ou qu'il était envisagé d'utiliser pour commettre l'une quelconque des infractions visées aux paragraphes 1 et 2, pourront être saisis et confisqués.

4. Aucune disposition du présent article ne portera atteinte aux dispositions de la législation nationale d'une Partie en matière de compétence.

5. Aucune disposition du présent article ne portera atteinte au principe selon lequel les infractions auxquelles il se réfère seront définies, poursuivies et punies conformément à la législation nationale de chacune des Parties.

wenn diese auf Grund ihres Rechts das Auslieferungsersuchen ablehnt und der Täter noch nicht verfolgt und verurteilt worden ist.

b) Es ist wünschenswert, daß die in Absatz 1 und in Absatz 2 Buchstabe a Ziffer ii bezeichneten Verstöße in jeden bestehenden oder künftigen Auslieferungsvertrag zwischen Vertragsparteien als auslieferungsfähige Straftaten aufgenommen werden und daß sie zwischen Vertragsparteien, welche die Auslieferung nicht vom Bestehen eines Vertrags oder von der Gegenseitigkeit abhängig machen, als ausliefrungsfähige Straftaten anerkannt werden; Voraussetzung ist, daß die Auslieferung im Einklang mit den Rechtsvorschriften der ersuchten Vertragspartei bewilligt wird und daß diese berechtigt ist, die Festnahme oder die Auslieferung in Fällen zu verweigern, in denen die zuständigen Behörden den Verstoß als nicht schwerwiegend genug ansehen.

(3) Alle psychotropen oder sonstigen Stoffe sowie alle Gegenstände, die zu einem Verstoß im Sinne der Absätze 1 und 2 verwendet wurden oder dafür bestimmt waren, können beschlagnahmt und eingezogen werden.

(4) Dieser Artikel beeinträchtigt nicht die innerstaatlichen Rechtsvorschriften der betreffenden Vertragspartei über die Gerichtsbarkeit.

(5) Unberührt von diesem Artikel bleibt der Grundsatz, daß hinsichtlich der darin bezeichneten Verstöße die Bestimmung der Tatbestandsmerkmale, die Strafverfolgung und die Ahndung im Einklang mit dem innerstaatlichen Recht einer Vertragspartei zu erfolgen haben.

Article 23

Application of stricter control measures than those required by this Convention

A Party may adopt more strict or severe measures of control than those provided by this Convention if, in its opinion, such measures are desirable or necessary for the protection of the public health and welfare.

Article 23

Application de mesures de contrôle plus sévères que celles qu'exige la Convention

Les Parties pourront adopter des mesures de contrôle plus strictes ou plus sévères que celles qui sont prévues par la présente Convention si elles le jugent opportun ou nécessaire pour la protection de la santé et de l'intérêt publics.

Artikel 23

Anwendung strengerer Kontrollmaßnahmen als in diesem Übereinkommen vorgeschrieben

Jede Vertragspartei kann strengere oder schärfere Kontrollmaßnahmen treffen, als in diesem Übereinkommen vorgesehen, soweit dies nach ihrer Ansicht zum Schutz der Volksgesundheit oder des öffentlichen Wohls wünschenswert oder notwendig ist.

Article 24

Expenses of international organs incurred in administering the provisions of the Convention

The expenses of the Commission and the Board in carrying out their respective functions under this Convention shall be borne by the United

Article 24

Dépenses des organes internationaux encourues pour l'administration des dispositions de la Convention

Les dépenses de la Commission et de l'Organe pour l'exécution de leurs fonctions respectives en vertu de la présente Convention seront assumées

Artikel 24

Kosten, die den internationalen Organen bei der Durchführung dieses Übereinkommens entstehen

Die Ausgaben, die der Kommission und dem Suchtstoffamt bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben auf Grund dieses Übereinkommens entstehen,

Nations in such manner as shall be decided by the General Assembly. The Parties which are not Members of the United Nations shall contribute to these expenses such amounts as the General Assembly finds equitable and assesses from time to time after consultation with the Governments of these Parties.

Article 25

Procedure for admission, signature, ratification and accession

1. Members of the United Nations, States not Members of the United Nations which are members of a specialized agency of the United Nations or of the International Atomic Energy Agency or Parties to the Statute of the International Court of Justice, and any other State invited by the Council, may become Parties to this Convention:

(a) by signing it; or

(b) by ratifying it after signing it subject to ratification; or

(c) by acceding to it.

2. The Convention shall be open for signature until 1 January 1972 inclusive. Thereafter it shall be open for accession.

3. Instruments of ratification or accession shall be deposited with the Secretary-General.

Article 26

Entry into force

1. The Convention shall come into force on the ninetieth day after forty of the States referred to in paragraph 1 of article 25 have signed it without reservation of ratification or have deposited their instruments of ratification or accession.

2. For any other State signing without reservation of ratification, or depositing an instrument of ratification or accession after the last signature or deposit referred to in the preceding paragraph, the Convention shall enter into force on the ninetieth day following the date of its signature or deposit of its instrument of ratification or accession.

Article 27

Territorial application

The Convention shall apply to all non-metropolitan territories for the international relations of which any Party is responsible except where the previous consent of such a territory

par l'Organisation des Nations Unies dans les conditions qui seront déterminées par l'Assemblée générale. Les Parties qui ne sont pas Membres de l'Organisation des Nations Unies contribueront à ces dépenses, l'Assemblée générale fixant périodiquement, après avoir consulté les Gouvernements de ces Parties, le montant des contributions qu'elle jugera équitable.

Article 25

Procédure d'admission, de signature, de ratification et d'adhésion

1. Les États Membres de l'Organisation des Nations Unies, les États non membres de l'Organisation des Nations Unies qui sont membres d'une institution spécialisée des Nations Unies ou de l'Agence internationale de l'énergie atomique, ou qui sont Parties au Statut de la Cour internationale de Justice, ainsi que tout autre État invité par le Conseil, peuvent devenir Parties à la présente Convention:

a) en la signant; ou

b) en la ratifiant après l'avoir signée sous réserve de ratification; ou

c) en y adhérant.

2. La présente Convention sera ouverte à la signature jusqu'au 1er janvier 1972 inclus. Elle sera ensuite ouverte à l'adhésion.

3. Les instruments de ratification ou d'adhésion seront déposés auprès du Secrétaire général.

Article 26

Entrée en vigueur

1. La présente Convention entrera en vigueur quatre-vingt-dix jours après que quarante des États visés au paragraphe 1 de l'article 25 l'auront signée sans réserve de ratification ou auront déposé leurs instruments de ratification ou d'adhésion.

2. Pour tout autre État qui signe sans réserve de ratification, ou qui dépose un instrument de ratification ou d'adhésion après la date de la dernière signature ou du dernier dépôt visés au paragraphe précédent, la présente Convention entrera en vigueur quatre-vingt-dix jours après la date de sa signature ou du dépôt de son instrument de ratification ou d'adhésion.

Article 27

Application territoriale

La présente Convention s'appliquera à tous les territoires non métropolitains qu'une Partie représente sur le plan international, sauf si le consentement préalable d'un tel territoire

gehen zu Lasten der Vereinten Nationen; das Nähere regelt die Generalversammlung. Vertragsparteien, die nicht Mitglied der Vereinten Nationen sind, leisten zu diesen Ausgaben Beiträge in der von der Generalversammlung für angemessen erachteten und nach Konsultation mit den Regierungen dieser Vertragsparteien jeweils festgesetzten Höhe.

Artikel 25

Verfahren für die Zulassung, die Unterzeichnung, die Ratifizierung und den Beitritt

(1) Mitglieder der Vereinten Nationen, Nichtmitgliedstaaten der Vereinten Nationen, die Mitglieder einer Sonderorganisation der Vereinten Nationen oder der Internationalen Atomenergie-Organisation oder Vertragsparteien der Satzung des Internationalen Gerichtshofs sind, sowie alle anderen vom Rat eingeladenen Staaten können Vertragsparteien dieses Übereinkommens werden,

a) indem sie es unterzeichnen oder

b) indem sie es ratifizieren, nachdem sie es vorbehaltlich der Ratifizierung unterzeichnet haben oder

c) indem sie ihm beitreten.

(2) Dieses Übereinkommen liegt bis zum 1. Januar 1972 zur Unterzeichnung auf. Danach liegt es zum Beitritt auf.

(3) Die Ratifikations- oder Beitrittsurkunden sind beim Generalsekretär zu hinterlegen.

Artikel 26

Inkrafttreten

(1) Dieses Übereinkommen tritt am neunzigsten Tag nach dem Tag in Kraft, an dem vierzig der in Artikel 25 Absatz 1 genannten Staaten es ohne Vorbehalt der Ratifikation unterzeichnet oder ihre Ratifikations- oder Beitrittsurkunden hinterlegt haben.

(2) Für jeden anderen Staat, der dieses Übereinkommen nach der letzten Unterzeichnung oder Hinterlegung gemäß Absatz 1 ohne Vorbehalt der Ratifikation unterzeichnet oder eine Ratifikations- oder Beitrittsurkunde hinterlegt, tritt es am neunzigsten Tag nach der Unterzeichnung oder der Hinterlegung der Ratifikations- oder Beitrittsurkunde durch den betreffen- Staat in Kraft.

Artikel 27

Räumlicher Geltungsbereich

Dieses Übereinkommen findet auf alle Hoheitsgebiete außerhalb des Mutterlands Anwendung, für deren internationale Beziehungen eine Vertragspartei verantwortlich ist, soweit

is required by the Constitution of the Party or of the territory concerned, or required by custom. In such a case the Party shall endeavour to secure the needed consent of the territory within the shortest period possible, and when the consent is obtained the Party shall notify the Secretary-General. The Convention shall apply to the territory or territories named in such a notification from the date of its receipt by the Secretary-General. In those cases where the previous consent of the non-metropolitan territory is not required, the Party concerned shall, at the time of signature, ratification or accession, declare the non-metropolitan territory or territories to which this Convention applies.

est nécessaire en vertu soit de la Constitution de la Partie ou du territoire intéressé, soit de la coutume. En ce cas, la Partie s'efforcera d'obtenir dans le plus bref délai le consentement du territoire qui est nécessaire et, lorsque ce consentement aura été obtenu, elle le notifiera au Secrétaire général. La présente Convention s'appliquera au territoire ou aux territoires désignés par ladite notification, dès la date de la réception de cette dernière par le Secrétaire général. Dans les cas où le consentement préalable du territoire non métropolitain n'est pas nécessaire, la Partie intéressée déclarera, au moment de la signature, de la ratification ou de l'adhésion, à quel territoire ou territoires non métropolitains s'applique la présente Convention.

nicht nach der Verfassung dieser Vertragspartei oder des betreffenden Hoheitsgebiets oder kraft Gewohnheitsrechts die vorherige Zustimmung eines Hoheitsgebiets erforderlich ist. In diesem Fall wird sich die Vertragspartei bemühen, die erforderliche Zustimmung des Hoheitsgebiets so bald wie möglich zu erwirken, und wird sie sodann dem Generalsekretär notifizieren. Das Übereinkommen findet auf jedes in einer solchen Notifikation bezeichnete Hoheitsgebiet mit dem Tag ihres Eingangs beim Generalsekretär Anwendung. In den Fällen, in denen die vorherige Zustimmung eines Hoheitsgebiets außerhalb des Mutterlands nicht erforderlich ist, erklärt die betreffende Vertragspartei im Zeitpunkt der Unterzeichnung, der Ratifizierung oder des Beitritts, auf welche Hoheitsgebiete außerhalb des Mutterlands dieses Übereinkommen Anwendung findet.

Article 28

Regions for the purposes of this Convention

1. Any Party may notify the Secretary-General that, for the purposes of this Convention, its territory is divided into two or more regions, or that two or more of its regions are consolidated into a single region.

2. Two or more Parties may notify the Secretary-General that, as the result of the establishment of a customs union between them, those Parties constitute a region for the purposes of this Convention.

3. Any notification under paragraph 1 or 2 shall take effect on 1 January of the year following the year in which the notification was made.

Article 28

Régions aux fins de la présente Convention

1. Toute Partie peut notifier au Secrétaire général qu'aux fins de la présente Convention, son territoire est divisé en deux ou plusieurs régions, ou que deux ou plusieurs de ses régions sont groupées en une seule.

2. Deux ou plusieurs Parties peuvent notifier au Secrétaire général qu'à la suite de l'institution d'une union douanière entre elles, ces Parties constituent une région aux fins de la présente Convention.

3. Toute notification faite en vertu du paragraphe 1 ou 2 prendra effet au 1er janvier de l'année qui suivra celle où ladite notification aura été faite.

Artikel 28

Gebiete im Sinne dieses Übereinkommens

(1) Eine Vertragspartei kann dem Generalsekretär notifizieren, daß ihr Hoheitsgebiet in zwei oder mehr Gebiete im Sinne dieses Übereinkommens aufgeteilt ist oder daß zwei oder mehr ihrer Gebiete ein einziges Gebiet im Sinne des Übereinkommens bilden.

(2) Zwei oder mehr Vertragsparteien können dem Generalsekretär notifizieren, daß sie infolge der Errichtung einer sie umfassenden Zollunion ein einziges Gebiet im Sinne dieses Übereinkommens bilden.

(3) Eine Notifikation nach Absatz 1 oder 2 wird am 1. Januar des auf das Jahr der Notifikation folgenden Jahres wirksam.

Article 29

Denunciation

1. After the expiry of two years from the date of the coming into force of this Convention any Party may, on its own behalf or on behalf of a territory for which it has international responsibility, and which has withdrawn its consent given in accordance with article 27, denounce this Convention by an instrument in writing deposited with the Secretary-General.

2. The denunciation, if received by the Secretary-General on or before the first day of July of any year, shall take effect on the first day of January of the succeeding year, and if received after the first day of July it shall take effect as if it had been received on or before the first day of July in the succeeding year.

Article 29

Dénonciation

1. A l'expiration d'un délai de deux ans à compter de la date de l'entrée en vigueur de la présente Convention, toute Partie pourra, en son nom ou au nom d'un territoire qu'elle représente sur le plan international et qui a retiré le consentement donné en vertu de l'article 27, dénoncer la présente Convention en déposant un instrument à cet effet auprès du Secrétaire général.

2. Si le Secrétaire général reçoit la dénonciation avant le 1er juillet ou à cette date, elle prendra effet le 1er janvier de l'année suivante; si la dénonciation est reçue après le 1er juillet, elle prendra effet comme si elle avait été reçue l'année suivante avant le 1er juillet ou à cette date.

Artikel 29

Kündigung

(1) Nach Ablauf von zwei Jahren seit Inkrafttreten dieses Übereinkommens kann jede Vertragspartei im eigenen Namen oder im Namen eines Hoheitsgebiets, für dessen internationale Beziehungen sie verantwortlich ist und das seine nach Artikel 27 erteilte Zustimmung zurückgenommen hat, dieses Übereinkommen durch Hinterlegung einer entsprechenden Urkunde beim Generalsekretär kündigen.

(2) Geht die Kündigung bis zum 1. Juli des betreffenden Jahres beim Generalsekretär ein, so wird sie am 1. Januar des folgenden Jahres wirksam; geht sie nach dem 1. Juli ein, so wird sie als eine bis zum 1. Juli des folgenden Jahres eingegangene Kündigung wirksam.

3. The Convention shall be terminated if, as a result of denunciations made in accordance with paragraphs 1 and 2, the conditions for its coming into force as laid down in paragraph 1 of article 26 cease to exist.

Article 30

Amendments

1. Any Party may propose an amendment to this Convention. The text of any such amendment and the reasons therefor shall be communicated to the Secretary-General, who shall communicate them to the Parties and to the Council. The Council may decide either:

(a) that a conference shall be called in accordance with paragraph 4 of Article 62 of the Charter of the United Nations to consider the proposed amendment; or

(b) that the Parties shall be asked whether they accept the proposed amendment and also asked to submit to the Council any comments on the proposal.

2. If a proposed amendment circulated under paragraph 1 (b) has not been rejected by any Party within eighteen months after it has been circulated, it shall thereupon enter into force. If however a proposed amendment is rejected by any Party, the Council may decide, in the light of comments received from Parties, whether a conference shall be called to consider such amendment.

Article 31

Disputes

1. If there should arise between two or more Parties a dispute relating to the interpretation or application of this Convention, the said Parties shall consult together with a view to the settlement of the dispute by negotiation, investigation, mediation, conciliation, arbitration, recourse to regional bodies, judicial process or other peaceful means of their own choice.

2. Any such dispute which cannot be settled in the manner prescribed shall be referred, at the request of any one of the parties to the dispute, to the International Court of Justice for decision.

Article 32

Reservations

1. No reservation other than those made in accordance with paragraphs 2, 3 and 4 of the present article shall be permitted.

3. La présente Convention viendra à expiration si, par suite de dénonciations notifiées conformément aux dispositions des paragraphes 1 et 2, les conditions de son entrée en vigueur prévues au paragraphe 1 de l'article 26 cessent d'être remplies.

Article 30

Amendements

1. Toute Partie pourra proposer un amendement à la présente Convention. Le texte dudit amendement et les raisons qui l'ont motivé seront communiqués au Secrétaire général qui les communiquera aux Parties et au Conseil. Le Conseil pourra décider soit:

a) de convoquer une conférence, conformément au paragraphe 4 de l'Article 62 de la Charte des Nations Unies, en vue d'étudier l'amendement proposé; soit

b) de demander aux Parties si elles acceptent l'amendement proposé et aussi de les prier de présenter éventuellement au Conseil leurs observations sur cette proposition.

2. Si un projet d'amendement distribué conformément à l'alinéa b) du paragraphe 1 n'a été rejeté par aucune Partie dans les dix-huit mois qui suivent sa communication, il entrera immédiatement en vigueur. Si toutefois il est rejeté par une Partie, le Conseil pourra décider, compte tenu des observations des Parties, s'il convient de convoquer une conférence chargée d'étudier ledit amendement.

Article 31

Différends

1. S'il s'élève entre deux ou plusieurs Parties un différend concernant l'interprétation ou l'application de la présente Convention, lesdites Parties se consulteront en vue de régler ce différend par voie de négociation, d'enquête, de médiation, de conciliation, d'arbitrage, de recours à des organismes régionaux, par voie judiciaire ou par d'autres moyens pacifiques de leur choix.

2. Tout différend de ce genre qui n'aura pas été réglé par les moyens prévus au paragraphe 1 sera soumis, à la demande de l'une des parties au différend, à la Cour internationale de Justice.

Article 32

Réserves

1. Aucune réserve n'est autorisée en dehors des réserves faites conformément aux paragraphes 2, 3 et 4 du présent article.

(3) Das Übereinkommen tritt außer Kraft, wenn infolge von Kündigungen nach den Absätzen 1 und 2 dieses Artikels die in Artikel 26 Absatz 1 bezeichneten Voraussetzungen für sein Inkrafttreten entfallen.

Artikel 30

Änderungen

(1) Jede Vertragspartei kann zu diesem Übereinkommen Änderungen vorschlagen. Der Wortlaut und die Begründung jedes Änderungsvorschlags sind dem Generalsekretär zu übermitteln; dieser leitet sie den Vertragsparteien und dem Rat zu. Der Rat kann beschließen,

a) entweder nach Maßgabe des Artikels 62 Absatz 4 der Charta der Vereinten Nationen eine Konferenz zur Beratung des Änderungsvorschlags einzuberufen oder

b) die Vertragsparteien zu fragen, ob sie den Änderungsvorschlag annehmen, und sie aufzufordern, dem Rat gegebenenfalls ihre Stellungnahme zu dem Vorschlag einzureichen.

(2) Ist ein nach Absatz 1 Buchstabe b verteilter Änderungsvorschlag binnen achtzehn Monaten nach seiner Verteilung von keiner Vertragspartei abgelehnt worden, so tritt er alsbald in Kraft. Hat eine Vertragspartei ihn abgelehnt, so kann der Rat im Lichte der von Vertragsparteien eingereichten Stellungnahmen beschließen, ob eine Konferenz zur Beratung des Änderungsvorschlags einzuberufen ist.

Artikel 31

Streitigkeiten

(1) Entsteht zwischen zwei oder mehr Vertragsparteien über die Auslegung oder Anwendung dieses Übereinkommens eine Streitigkeit, so konsultieren sie einander mit dem Ziel, die Streitigkeit durch Verhandlung, Untersuchung, Vermittlung, Vergleich, Schiedsspruch, Inanspruchnahme regionaler Einrichtungen, gerichtliche Entscheidung oder durch andere friedliche Mittel eigener Wahl beizulegen.

(2) Kann durch die in Absatz 1 vorgesehenen Verfahren die Streitigkeit nicht beigelegt werden, so ist sie auf Ersuchen einer der Streitparteien dem Internationalen Gerichtshof zur Entscheidung zu unterbreiten.

Artikel 32

Vorbehalte

(1) Andere als die in den Absätzen 2, 3 und 4 bezeichneten Vorbehalte sind nicht zulässig.

2. Any State may at the time of signature, ratification or accession make reservations in respect of the following provisions of the present Convention:

(a) article 19, paragraphs 1 and 2;

(b) article 27; and

(c) article 31.

3. A State which desires to become a Party but wishes to be authorized to make reservations other than those made in accordance with paragraphs 2 and 4 may inform the Secretary-General of such intention. Unless by the end of twelve months after the date of the Secretary-General's communication of the reservation concerned, this reservation has been objected to by one third of the States that have signed without reservation of ratification, ratified or acceded to this Convention before the end of that period, it shall be deemed to be permitted, it being understood however that States which have objected to the reservation need not assume towards the reserving State any legal obligation under this Convention which is affected by the reservation.

4. A State on whose territory there are plants growing wild which contain psychotropic substances from among those in Schedule I and which are traditionally used by certain small, clearly determined groups in magical or religious rites, may, at the time of signature, ratification or accession, make reservations concerning these plants, in respect of the provisions of article 7, except for the provisions relating to international trade.

5. A State which has made reservations may at any time by notification in writing to the Secretary-General withdraw all or part of its reservations.

2. Tout État peut, au moment de la signature, de la ratification ou de l'adhésion, faire des réserves sur les dispositions suivantes de la présente Convention:

a) article 19, paragraphes 1 et 2;

b) article 27; et

c) article 31.

3. Tout État qui désire devenir Partie à la Convention, mais qui veut être autorisé à faire des réserves autres que celles qui sont énumérées aux paragraphes 2 et 4, peut aviser le Secrétaire général de cette intention. A moins qu'à l'expiration de douze mois après la date de la communication de la réserve en question par le Secrétaire général, un tiers des États qui ont signé sans réserve de ratification ou ratifié la Convention ou y ont adhéré avant la fin de ladite période n'aient élevé des objections contre elle, elle sera considérée comme autorisée, étant entendu toutefois que les États qui auront élevé des objections contre cette réserve n'auront pas à assumer à l'égard de l'État qui l'a formulée l'obligation juridique découlant de la présente Convention, sur laquelle porte la réserve.

4. Tout État sur le territoire duquel poussent à l'état sauvage des plantes contenant des substances psychotropes du Tableau I utilisées traditionnellement par certains groupes restreints bien déterminés à l'occasion de cérémonies magiques ou religieuses, peut, au moment de la signature de la ratification ou de l'adhésion, faire des réserves concernant ces plantes sur les dispositions de l'article 7, sauf sur celles relatives au commerce international.

5. L'État qui aura fait des réserves pourra à tout moment et par voie de notification écrite au Secrétaire général retirer tout ou partie de ses réserves.

(2) Ein Staat kann bei der Unterzeichnung, der Ratifizierung oder dem Beitritt Vorbehalte zu folgenden Bestimmungenn dieses Übereinkommens machen:

a) Artikel 19 Absätze 1 und 2;

b) Artikel 27;

c) Artikel 31.

(3) Wünscht ein Staat Vertragspartei zu werden, aber die Ermächtigung zu anderen als den in den Absätzen 2 und 4 bezeichneten Vorbehalten zu erlangen, so kann er seine Absicht dem Generalsekretär mitteilen. Ein solcher Vorbehalt gilt als zugelassen, falls nicht binnen zwölf Monaten, nachdem der Generalsekretär den betreffenden Vorbehalt weitergeleitet hat, ein Drittel der Staaten, die dieses Übereinkommen vor Ablauf dieser Frist ohne Vorbehalt der Ratifizierung unterzeichnet oder es ratifiziert haben oder ihm beigetreten sind, gegen diesen Vorbehalt Einspruch erhebt; jedoch brauchen Staaten, die gegen den Vorbehalt Einspruch erhoben haben, Verpflichtungen rechtlicher Art aus diesem Übereinkommen, die von dem Vorbehalt berührt werden, nicht zu übernehmen.

(4) Ein Staat, in dessen Hoheitsgebiet Pflanzen wild wachsen, die psychotrope Stoffe der in Anhang I aufgeführten Arten enthalten und von kleinen, klar abgegrenzten Gruppen herkömmlicherweise für magische oder religiöse Bräuche verwendet werden, kann bei der Unterzeichnung, der Ratifizierung oder dem Beitritt hinsichtlich dieser Pflanzen Vorbehalte zu den Bestimmungen des Artikels 7 mit Ausnahme der Bestimmungen über den internationalen Handel machen.

(5) Ein Staat, der Vorbehalte gemacht hat, kann jederzeit alle oder einzelne Vorbehalte durch eine an den Generalsekretär gerichtete schriftliche Notifikation zurücknehmen.

Article 33

Notifications

The Secretary-General shall notify to all the States referred to in paragraph 1 of article 25:

(a) signatures, ratifications and accessions in accordance with article 25;

(b) the date upon which this Convention enters into force in accordance with article 26;

(c) denunciations in accordance with article 29; and

(d) declarations and notifications under articles 27, 28, 30 and 32.

Article 33

Notifications

Le Secrétaire général notifiera à tous les États mentionnés au paragraphe 1 de l'article 25:

a) les signatures, ratifications ou adhésions conformément à l'article 25;

b) la date à laquelle la présente Convention entrera en vigueur conformément à l'article 26;

c) les dénonciations conformément à l'article 29; et

d) les déclarations et notifications conformément aux articles 27, 28, 30 et 32.

Artikel 33

Notifikationen

Der Generalsekretär notifiziert allen in Artikel 25 Absatz 1 bezeichneten Staaten

a) die Unterschriften, Ratifikationen und Beitritte nach Artikel 25;

b) den Tag, an dem dieses Übereinkommen nach Artikel 26 in Kraft tritt;

c) die Kündigungen nach Artikel 29 und

d) die Erklärungen und Notifikationen nach den Artikeln 27, 28, 30 und 32.

IN WITNESS WHEREOF, the undersigned, duly authorized, have signed this Convention on behalf of their respective Governments.

DONE AT VIENNA, this twenty-first day of February one thousand nine hundred and seventy one, in a single copy in the Chinese, English, French, Russian and Spanish languages, each being equally authentic. The Convention shall be deposited with the Secretary-General of the United Nations, who shall transmit certified true copies thereof to all the Members of the United Nations and to the other States referred to in paragraph 1 of article 25.

EN FOI DE QUOI les soussignés, dûment autorisés, ont signé la présente Convention au nom de leurs Gouvernements respectifs.

FAIT à Vienne, le vingt et un février mil neuf cent soixante et onze, en un seul exemplaire, en anglais, chinois, espagnol, français et russe, les cinq textes faisant également foi. La Convention sera déposée auprès du Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies qui en transmettra des copies certifiées conformes à tous les États Membres de l'Organisation des Nations Unies et aux États visés au paragraphe 1 de l'article 25.

ZU URKUND DESSEN haben die hierzu gehörig befugten Unterzeichneten dieses Übereinkommen im Namen ihrer Regierungen unterschrieben.

GESCHEHEN zu Wien am 21. Februar 1971 in einer Urschrift in chinesischer, englischer, französischer, russischer und spanischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist. Das Übereinkommen wird beim Generalsekretär der Vereinten Nationen hinterlegt; dieser übermittelt allen Mitgliedern der Vereinten Nationen und den anderen in Artikel 25 Absatz 1 bezeichneten Staaten beglaubigte Abschriften.

Lists of substances in the schedules*)

List of substances in schedule I

	INN	Other non-proprietary or trivial names	Chemical Name
1.		DET	*N,N*-diethyltryptamine
2.		DMHP	3-(1,2-dimethylheptyl)-1-hydroxy-7,8,9,10-tetrahydro-6,6,9-trimethyl-6*H*-dibenzo[b,d]pyran
3.		DMT	*N,N*-dimethyltryptamine
4.	(+)-LYSERGIDE	LSD, LSD-25	(+)-*N,N*-diethyllysergamide (*d*-lysergic acid diethylamide)
5.		mescaline	3,4,5-trimethoxyphenethylamine
6.		parahexyl	3-hexyl-1-hydroxy-7,8,9,10-tetrahydro-6,6,9-trimethyl-6*H*-dibenzo[b,d]pyran
7.		psilocine, psilotsin	3-(2-dimethylaminoethyl)-4-hydroxyindole
8.	PSILOCYBINE		3-(2-dimethylaminoethyl)indol-4-yl dihydrogen phosphate
9.		STP, DOM	2-amino-1-(2,5-dimethoxy-4-methyl)phenylpropane
10.		tetrahydrocannabinols, all isomers	1-hydroxy-3-pentyl-6a,7,10,10a-tetrahydro-6,6,9-trimethyl-6*H*-dibenzo[b,d]pyran

List of substances in schedule II

	INN	Other non-proprietary or trivial names	Chemical name
1.	AMPHETAMINE		(±)-2-amino-1-phenylpropane
2.	DEXAMPHETA-MINE		(+)-2-amino-1-phenylpropane
3.	METHAMPHETA-MINE		(+)-2-methylamino-1-phenylpropane
4.	METHYLPHENI-DATE		2-phenyl-2-(2-piperidyl)acetic acid, methyl ester
5.	PHENCYCLIDINE		1-(1-phenylcyclohexyl)piperidine
6.	PHENMETRAZINE		3-methyl-2-phenylmorpholine

*) The names printed in capitals in the left-hand column are the International Non-Proprietary Names(INN). With one exception [(+)-LYSERGIDE], other non-proprietary or trivial names are given only where no INN has yet been proposed.

List of substances in schedule III

INN	Other non-proprietary or trivial names	Chemical name
1. AMOBARBITAL		5-ethyl-5-(3-methylbutyl) barbituric acid
2. CYCLOBARBITAL		5-(1-cyclohexen-1-yl)-5-ethylbarbituric acid
3. GLUTETHIMIDE		2-ethyl-2-phenylglutarimide
4. PENTOBARBITAL		5-ethyl-5-(1-methylbutyl) barbituric acid
5. SECOBARBITAL		5-allyl-5-(1-methylbutyl) barbituric acid

List of substances in schedule IV

INN	Other non-proprietary or trivial names	Chemical name
1. AMFEPRAMONE		2-(diethylamino)propiophenone
2. BARBITAL		5,5-diethylbarbituric acid
3.	ethchlorvynol	ethyl-2-chlorovinylethinyl-carbinol
4. ETHINAMATE		1-ethynylcyclohexanolcarbamate
5. MEPROBAMATE		2-methyl-2-propyl-1,3-propanediol dicarbamate
6. METHAQUALONE		2-methyl-3-*o*-tolyl-4(3*H*)-quinazolinone
7. METHYLPHENO-BARBITAL		5-ethyl-1-methyl-5-phenyl-barbituric acid
8. METHYPRYLON		3,3-diethyl-5-methyl-2,4-piperidine-dione
9. PHENOBARBITAL		5-ethyl-5-phenylbarbituric acid
10. PIPRADROL		1,1-diphenyl-1-(2-piperidyl) methanol
11.	SPA	(—)-1-dimethylamino-1,2-diphenylethane

Listes des substances figurant aux tableaux*)

Liste des substances figurant au tableau I

DCI	Autres noms communs ou vulgaires	Désignation chimique
1.	DET	*N,N*-diéthyltryptamine
2.	DMHP	hydroxy-1 (diméthyl-1,2 heptyl)-3 tétrahydro-7,8,9,10 triméthyl-6,6,9 6*H*-dibenzo [b,d] pyranne
3.	DMT	*N,N*-diméthyltryptamine
4. (+)-LYSERGIDE	LSD, LSD-25	(+)-*N,N*-diéthyllysergamide (diéthylamide de l'acide dextro-lysergique)
5.	mescaline	triméthoxy-3,4,5 phénéthylamine
6.	parahexyl	hydroxy-1 *n*-hexyl-3 tétrahydro-7,8,9,10 triméthyl-6,6,9 6*H*-dibenzo [b,d] pyranne
7.	psilocine, psilotsin	(diméthylamino-2 éthyl)-3 hydroxy-4 indol
8. PSILOCYBINE		dihydrogénophosphate de (diméthylamino-2 éthyl)-3 indolyle-4
9.	STP, DOM	amino-2 (diméthoxy-2,5 méthyl-4) phényl-1 propane
10.	tétrahydrocannabinols, tous les isomères	hydroxy-1 pentyl-3 tétrahydro-6a,7,10,10a triméthyl-6,6,9 6*H*-dibenzo [b,d] pyranne

Liste des substances figurant au tableau II

DCI	Autres noms communs ou vulgaires	Désignation chimique
1. AMPHETAMINE		(±)-amino-2 phényl-1 propane
2. DEXAMPHETAMINE		(+)-amino-2 phényl-1 propane
3. METHAMPHETAMINE		(+)-méthylamino-2 phényl-1 propane
4. METHYLPHENIDATE		phényl-2 (pipéridyl-2)-2 acétate de méthyle
5. PHENCYCLIDINE		(phényl-1 cyclohexyl)-1 pipéridine
6. PHENMETRAZINE		méthyl-3 phényl-2 morpholine

*) Les noms figurant en majuscules dans la colonne de gauche sont des Dénominations communes internationales (DCI). A l'exception du (+)-LYSERGIDE les autres dénominations ou noms communs ne sont indiqués que si aucune DCI n'a encore été proposée.

Liste des substances figurant au tableau III

DCI	Autres noms communs ou vulgaires	Désignation chimique
1. AMOBARBITAL		acide éthyl-5 (méthyl-3 butyl)-5 barbiturique
2. CYCLOBARBITAL		acide (cyclohexène-1 yl-1)-5 éthyl-5 barbiturique
3. GLUTETHIMIDE		éthyl-2 phényl-2 glutarimide
4. PENTOBARBITAL		acide éthyl-5 (méthyl-1)butyl)-5 barbiturique
5. SECOBARBITAL		acide allyl-5 (méthyl-1 butyl)-5 barbiturique

Liste des substances figurant au tableau IV

DCI	Autres noms communs ou vulgaires	Désignation chimique
1. AMFEPRAMONE		(diéthylamino)-2 phényl-1 propione
2. BARBITAL		acide diéthyl-5,5 barbiturique
3.	éthchlorvynol	éthylchlorovinyl-2 éthynylcarbinol
4. ETHINAMATE		carbamate d'éthynyl-1 cyclohexyle
5. MEPROBAMATE		dicarbamate de méthyl-2 propyl-2 propanédiol-1,3
6. METHAQUALONE		méthyl-2 *o*-tolyl-3 3*H*-quinazolinone-4
7. METHYLPHENO-BARBITAL		acide éthyl-5 méthyl-1 phényl-5 barbiturique
8. METHYPRYLON		diéthyl-3,3 méthyl-5 pipéridinedione-2,4
9. PHENOBARBITAL		acide éthyl-5 phényl-5 barbiturique
10. PIPRADOL		diphényl-1,1 (pipéridyl-2)-1 méthanol
11.	SPA	(—)-diméthylamino-1 diphényl-1,2 éthane

Listen der in den Anhängen aufgeführten Stoffe*)

Liste der im Anhang I aufgeführten Stoffe

	INN	Andere Kurzbezeichnungen oder Trivialnamen	Chemische Bezeichnung
1.		DET	3-(2-Diäthylamino-äthyl)-indol
2.		DMHP	3-(1,2-Dimethyl-heptyl)-7,8,9,10-tetrahydro-6,6,9-trimethyl-6*H*-dibenzo[*b,d*]pyran-1-ol
3.		DMT	3-(2-Dimethylamino-äthyl)-indol
4.	LYSERGID	LSD	*N,N*-Diäthyl-D-lysergamid
5.		Mescalin	3,4,5-Trimethoxy-phenäthylamin
6.		Parahexyl	3-Hexyl-7,8,9,10-tetrahydro-6,6,9-trimethyl-6*H*-dibenzo[*b,d*]pyran-1-ol
7.		Psilocin	3-(2-Dimethylamino-äthyl)-indol-4-ol
8.	PSILOCYBIN		[3-(2-Dimethylamino-äthyl)-indol-4-yl]-dihydrogenphosphat
9.		STP, DOM	2,5-Dimethoxy-4,*α*-dimethyl-phenäthylamin
10.		Tetrahydrocannabinol (einschließlich aller Isomere)	3-Pentyl-6a,7,10,10a-tetrahydro-6,6,9-trimethyl-6*H*-dibenzo[*b,d*]pyran-1-ol

Liste der im Anhang II aufgeführten Stoffe

	INN	Andere Kurzbezeichnungen oder Trivialnamen	Chemische Bezeichnung
1.	AMPHETAMIN		(±)-*α*-Methyl-phenäthylamin
2.	DEXAMPHETAMIN		(+)-*α*-Methyl-phenäthylamin
3.	METHAMPHETAMIN		(+)-*α*,*N*-Dimethyl-phenäthylamin
4.	METHYLPHENIDAT		Methyl-[2-phenyl-2-(2-piperidyl)-acetat]
5.	PHENCYCLIDIN		1-(1-Phenyl-cyclohexyl)-piperidin
6.	PHENMETRAZIN		3-Methyl-2-phenyl-morpholin

*) Die in der linken Spalte mit großen Buchstaben gedruckten Namen sind die international gesetzlich nicht geschützten Bezeichnungen (INN). Mit der Ausnahme von LYSERGIDE werden andere nicht geschützte Trivial-Namen nur angegeben, wenn noch keine INN vorgeschlagen ist.

Liste der im Anhang III aufgeführten Stoffe

	INN	Andere Kurzbezeichnungen oder Trivialnamen	Chemische Bezeichnung
1.	AMOBARBITAL		5-Äthyl-5-(3-methyl-butyl)-barbitursäure
2.	CYCLOBARBITAL		5-Äthyl-5-(cyclohex-1-en-yl)-barbitursäure
3.	GLUTETHIMID		3-Äthyl-3-phenyl-piperidin-2,6-dion
4.	PENTOBARBITAL		5-Äthyl-5-(1-methyl-butyl)-barbitursäure
5.	SECOBARBITAL		5-Allyl-5-(1-methyl-butyl)-barbitursäure

Liste der im Anhang IV aufgeführten Stoffe

	INN	Andere Kurzbezeichnungen oder Trivialnamen	Chemische Bezeichnung
1.	AMFEPRAMON		2-Diäthylamino-propiophenon
2.	BARBITAL		5,5-Diäthyl-barbitursäure
3.		Ethchlorvynol	3-Äthyl-1-chlor-pent-1-en-4-in-3-ol
4.	ETHINAMAT		(1-Äthinyl-cyclohexyl)-carbamat
5.	MEPROBAMAT		(2-Methyl-2-propyl-propan-1,3-diol)-dicarbamat
6.	METHAQUALON		2-Methyl-3-(o-tolyl)-3*H*-chinazolin-4-on
7.	METHYLPHENO-BARBITAL		5-Äthyl-1-methyl-5-phenyl-barbitursäure
8.	METHYPRYLOLN		3,3-Diäthyl-5-methyl-piperidin-2,4-dion
9.	PHENOBARBITAL		5-Äthyl-5-phenyl-barbitursäure
10.	PIPRADROL		1,1-Diphenyl-1-(2-piperidyl)-methanol
11.		SPA	L-α-Dimethylamino-α-phenyl-phenäthylamin

Denkschrift

I. Allgemeines

Bereits seit 1955 wurde in den Sitzungen der Suchtstoffkommission des Wirtschafts- und Sozialrates der VN berichtet, daß nicht nur die klassischen Suchtmittel, sondern auch bestimmte andere, der internationalen Suchtmittelkontrolle nicht unterliegende und als Arzneimittel verwendete Stoffe und Zubereitungen mißbräuchlich verwendet würden. Dabei handelte es sich um Stoffe folgender physiologischer Wirkungsgruppen, die unter dem Begriff „psychotrope Stoffe" zusammengefaßt wurden:

1. Halluzinogene (z. B. LSD)
2. Stimulantien (z. B. Amphetamine)
3. Sedativa (z. B. Barbiturate)
4. Tranquilizer (z. B. Meprobamat)

Vorschläge, auch diese Stoffe einer gleichen oder ähnlichen internationalen Kontrolle zu unterwerfen wie die klassischen Suchtstoffe, wurden bei der Beratung des Einheits-Übereinkommens von 1961 über Suchtstoffe überstimmt. Doch angesichts des zunehmenden Mißbrauchs der psychotropen Stoffe in vielen Ländern gelangten die Suchtstoffkommission der VN und die Weltgesundheitsorganisation zu der Auffassung, für diese Stoffe eine internationale Regelung neben dem Einheits-Übereinkommen zu schaffen.

Ein erster Entwurf der Suchtstoffabteilung der VN wurde auf der 23. Sitzung der Suchtstoffkommission im Januar 1969 beraten, den beteiligten Staaten zur Stellungnahme übermittelt, mit Berichten der Weltgesundheitsorganisation und des Internationalen Suchtstoff-Kontrollamtes nach einer entsprechenden Resolution der 24. Generalversammlung der VN vom 15. Dezember 1969 auf der ersten Sondersitzung der Suchtstoffkommission im Januar 1970 beraten und schließlich als „Protokoll über psychotrope Stoffe" dem Wirtschafts- und Sozialrat der VN vorgelegt. Dieser beschloß am 24. März 1970, eine Bevollmächtigtenkonferenz für Januar 1971 nach Wien einzuberufen, die die Aufgabe hatte, das Protokoll zu beraten und darüber Beschluß zu fassen. An der Konferenz nahmen 71 Staaten teil; 4 Staaten und einige internationale Organisationen hatten Beobachter entsandt. Bei den Beratungen des Protokolls zeigten sich insbesondere hinsichtlich der Stoffe in den Listen III und IV (Barbiturate und Tranquilizer) gegensätzliche Auffassungen über das Ausmaß der in die Regelung einzubeziehenden Stoffe und die Art der Kontrollmaßnahmen, vor allem zwischen den Entwicklungsländern auf der einen Seite, die wegen der nach ihrer Meinung starken Gefährdung der Volksgesundheit strenge Maßnahmen forderten, und den Industrieländern auf der anderen Seite, die z. T. die vorgesehenen Verwaltungs- und Überwachungsmaßnahmen als nicht gerechtfertigt im Verhältnis zu der von diesen Stoffen ausgehenden Gefährdung ansahen. In der Schlußabstimmung am 19. Februar 1971 stimmten 51 Staaten für die Annahme des nunmehr als „Übereinkommen über psychotrope Stoffe" bezeichneten Protokolls bei keiner Gegenstimme und 9 Stimmenthaltungen (Belgien, Niederlande, Österreich, Polen, Ungarn, UdSSR, Ukraine, Weißrußland, Bundesrepublik Deutschland). Die Bundesrepublik Deutschland hat das Übereinkommen in der vorgesehenen Frist (Artikel 25 Abs. 2) am 23. Dezember 1971 vorbehaltlich der Ratifizierung unterzeichnet und damit ihre Absicht bekundet, Vertragspartner dieses Übereinkommens zu werden. Das Übereinkommen tritt am 90. Tag nach Hinterlegung der 40. Ratifikations- oder Beitrittsurkunde in Kraft (Artikel 26 Abs. 1). Bis zum 30. September 1975 hatten 30 Staaten das Übereinkommen ratifiziert oder waren ihm beigetreten.

II. Besonderes

Artikel 1

enthält Begriffsbestimmungen und knüpft dabei an die im Artikel 1 des Einheits-Übereinkommens von 1961 über Suchtstoffe (Bundesgesetzbl. 1973 II S. 1353) gegebenen Begriffsbestimmungen an.

Artikel 2 befaßt sich mit der Einstufung neuer Stoffe bzw. der Umstufung und Streichung bereits erfaßter Stoffe sowie mit dem Mindestumfang der Kontrolle der Stoffe in den Listen I bis IV. Er lehnt sich in seiner Fassung im wesentlichen an den Wortlaut des Artikels 3 des Einheits-Übereinkommens von 1961 über Suchtstoffe an. Es wird jetzt klargestellt, daß die Bewertungen der Weltgesundheitsorganisation in medizinischer und wissenschaftlicher Hinsicht maßgebend sind (Absatz 5). Die Beschlüsse der Suchtstoff-Kommission sind bindend für die Vertragsparteien, treten aber im Unterschied zum Einheits-Übereinkommen erst 180 Tage nach Eingang der Mitteilung des Beschlusses in Kraft (Absatz 7). Die Überprüfungsmöglichkeit dieses Beschlusses durch den Wirtschafts- und Sozialrat ist wie beim Einheits-Übereinkommen vorgesehen (Absatz 8). Absatz 9 enthält noch eine good-will-Erklärung, auf bisher nicht erfaßte Stoffe, die zur unerlaubten Herstellung psychotroper Stoffe verwendet werden können, alle durchführbaren Überwachungsmaßnahmen anzuwenden. Ein wesentlicher Unterschied zum Einheits-Übereinkommen besteht darin, daß eine Vertragspartei dann nicht an den Beschluß der Suchtstoffkommission gem. Absatz 7 gebunden ist, wenn sie in der angegebenen Frist dem Generalsekretär unter Angabe der Gründe mitteilt, daß sie wegen außergewöhnlicher Umstände nicht in der Lage ist, alle Kontrollmaßnahmen hinsichtlich des betreffenden Stoffes durchzuführen. Sie muß jedoch bestimmte Mindestkontrollen durchführen, die für die einzelnen Listen gesondert in den Buchstaben a) bis d) des Absatzes 7 aufgeführt sind.

Gemäß Artikel 3 Abs. 1 unterliegt eine Zubereitung grundsätzlich denselben Kontrollmaßnahmen wie der psychotrope Stoff, den sie enthält. Zubereitungen aus Stoffen der Listen II bis IV können jedoch nach dem Ermessen einer Vertragspartei

von bestimmten Kontrollmaßnahmen ausgenommen werden, wenn

a) keine oder nur eine geringe Mißbrauchsgefahr besteht,

b) der Stoff nicht durch unschwer anwendbare Mittel in einer zum Mißbrauch geeigneten Menge zurückgewonnen werden kann und

c) kein volksgesundheitliches oder soziales Problem entsteht (Absatz 2).

Die Mindest-Kontrollmaßnahmen für derartige Zubereitungen sind im Absatz 3 aufgeführt. Absatz 4 erläutert das Verfahren zur Beendigung einer solchen Ausnahmeregelung.

In Artikel 4 sind die Möglichkeiten für Erleichterungen hinsichtlich der Stoffe der Listen II bis IV aufgeführt:

a) Mitführen von Zubereitungen durch internationale Reisende,

b) Verwendung solcher Stoffe in der Industrie zur Herstellung nicht psychotroper Erzeugnisse und

c) Verwendung solcher Stoffe zum Tierfang durch Personen mit einer entsprechenden Genehmigung.

Artikel 5 beschränkt den Verkehr, die Verwendung und den Besitz von Stoffen der Listen II bis IV auf medizinische und wissenschaftliche Zwecke (Absatz 2) und erklärt es für wünschenswert, daß der Besitz dieser Stoffe nicht ohne gesetzliche Ermächtigung gestattet wird (Absatz 3).

Artikel 6 empfiehlt, zur Durchführung dieses Übereinkommens eine Sonderverwaltung einzurichten, die zweckmäßigerweise mit der zur Durchführung der Suchtstoffabkommen geschaffenen identisch sein oder eng mit ihr zusammenarbeiten soll. Das wäre in der Bundesrepublik Deutschland das Bundesgesundheitsamt (Bundesopiumstelle).

Artikel 7 enthält Sonderregelungen für die Stoffe der Liste I, insbesondere das Verbot der Verwendung dieser Stoffe (Buchstabe a). Dieses Verbot ist in der Bundesrepublik Deutschland bereits dadurch in die Praxis umgesetzt, daß die Stoffe der Liste I zu den nichtverschreibungsfähigen Betäubungsmitteln zählen, die in der Anlage zu § 5 Abs. 1 der Betäubungsmittel-Verschreibungs-Verordnung (BtMVV) vom 24. Januar 1974 (Bundesgesetzbl. I S. 110) aufgeführt sind. Alle diese Stoffe wurden in der Vierten bis Sechsten Betäubungsmittel-Gleichstellungsverordnung bereits dem deutschen Betäubungsmittelrecht unterstellt.

Artikel 8 schreibt Genehmigungen vor für die Herstellung, den Handel und die Verteilung der Stoffe in den Listen II bis IV, verbunden mit einer Kontrolle der ermächtigten Personen und Unternehmer sowie der Betriebe und Betriebsgrundstücke. Für die beiden letzteren sind Sicherungsmaßnahmen gegen Entwendung und Zweckentfremdung von Vorräten zu treffen. Gemäß Absatz 4 müssen die Inhaber der Erlaubnisse die erforderliche Befähigung zur wirksamen und gewissenhaften Anwendung der einschlägigen innerstaatlichen Rechtsvorschriften besitzen.

Artikel 9 statuiert die Rezeptpflicht der Stoffe der Listen II bis IV. Außer Phencyclidin, das in der Bundesrepublik Deutschland nicht im Handel ist, sind auch die Stoffe der Liste II bereits dem deutschen Betäubungsmittelrecht unterstellt (Erste bzw. Fünfte Betäubungsmittel-Gleichstellungsverordnung). Von diesen Stoffen darf Dexamphetamin nicht verschrieben werden, die anderen nur auf Sonderrezept nach der BtMVV. Die Stoffe der Listen III und IV sind in der Bundesrepublik Deutschland rezeptpflichtig; sie dürfen allerdings auf Normalrezept verschrieben werden. Das genügt den Erfordernissen des Artikel 9.

Artikel 10 handelt im Absatz 1 von den Erfordernissen der Aufschriften bzw. Packungsbeilagen von psychotropen Stoffen in abgabefertiger Pakkung. Dabei sind die Vorschriften und Empfehlungen der Weltgesundheitsorganisation zu berücksichtigen. Absatz 2 verbietet die Werbung in der Öffentlichkeit im Rahmen des Verfassungsrechts.

Artikel 11 erläutert die — für die Stoffe der jeweiligen Listen I bis IV unterschiedliche — Nachweispflicht (Führen von Verzeichnissen) der Personen, die am Verkehr mit psychotropen Stoffen beteiligt sind (Absätze 1 bis 5) und verlangt eine zweijährige Aufbewahrungspflicht (Absatz 7) für diese Verzeichnisse, soweit sie Grundlage für die gemäß Artikel 16 zu erstellenden Berichte an die VN sind. Bei gemäß Artikel 3 Abs. 3 von Kontrollmaßnahmen ausgenommenen Zubereitungen müssen Hersteller die für die Herstellung verwendeten Mengen psychotroper Stoffe und die Art, Gesamtmengen und erstmalige Veräußerung der Zubereitungen aufzeichnen (Absatz 6).

Wegen der Ermächtigung zu Vorbehalten zu den Absätzen 2 und 4 siehe unten (Abschnitt III — Vorbehalte).

Artikel 12 (internationaler Handel) ist in seinen Absätzen 1 und 3, die für die Stoffe der Listen I und II gelten, fast wörtlich an den Artikel 31 des Einheits-Übereinkommens von 1961 über Suchtstoffe angeglichen. Da die Stoffe der Listen I und II (außer Phencyclidin) bereits dem Betäubungsmittelrecht der Bundesrepublik Deutschland unterliegen, werden insoweit auch die Bestimmungen über den internationalen Handel durchgeführt (insbesondere das Erfordernis der Ein- und Ausfuhrgenehmigung).

Absatz 2 schreibt eine Ausfuhr-Erklärung für Stoffe der Liste III vor, während für Stoffe der Liste IV keine Sonderregelung für den internationalen Handel getroffen wird.

Artikel 13 eröffnet den Vertragsparteien die Möglichkeit, die Einfuhr von Stoffen der Listen II bis IV zu verbieten (die Einfuhr von Stoffen der Liste I ist gemäß Artikel 7 Buchst. f grundsätzlich verboten).

Artikel 14 entspricht dem Artikel 32 des Einheits-Übereinkommens von 1961 und regelt das Mitführen beschränkter Mengen von Stoffen der Listen II bis IV für Zwecke der ersten Hilfe im internationalen Reiseverkehr öffentlicher Verkehrsmittel.

Artikel 15 schreibt Inspektionen der Hersteller und Händler sowie medizinischer und wissenschaftlicher Einrichtungen, die psychotrope Stoffe verwenden, vor. Die Inspektionen, deren Häufigkeit in das Belieben der Vertragsparteien gestellt ist, erstrecken sich auf Betriebe, die Vorräte und Verzeichnisse und sind die Fortsetzung der im Artikel 8 genannten Kontrollmaßnahmen.

Artikel 16 entspricht in seinen Absätzen 1 bis 3 etwa dem Artikel 18 Absatz 1 des Einheits-Übereinkommens und betrifft den an den Generalsekretär der VN zu erstattenden Jahresbericht und Einzelberichte über Fälle unerlaubten Verkehrs mit psychotropen Stoffen sowie über besondere Beschlagnahme-Fälle.

Darüber hinaus sind dem Suchtstoffamt gemäß Absatz 4 jährlich statistische Berichte vorzulegen (etwa entsprechend Artikel 20 Abs. 1 des Einheits-Übereinkommens) über Herstellungs-, Ausfuhr- und Einfuhr-Mengen und gemäß Absatz 5 auf Anforderung (nur für künftige Zeiträume möglich) über Ausfuhr- und Einfuhrmengen der Stoffe der Listen III und IV.

Artikel 17 Abs. 1 beschreibt die Aufgaben der Suchtstoffkommission des Wirtschafts- und Sozialrates der VN in ähnlicher Weise wie Artikel 8 des Einheits-Übereinkommens. In Abweichung von den bisherigen Vorschriften bestimmt Absatz 2, daß Beschlüsse der Kommission auf Grund der Artikel 2 und 3 der Zweidrittelmehrheit ihrer Mitglieder bedürfen (sonst relative Mehrheit).

Die Artikel 18 bis 33 enthalten im Vergleich zum Einheits-Übereinkommen von 1961 über Suchtstoffe, das für die Bundesrepublik Deutschland am 2. Januar 1974 in Kraft getreten ist, keine Besonderheiten und im Wortlaut nur geringfügige Abweichungen. Auf eine inhaltliche Wiedergabe wird deshalb zugunsten folgender tabellarischer Übersicht verzichtet:

Artikel des Übereinkommens über psychotrope Stoffe	Stichwort zum Inhalt	Artikel des Einheits-Übereinkommens von 1961
18	Berichte des Suchtstoffamtes	15
19	Maßnahmen des Suchtstoffamtes zur Durchführung des Übereinkommens	14
20	Maßnahmen gegen Mißbrauch	38 (i. d. F. des Genfer Protokolls von 1972 Bundesgesetzbl. 1975 II S. 2)
21	Maßnahmen gegen unerlaubten Verkehr	35
22	Strafbestimmungen	36 (Abs. 1 i. d. F. des Genfer Protokolls von 1972) 37
23	Anwendung strengerer Maßnahmen	39
24	Kosten, die den internationalen Organen entstehen	6
25	Verfahren für Unterzeichnung und Ratifizierung	40
26	Inkrafttreten	41
27	Räumlicher Geltungsbereich	42
28	Gebiete i. S. des Übereinkommens	43
29	Kündigung	46
30	Änderungen	47
31	Streitigkeiten	48
32	Vorbehalte	50
33	Notifikationen	51

Im Artikel 26 (Inkrafttreten) treten in den Absätzen 1 und 2 an die Stelle der 30-Tage-Fristen (Artikel 41 des Einheits-Übereinkommens) 90-Tage-Fristen.

III. Vorbehalte

Die Bundesregierung beabsichtigt, bei der Hinterlegung der Ratifikationsurkunde dem Generalsekretär der Vereinten Nationen mitzuteilen, daß die Bundesrepublik Deutschland gemäß Artikel 32 Abs. 3 die Ermächtigung für folgende Vorbehalte zu erlangen wünscht:

1. Zu Artikel 11 Abs. 2 (nur soweit der Anhang III betroffen ist)

   In der Bundesrepublik Deutschland werden statt der erwähnten Verzeichnisse in den Rechnungen der Hersteller, Großhändler, Importeure und Exporteure die Positionen besonders kenntlich gemacht, die Stoffe und Zubereitungen des Anhangs III betreffen. Rechnungen und Lieferscheine, die solche Positionen enthalten, werden mindestens 5 Jahre aufbewahrt.

2. Zu Artikel 11 Abs. 4

   In der Bundesrepublik Deutschland werden die in dieser Bestimmung genannten Personen und Einrichtungen die Rechnungen, die sie von den in Artikel 11 Abs. 4 genannten Personen empfangen und die Positionen mit Stoffen und Zubereitungen des Anhangs III enthalten, mindestens 5 Jahre gesondert aufbewahren und einmal jährlich ihren Mengenbestand an Stoffen und Zubereitungen des Anhangs III feststellen.

Begründung der Vorbehalte

Zu 1

In der Bundesrepublik Deutschland werden ca. 50 Präparate aus Stoffen des Anhangs III hergestellt und gehandelt. Berücksichtigt man die verschiedenen Packungsgrößen und Applikationsformen, so sind dies etwa 150 verschiedene abgabefertige Packungsarten. Wegen der Vielzahl dieser verschiedenen Packungen sowie der Vielzahl der Apotheken (ca. 14 000) und vollsortierten pharmazeutischen Großhandlungen (ca. 160) würde die Führung detaillierter Aufzeichnungen, wie sie das Übereinkommen vorschreibt, für Hersteller (die z. B. Arzneimittel auch direkt an Krankenhausapotheken abgeben), Großhändler, Importeure und Exporteure zu unangemessenen und unzumutbaren Umstellungen, Belastungen und Erschwerungen im Produktions- und Arbeitsablauf führen, die nur mit einem unvertretbaren Personal- und Finanzaufwand zu bewältigen wären.

Zu 2

Der Wortlaut der Vorschrift des Übereinkommens spricht für eine ständige Verfügungsbereitschaft der erforderlichen Angaben. Aber laufende Aufzeichnungen über den Erwerb und die Veräußerung von Präparaten aus Stoffen des Anhangs III sind den Apotheken, Krankenhäusern und wissenschaftlichen Instituten wegen der Vielzahl der verschiedenen Packungen und der Vielzahl der Abnehmer in den Apotheken ebensowenig zuzumuten wie den oben genannten Betrieben die detaillierten Aufzeichnungen im Sinne des Artikels 11 Abs. 2.

Anlage 2

Stellungnahme des Bundesrates

Zu Artikel 1 des Entwurfs des Ratifikationsgesetzes

In Artikel 1 des Entwurfs des Ratifikationsgesetzes ist das Wort „zugestimmt" durch die Worte „mit der Maßgabe zugestimmt, daß die Vorbehalte nach Artikel 11 Abs. 2 (nur soweit der Anhang III betroffen ist) und Artikel 11 Abs. 4 des Übereinkommens erklärt werden" zu ersetzen.

Begründung

Da nach der Denkschrift zu dem Übereinkommen von den genannten Vorbehalten seitens der Bundesrepublik Deutschland Gebrauch gemacht werden soll, ist es erforderlich, diese durch Ergänzung des Ratifikationsgesetzes in den Willen des Gesetzgebers aufzunehmen.

Anlage 3

Gegenäußerung der Bundesregierung zu der Stellungnahme des Bundesrates

Dem Vorschlag wird nicht zugestimmt.

Nach Auffassung der Bundesregierung ist es verfassungsrechtlich nicht geboten, Vorbehalte zu völkerrechtlichen Verträgen in das betreffende Vertragsgesetz nach Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes aufzunehmen.

Darüber hinaus sprechen folgende Gesichtspunkte gegen eine Aufnahme der Vorbehalte, die in der Denkschrift zum Übereinkommen über psychotrope Stoffe angekündigt sind, in das Vertragsgesetz:

Die Vorbehalte sollen das Übereinkommen lediglich mit dem Ziel modifizieren, einen völkerrechtlichen Freiraum für das nationale Recht zu schaffen, um dessen Beibehaltung zu ermöglichen. Die Absätze 2 und 4 von Artikel 11 des Übereinkommens, auf die sich die Vorbehalte beziehen, wenden sich zudem nicht an den einzelnen, sondern begründen ersichtlich nur Staatenverpflichtungen.

Die vom Bundesrat vorgeschlagene Einschränkung der Zustimmungsvorschrift, die die Bundesregierung zur Durchsetzung dieser Vorbehalte zwingen würde, steht auch nicht in Einklang mit den Besonderheiten des Zulassungsverfahrens für diese Vorbehalte nach Artikel 32 Abs. 3 des Übereinkommens.

Schließlich ist die vom Bundesrat vorgeschlagene Fassung nicht aus sich heraus verständlich, da Inhalt, Zweck und Ausmaß der Vorbehalte aus dem Gesetzestext nicht zu entnehmen wären sondern unter Zuhilfenahme der Denkschrift ermittelt werden müßten.

Bn 612065 4.76